



Gemälde: Heilige Anna selbdritt. Standort: Landesausstellung Augsburg, Maximilianmuseum.

# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesvorstand und -Hauptausschuss:

## Werte in der Wirtschaft

Gespräch mit Minister Fahrenschon und MdB Michelbach

Mit Fragen der Finanzpolitik und der Unternehmenskultur befasste sich der KPV-Landesvorstand und -Hauptausschuss im Rahmen seiner jüngsten Sitzung, die er gemeinsam mit der Mittelstandsunion der CSU in München abhielt. Hierzu begrüßte der KPV-Landesvorsitzende, Landrat Stefan Rößle, den bayerischen Finanzminister Georg Fahrenschon sowie den Landesvorsitzenden der Mittelstandsunion Dr. Hans Michelbach.

Wie Michelbach eingangs erläuterte, versteht sich die Mittelstandsunion als Wirtschaftsflügel der CSU. Die Organisation vertrete ein festes Wertefundament im wirtschaftlichen Leben, womit sie sich grundlegend von der FDP unterscheidet. „Freiheitliches Eigentum kann nur dann seinen Stellenwert erhalten, wenn damit auch die soziale Bindung des Eigentums im Einklang steht“, bemerkte Michelbach und fügte hinzu: „Wir sind Motor der Sozialen Marktwirtschaft.“

### Primat der Politik

Innerhalb der CSU als Volkspartei gelte es zusammenzuhalten, „weil das Primat der Politik insbesondere in der Finanzmarktordnung verloren gegangen ist“. Im Finanzmarkt seien Kunstprodukte

entstanden, die niemand mehr verstehe und die letzten Endes zu den bekannten Exzessen geführt hätten. Michelbach: „Jedem muss klar sein, dass Schulden nicht mehr durch noch mehr Schulden abgedeckt werden können.“ Dies bedeute: „Es gibt eine Trendwende, die für den Staat, die Kommunen, letztlich für alle, die fiskalisch arbeiten, gilt.“

### Kernaufgaben

Bei den Reformen müsse darauf geachtet werden, dass es zu Einsparungen auf allen Ebenen kommt, betonte Michelbach. Dazu bedürfe es auch weiterer eigener Anstrengungen bei Ländern und Kommunen. Alle staatlichen Ebenen müssten sich auf Kernaufgaben beschränken.



V. l.: KPV-Landesgeschäftsführer Werner Bumeder, KPV-Vorsitzender Stefan Rößle, Finanzminister Georg Fahrenschon, Dr. Hans Michelbach, Landesvorsitzender der Mittelstandsunion sowie deren Landesgeschäftsführer Dr. Benedikt Seidenfuß. Bild: DK

nen, den Unternehmen und dem Bürger zu stärken.

Die Wirtschaft braucht ein investitionsfreundliches Umfeld und Ertragssteuern auf einem international wettbewerbsfähigen Niveau mit möglichst wenig Bürokratie.

Michelbach: „Unser Ziel ist eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer hin zu einer in das System der Ertragsbesteuerung definierten allgemeinen kommunalen

Gewinnsteuer. Es geht dabei nicht um Entlastungen, sondern um eine Strukturreform, die zu mehr Wachstum und Stabilität führt – nicht zuletzt bei den Kommunen.“

### Faire Besteuerung

Die Bereitschaft der Wirtschaft zur Mitverantwortung setze eine faire Besteuerung voraus, d. h. eine Besteuerung nach der Leistung. (Fortsetzung auf Seite 4)



Von links: 3. Landkreistags-Vizepräsidentin Bruni Mayer, 2. Vizepräsident Herbert Eckstein, der neu gewählte Präsident Dr. Jakob Kreidl und Roland Schwing, 1. Vizepräsident.

### Forderung des Bayerischen Gemeindetags:

## Rettungsschirm für Kommunen!

Der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Abensbergs Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, hat angesichts der prekären Finanzlage der Kommunen die Hilfe der Staatsregierung angemahnt. Die teils dramatisch sinkenden Steuereinnahmen bei gleichzeitig rasant steigenden Ausgaben könnten von den Kommunen in den kommenden Jahren nicht verkraftet werden, machte Brandl bei einer Pressekonzferenz in München deutlich.

„Jetzt muss der Freistaat Bayern helfen. Auch Bayerns Gemeinden und Städte brauchen einen Rettungsschirm“, hob der Verbandschef hervor. Er stellte die eigene Einnahmeverluste nicht dadurch ausgleichen, dass er beim kommunalen Finanzausgleich spart. Notfalls muss er selbst eine höhere Verschuldung in Kauf nehmen.

### Keine Einschränkungen

Im Einzelnen forderte der Gemeindetagspräsident:

1. Die zahlreichen Förderprogramme, von denen auch

die Kommunen profitieren, dürfen weder in ihren Voraussetzungen noch in ihrem Volumen eingeschränkt werden.

2. Der Freistaat Bayern darf eigene Einnahmeverluste nicht dadurch ausgleichen, dass er beim kommunalen Finanzausgleich spart. Notfalls muss er selbst eine höhere Verschuldung in Kauf nehmen.

3. Die strengen Kreditaufnahmekriterien müssen zu Gunsten der Gemeinden gelockert werden. Als letzte Möglichkeit muss einer Gemeinde eine bessere Refinanzierung am Kreditmarkt ermöglicht werden.

Die Auswertung der Umfrage

Bayerischer Landkreistag in Essenbach:

## Kreidl folgt auf Zellner

Seehofer: „Bewährter Streiter für die Interessen der Kommunen“

Der Miesbacher Landrat Dr. Jakob Kreidl ist neuer Präsident des Bayerischen Landkreistags. Bei der zweitägigen Jahresversammlung in Essenbach im Landkreis Landshut erhielt der 57-jährige CSU-Kommunalpolitiker 80 der insgesamt 133 abgegebenen gültigen Stimmen. Für seinen Gegenkandidaten, den Degendorfer Landrat Christian Bernreiter (ebenfalls CSU), stimmten 53 Delegierte. Kreidl ist somit Nachfolger des Chamer Landrats Theo Zellner, der seit 2000 Präsident des Bayerischen Landkreistags war und im April 2010 das Amt des Geschäftsführenden Präsidenten des Sparkassenverbands Bayern angetreten hat.

Der Diplomingenieur für Nachrichtentechnik und Diplompolitologe Kreidl kann auf eine 26-jährige Karriere in der Kommunalpolitik und 14-jährige Zugehörigkeit zum Bayerischen Landtag verweisen. Vier Jahre lang fungierte er als Bürgermeister von Fischbachau; zudem gehört er 18 Jahre lang dem Miesbacher Kreistag an.

### Mehr Spielräume

Kreidl forderte in seiner Antrittsrede vor mehr als 300 Tagungsteilnehmern mehr Spielräume für neue Entwicklungen: „Die bayerischen Landkreise sehen sich als Zukunftsmotoren. Wir haben Ideen, wollen unsere Regionen entwickeln, doch stoßen wir immer wieder an unsere Grenzen. Fehlen die gestalterischen und finanziellen Spielräume, helfen die besten Vorschläge nichts.“

Der neue Präsident wies vor allem auf die fehlenden finanziellen Mittel hin: „Die Wirtschaftskrise ist immer noch nicht überwun-

den. Für die Zukunft wissen wir nicht, wie es weitergeht und aus der Vergangenheit haben wir noch Lasten zu tragen.“ So seien die Steuereinnahmen der bayerischen Gemeinden 2009 mit der Konjunkturkrise um ca. 8,8 Prozent auf 12 Mrd. Euro gesunken. Auch für 2010 sei mit einem Rückgang der Steuereinnahmen der bayerischen Gemeinden in Höhe von 1 Mrd. Euro zu rechnen. Das bedeute einen Ausfall an Steuereinnahmen 2009 und 2010 gegenüber 2008 von rund 2,2 Mrd. Euro. Gleichzeitig stiegen (Fortsetzung auf Seite 4)



„Wissen setzt Energie frei“ ist nicht nur das Motto der diesjährigen Energiefachtagung der Gemeindezeitung; es ist nach Ansicht des Bürgermeisters auch die Wirklichkeit vor Ort. Es gilt, für den Energiespar-Alltag schon jetzt Lösungen in der Kommune zu finden und auch anzuwenden. „Ein jeder kehre vor seiner Tür und sauber ist das Stadtquartier.“ Seite 15

Vormerken!  
24. Juni  
2010

### Power für Bayerns Kommunen:

## GZ lädt zum Energie-Forum

Mehr Wissen setzt Energie frei. Am 24. Juni ist es wieder soweit: Die Bayerische Gemeindezeitung lädt in Zusammenarbeit mit Bayerischem Gemeindetag und Bayerischem Städtetag zum großen Info-Tag für Kommunen. Im Garchingener Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Bitte merken Sie den Termin schon heute vor.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

### Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Eine zweigleisige Finanzpolitik mit Konsolidierung und Wachstumsanreizen bleibe die zielführende Konzeption. Dazu gehörten auch eine Steuerreform mit Steuervereinfachungen, eine Gemeindefinanzreform und die weitere Verbesserung der Unternehmensbesteuerung.

Verbesserungen erwartet die Wirtschaft auch durch die im Februar vom Bundeskabinett beschlossene Einsetzung einer Gemeindefinanzkommission. Sie soll Michelbach zufolge im Interesse von Gemeinden und Unternehmen folgende Anforderungen erfüllen:

1. Kommunen müssen aus eigener Kraft handlungsfähig sein.

2. Die Kommunen sollten Einnahmen in Bezug zur regionalen Wirtschaftskraft bekommen, um das Band zwischen ih-

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Eine Datenbank für Schüler	Seite 2
Kompakter Tag des Wissens	3
<b>GZ-Kolumne Georg Huber: Bürgerschaftliches Engagement</b>	<b>3</b>
Energie statt Deponie	5
Mehr interkommunale Zusammenarbeit	5
Stadtwerke als verlässliche Partner	6
<b>GZ-Fachthemen: Kommunale Energiethemen</b>	<b>7-11</b>
<b>Kommunalfinanzen</b>	<b>12/13</b>
Aus den bayerischen Kommunen	13-16

Verband der bayerischen Bezirke:

## Ausgleichsmittel erhöhen!

Hauptausschuss-Sitzung in Grafenau

Die künftige Finanzsituation der sieben bayerischen Bezirke sowie sozialpolitische Fragen standen im Mittelpunkt der jüngsten Hauptausschuss-Sitzung des Verbandes der bayerischen Bezirke im niederbayerischen Grafenau.

Laut einer Trendberechnung wird die Umlagekraft auf der Basis der Steuereinnahmen 2009 im kommenden Haushaltsjahr 2011 landesweit um durchschnittlich 8,2 Prozent sinken.

### Einnahmeminus

Bei gleich bleibenden Hebesätzen bedeute dies für die Bezirke ein Einnahmeminus von annähernd 190 Millionen Euro, stellte Verbandspräsident Manfred Hölzlein heraus. Zugleich müssten die Bezirke aber bei den Sozialausga-

ben aufgrund der steigenden Fallzahlen in der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege mit einem Mehrbedarf von rund 130 Millionen Euro rechnen.

### Haushaltsloch

Hölzlein zufolge heißt dies: „Wir haben landesweit im kommenden Jahr ein Haushaltsloch von rund 320 Millionen Euro zu erwarten. Dies wiederum würde landesdurchschnittlich eine Steigerung der Hebesätze von knapp drei Prozentpunkten notwendig

machen, eine Hebesatzanhebung, die unsere Umlagezahler in der gegenwärtigen Situation nicht verkraften könnten.“

Darüber hinaus verwies der Präsident auf das aktuelle Ergebnis des Arbeitskreises Steuerschätzung, wonach die Steuereinnahmen für die bayerischen Kommunen im laufenden Haushaltsjahr um vier bis fünf Prozent sinken werden. Daraus sei zu schließen, dass sich die Umlagekraft der Bezirke für das Jahr 2012 etwa in gleichem Ausmaß verringern werde.

### Aufstockung nötig

„Wir halten daher für das Haus-

haltsjahr 2011 und auch 2012 bis zu einer Erholung der Steuereinnahmen eine deutliche Aufstockung der staatlichen Ausgleichsbeträge in Höhe von derzeit 583 Millionen Euro für dringend notwendig“, so Hölzlein. Denn nur so könnten einerseits die Städte und die Landkreise durch die Umlage möglichst wenig belastet und andererseits die Pflichtaufgaben im Sozialbereich auch in Zukunft zuverlässig erfüllt werden.

### Höhere Durchgängigkeit

Um sozialpolitische Fragen ging es unter anderem bei einer Diskussion über die Umsetzung der Konvention der Vereinten Nationen, die eine höhere Durchgängigkeit von Regelschulen und Förderschulen zum Ziel hat. In erster Linie werde dabei das Augenmerk auf die Integration behinderter Menschen gelegt. Dies könne freilich zu Problemen führen, sollte die UN-Konvention ins deutsche Gesetz verankert werden. Dann nämlich dürften Eltern beispielsweise entscheiden, ob ihre behinderten Kinder weiterhin spezielle Förderschulen besuchen oder in Regelschulen gehen sollen.

### Neue Aufgaben

Hölzlein warf die Frage auf, ob dieser Weg wirklich kindgerecht ist und was der Staat an zusätzlicher Ausstattung für kleinere Klassen und mehr Lehrer auszugeben bereit ist. Aber auch auf die bayerischen Bezirke würden etwa bei der Schulwegbegleitung neue Aufgaben und Kosten zukommen.

### Sparpotenzial marginal

Um die gesetzlich vorgegebenen Aufgaben im sozialen Bereich weiter schultern zu können, dürfe nicht weiter an der Belastung der Kommunen geschraubt werden. Der Staat müsse also seinen Ausgleichsbeitrag zumindest bis zu einer Erholung der Steuereinnahmen in den Kommunen erhöhen, betonte der Präsident. Sparpotenziale seien umgekehrt nur noch marginal realisierbar. **DK**

## Stabiler Etat trotz Euro-Krise

Genauere Zahlen nach der November-Steuerschätzung

Die Frage, wie Bayerns Staatshaushalt 2011/12 im Zeichen der europäisch-weltweiten Finanzkrise mit dem aktuellen Problem Griechenlandhilfe und Eurostützung aussehen wird, soll erst im Spätherbst konkret beantwortet werden. Die Regierungskoalitionen CSU und FDP haben sich nach widersprüchlichen Äußerungen zu Ausgabenkürzungen, sogar im Schwerpunkt Bildung, und hinsichtlich neuer Schulden auf die von Ministerpräsident Seehofer in der CSU-Fraktion ausgegebene Stillhalteparole verständigt, wie er bestätigte. Bis zur Sommerpause soll die Generallinie gemeinsam von Staatsregierung und Fraktionen gezogen werden. Das Zahlenwerk will Finanzminister Georg Fahrenschon nach der November-Steuerschätzung zunächst dem Kabinett vorlegen.

Vor diesem Hintergrund gab der Finanzminister im Landtag eine kurzfristig anberaumte Regierungserklärung „zur aktuellen Entwicklung im Euro-Raum“ mit Blick auf die Entscheidungen in Berlin und Brüssel über den Milliardenschirm für Griechenland und den Schutz des Euro. Es entspreche dem Grundverständnis der Staatsregierung, den Landtag bei Themen dieser Tragweite rechtzeitig einzubinden. Die bayerische und deutsche Debatte habe den europäischen Staats- und Wachstumspakt nachhaltig geprägt. Bayern sei im Konzert der Länder ein wesentlicher Garant für einen geordneten und soliden Haushalt. Zu letzterem Punkt vermind Fahrenschon jede Festlegung für den neuen Etat. Er verwies auf die Beratungen im Kabinett und im Koalitionsausschuss des Landtags.

CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid hatte beim Pressegespräch im Maximilianeum tags zuvor nicht ausgeschlossen, dass es zur Neuverschuldung komme, nachdem die Etats seit 2006 dank der soliden CSU-Politik schuldenfrei geblieben seien. Es seien jedoch auch andere drastische Maßnahmen möglich, um „den Haushalt zu deckeln“. Ausgenommen seien die Schwerpunkte Familie, Bildung und Innovation. Auf jeden Fall müsse rigoros gespart werden. Kultusminister Dr. Lud-

wig Spaenle hatte in einem Interview nicht ausgeschlossen, dass auch die im Koalitionsvertrag festgelegten jährlich 1.000 neuen Lehrplanstellen einbezogen werden könnten, sie blieben aber eines der großen Ziele, nachdem bereits 2.700 neue Lehrplanstellen geschaffen wurden. Darauf wies dann auch der Finanzminister in der Debatte zur Regierungserklärung hin. Die Opposition nahm die Lehrplanstellen als Beweis für den unsicheren Regierungskurs.

### Zeitnahe Unterrichtung

SPD-Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher forderte eine Regierungserklärung zur Haushaltssituation. Das Parlament müsse zeitnah über die Planungen unterrichtet werden. Es bestehe der Eindruck, dass Fahrenschon und Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) Kulissenschieberei betreiben, um mit der Diskussion der europäischen Probleme von den eigenen abzulenken. Der schuldenfreie Etat seit 2006 sei nur durch Ausschöpfung aller Rücklagen und Verkauf von „Tafelsilber“ zustande gekommen. Auf der Ausgabenseite seien Milliarden für den Kauf der Hypo Group Alpe Adria (HGAA) fahrlässig verschwendet worden.

Hubert Aiwanger von den Freien Wählern meinte, die Koalition lasse die Solidität vermissen und reiche das unvermeidliche Defizit an die Kommunen weiter. Dabei seien Breitbandversorgung, Lehrer und Infrastrukturmaßnahmen wichtiger als Mammutprojekte wie Donauausbau oder eine dritte Startbahn beim Münchner Flughafen. Eine solide Haushaltspolitik müsse auf Kommunen und Mittelständlern aufbauen. Dr. Martin Runge (Grüne) schlug in die gleiche Kerbe und verwies auf die im Sinne der Infrastruktur von seiner Fraktion eingereichten Anträge, die abgelehnt wurden.

Georg Schmid konterte, hätte die CSU die in den letzten Jahren geforderten Mehrausgaben gebilligt, wäre eine vielfach höhere Verschuldung entstanden. Die Opposition könne sicher sein, „dass wir einen soliden Haushalt vorlegen werden“. FDP-Fraktionschef Thomas Hacker erklärte, alle Ausgaben müssen auf den Prüfstand gestellt werden und es muss über eine Ausgabenreduktion nachgedacht werden. Die Rolle des Staates müsse Schritt für Schritt immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden. Außer den Zukunftsbereichen Innovation, Forschung und Bildung „durf kein Ansatz tabu sein“.

### Keine Korrektur

Der Finanzminister fasste zusammen, der Nachtragset 2010 müsse nicht korrigiert werden, wobei rund 750 Millionen Euro Mehreinnahmen helfen werden. Von den sechs Milliarden für Infrastrukturmaßnahmen „wird kein Cent raus genommen“. Für die Kommunen bleibe es bei den gleichfalls sechs Milliarden im Finanzausgleich. Auf die Frage Neuverschuldung ging der Minister mit Hinweis auf die November-Steuerschätzung nicht ein. **rm**

## Modernisierungshilfe für Kleinkläranlagen bis 2014

Die Nachrüstung von Kleinkläranlagen auf modernen Stand soll noch bis Ende 2014 gefördert werden. Der Landtag hat einen entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen CSU und FDP einstimmig angenommen. Die Staatsregierung soll die heuer zum Jahresende auslaufenden Förderungsrichtlinien „letztmalig“ verlängern, damit möglichst alle Betreiber solcher Anlagen die Nachrüstung finanziell besser bewältigen können. Allerdings sollen die Zuschüsse geringer sein als bisher.

Die Förderungsrichtlinien waren 2003 ebenfalls auf Landtagsinitiative eingeführt und im Herbst 2006 verlängert worden. Ziel war und ist die Nachrüstung der in Bayern existierenden rund 100.000 Kleinkläranlagen mit biologischen Reinigungsstufen; dies als Beitrag zum Gewässerschutz. Bis jetzt wurden bereits über 50.000 Anlagen nachgerüstet.

### Gesunkene Anlagenkosten

Bei der Höhe der Fördersätze sollen ab kommendem Jahr aber die zwischenzeitlich um etwa 12% gesunkenen Anlagekosten in Rechnung gestellt werden. Zur Zeit können bis zu 1.500 Euro pro Anlage aus der Staatskasse gezahlt werden. Die Koaliti-

onspartner empfehlen ein Drittel weniger.

### Opposition stimmt zu

In diesem Sinne begründeten Dr. Otto Hünnerkopf (CSU) und Tobias Thalhammer (FDP) den Dringlichkeitsantrag im Landtagsplenum. Alle drei Oppositionsparteien stimmten dem Antrag zwar zu, kritisierten jedoch, dass ihre eigenen Anträge in diesem Sinne bisher abgelehnt worden seien.

### Vorfinanzierungen

Die Gemeinden mit Kleinkläranlagen seien bisher stiefmütterlich behandelt worden, befand Ludwig Wörner (SPD). Der Staat müsse endlich seine Schulden bei

den Gemeinden begleichen, die die Modernisierung ihrer Anlagen vorfinanziert haben. Joachim Hanisch (FW) appellierte an die Regierungskoalitionen, guten Anträgen der Opposition gleich stattzugeben, statt später und dann oft teurere eigene Anträge zu beschließen. Dr. Christian Magerl (Grüne) spottete, die CSU habe offenbar einen „Copyshop“ für Oppositionsanträge.

### Streit über Anträge

Tobias Thalhammer (FDP) entgegnete, die Oppositionsanträge seien nicht das Gleiche wie jene von den Regierungskoalitionen; oft zu teuer oder nicht durchführbar. Umweltstaatssekretärin Melanie Huml (CSU) beschränkte sich unter Hohngelächter der Opposition darauf, den Koalitionsantrag zu begrüßen. **rm**

## Eine Datenbank für Schüler

Landtag beschließt Gesetzesänderung  
Opposition und Elternverband machen Front gegen Datenmissbrauch

Eine „zeitgemäße Datenverarbeitung an Schulen und in Schulaufsichtsbehörden“ ist ab Juni in Bayern möglich. Mit den Stimmen der Regierungskoalition hat der Landtag eine entsprechende Änderung des Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes (BayEUG) verabschiedet. Schulen, Aufsichtsbehörden und Schulträger sollen die Planung und Steuerung der Bildungseinrichtungen erleichtert werden. Die Schüler sind verpflichtet, umfangreiche Angaben zu machen, aus denen sowohl ihr Lernfortschritt als auch ihre sozialen Hintergründe zu erkennen sind. Die Opposition hält diese Datenbank für höchst bedenklich. Der Landeselternverband erwägt eine Verfassungsklage oder ein Volksbegehren.

Vor dem Plenarsaal im Maximilianeum war zur abschließenden Lesung des Regierungsentwurfs eine Gruppe von Schülern mit Protestplakaten aufgezogen, die nach kurzem, ergebnislosen Wortwechsel mit Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle das Hohe Haus verlassen musste, denn solche Aktionen sind im Parlament verboten. Im Plenum versicherte der Minister, datenschutzrechtliche Bedenken gegen die Gesetzesänderung seien ausgeräumt worden. Es gehe um die bessere Beurteilung der Schüler. In gleichem Sinn bezogen Gerhard Wäge- mann (CSU) und Renate Will (FDP) Stellung. Ihre Fraktion hatte zunächst Bedenken, die im Koalitionsgespräch dann überwunden wurden. Der Gesetzentwurf wurde überarbeitet.

### Überarbeiteter Entwurf

Margit Wild (SPD) erachtete die Schülerdatenbank für unkontrollierbar, unsicher und nicht notwendig. Solche Datensammlungen könnten von Hackern geöffnet werden. Es bestehe die Gefahr, dass Schüler gebrandmarkt werden. Die Probleme im Schul-

und Bildungssystem würden bereits durch bestehende Studien aufgezeigt. Eva Gottstein (Freie Wähler) war gleicher Meinung. Junge Menschen machten in ihrer Entwicklung schon mal Fehlritte.

Das könne durch die Datenbank nicht entsprechend ausgewertet und gewürdigt werden.

Sorgfältiger Umgang

Christine Kamm (Grüne) ergänzte, gerade mit Daten von Kindern und Jugendlichen müsse besonders sorgfältig umgegangen werden. In der Gesetzesbegründung der Staatsregierung heißt es, die bisherige Datenerfassung wer-

de zeitgemäß umgestellt und vereinfacht. Statt der bisherigen Speicherung von Schülerdaten bei verschiedenen Stellen gebe es künftig ein Zentralregister beim Rechenzentrum in München-Süd. Der Umfang der Berichtspflichten werde nicht oder nur unwesentlich erweitert. Die Kommunen verfügten bereits über eine zeitgemäße EDV-Ausstattung und entsprechendes Personal, so dass keine neuen Kosten anfallen werden. Die gespeicherten Daten werden zum Teil bereits ein Jahr nach Erhebung, allgemein jedoch sechs Jahre nach Aus-

Ab in die Sonne!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen  
direkt im Internet unter  
[www.1a-preisvergleichreisen.de](http://www.1a-preisvergleichreisen.de)

scheiden des Schülers aus dem bayerischen Schulsystem gelöst. Der Gesetzentwurf wurde im Landtag in namentlicher Abstimmung mit 91 gegen 64 Stimmen angenommen. Die Staatsregierung muss gemäß einem Änderungsantrag von CSU und FDP dem Landtag zwei Jahre nach vollständiger Inbetriebnahme des neuen Verfahrens spätestens aber fünf Jahre nach Inkrafttreten berichten, ob sich die Neuregelung bewährt hat. **rm**

### Wir gratulieren

<p><b>ZUM 70. GEBURTSTAG</b> Bürgermeister Meinrad Bernhard 87760 Benningen am 15.6.</p> <p><b>ZUM 65. GEBURTSTAG</b> Bürgermeister Dr. Hartwig Hagenguth 82284 Grafrath am 7.6.</p> <p><b>ZUM 60. GEBURTSTAG</b> Bürgermeister Georg Schmid 91249 Weigendorf am 5.6.</p> <p>Bürgermeister Karl Schlosser 89352 Ellzee am 7.6.</p> <p>Bürgermeister Anton Ferber 86653 Monheim am 10.6.</p> <p>Bürgermeister Erwin Osterhuber 86495 Eurasburg am 11.6.</p> <p>Bürgermeister Günther Oberhauser 91747 Westheim am 18.6.</p> <p>Bürgermeister Horst Fuhrmann 97892 Kreuzwertheim am 21.6.</p> <p>Bürgermeister Ludwig Watzinger 84329 Wurmansquick am 21.6.</p> <p>Oberbürgermeister Arnulf Neumeyer 85072 Eichstätt am 22.6.</p>	<p><b>ZUM 55. GEBURTSTAG</b> Landrat Wolfgang Lippert 95643 Tirschenreuth am 6.6.</p> <p>Bürgermeister Rupert Troppmann 92660 Neustadt a. d. Waldnaab am 11.6.</p> <p>Bürgermeister Horst Penzel 95239 Zell i. Fichtelgebirge am 20.6.</p> <p>Bürgermeister Gerhard Schenkel 97320 Sulzfeld a. Main am 25.6.</p> <p>Bürgermeister Kilian Hartmann 97320 Schonungen am 27.6.</p> <p><b>ZUM 50. GEBURTSTAG</b> Bürgermeister Werner Fischer 93170 Bernhardswald am 10.6.</p> <p>Bürgermeister Günther Winkler 63928 Eichenbühl am 13.6.</p> <p>Bürgermeister Günter Obermeyer 91790 Nennslingen am 19.6.</p> <p>Bürgermeister Winfried Franz 92259 Neukirchen b. Sulzbach am 26.6.</p> <p><b>ZUM 40. GEBURTSTAG</b> Bürgermeisterin Alexandra Czarnec 92260 Ammerthal am 9.6.</p>
---	---

### Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen in Nürnberg:

## Kompakter Tag des Wissens

Ein voller Erfolg war einmal mehr die bereits zum achten Mal veranstaltete Unternehmerkonferenz des Sparkassenverbandes Bayern im Nürnberger Messezentrum. Vor über 1000 Gästen wurden in Vorträgen, Experten-Runden und Diskussionsveranstaltungen Themen durchleuchtet, die die Vertreter der Kommunen ebenso ansprechen wie Unternehmer.

Das „Special Kommunen“ war auch heuer ein wichtiger Bestandteil der Veranstaltung, die unter dem Motto „Aufschwung - Balance - Stabilität“ stand. Praxisnähe und -tauglichkeit der Themen wurde neben Experten von Finanzdienstleistern durch die Einladung von Bürgermeistern, Kämmerern und Vertretern von Stadtwerken gewährleistet. Ganz konkret wurden außerdem Einsparpotenziale im Immobilienbereich angesprochen, und eine kommunale Verschuldungsdiagnose zeigte Chancen zur Wirtschaftlichkeitsoptimierung auf. Weitere Themenschwerpunkte der Unternehmerkonferenz waren stabile Finanzierungsstrukturen, unternehmerische Erfolgsfaktoren, internationales Geschäft, Zukunftsmärkte, Energie-Management und nachhaltige Immobilien-Wirtschaft.

### Aufbau und Erhalt

Eingebettet in die eintägige Unternehmerkonferenz war die Verleihung des Bayerischen Gründerpreises 2010. Diese höchste Auszeichnung für Unternehmer in Bayern wird für besondere und herausragende Erfolge beim Aufbau und Erhalt von Unternehmen verliehen.

In der Kategorie „Konzept“ ging der Preis an die Firma „Sheet Cast Technologies“. Als bestes „StartUp“-Unternehmen wurde die „FMP Technology GmbH“ aus Erlangen ausgezeichnet. Der „Aufsteiger“ des Jahres 2010 ist die Firma „SUXCEED Sales for your Success“

aus Nürnberg. In der Kategorie „Nachfolge“ gab es heuer erneut zwei Preisträger. Aus Augsburg stammt die „Brauerei Riegele“ und aus Regensburg die „Franz Anton Niedermayr Graphische Kunstanstalt GmbH & Co. KG“.

### Neue Jobs durch Existenzgründungskredite

Sonderpreise gingen an die „Technologieregion Bayerischer Wald“ sowie an die „Augsburger Gesellschaft für Leihbau, Bildung und Arbeit“. Die Auszeichnung für das „Lebenswerk“ erhielt die Augsburgische Sozialförderin sowie Druck- und Medienunternehmerin Ellinor Holland.

Wie der Vizepräsident des Bayerischen Sparkassenverbandes Prof. Rudolf Faltermeier betonte, haben die bayerischen Sparkassen 2009 für ca. 1.800 Existenzgründungen insgesamt 170 Mio. Euro an Gründungsdarlehen

ausgereicht. Da mit einer Errichtung eines Unternehmens jeweils mehrere Arbeitsplätze geschaffen werden, ermöglichten die Initiativen der Gründer sowie die Kredite der Sparkassen etwa rund 5.000 neue Jobs. Die aktuellen Zahlen zur Vergabe von Neukrediten zeigten außerdem, dass es für Projekte mit einem durchgerechneten Geschäftsmodell „keine Kreditklemme“ gebe.

### Praxisorientierter Preis

Der Bayerische Gründerpreis entstand aus dem 1997 ins Leben gerufenen StartUp-Wettbewerb für Existenzgründer. „Nicht die Konzeption allein entscheidet. Auch Wachstum, Aufstieg und Nachfolge wollen im ökonomischen Leben gut organisiert sein“, machte Faltermeier deutlich. Deshalb sei aus dem „StartUp“-Gedanken der ersten Stunde ein umfassender, praxisorientierter Unternehmerpreis entwickelt worden.

Eine ausführliche Dokumentation der Unternehmerkonferenz wird die Bayerische Gemeindezeitung in einer der nächsten Ausgaben veröffentlichen. **DK**



Verleihung des Bayerischen Gründerpreises 2010: Vizepräsident Prof. Rudolf Faltermeier (l.) mit Michael Ahlers, Repräsentant der Firma „Suxceed“, Gewinner in der Kategorie „Aufsteiger“. **DK**

### 33. Internationaler Museumstag:

## Orte der Begegnung

Neuer Teilnehmerrekord in Bayern

Nach dem großen Erfolg des Internationalen Museumstages im Jahr 2009 in Deutschland – mehr als 1.600 Einrichtungen empfingen tausende von Besuchern – waren auch in diesem Jahr die etwa 6.500 Museen bundesweit aufgerufen, sich mit Sonderführungen, Workshops, Wettbewerben, einem Blick hinter die Kulissen, mit Museumsfesten, langen Museumsnächten oder kostenlosem Eintritt am Internationalen Museumstag zu beteiligen. Allein in Bayern luden 412 Museen – ein neuer Teilnehmerrekord – mit speziellen Veranstaltungen zum Besuch ein.

Unter dem diesjährigen Motto „Museen für ein gesellschaftliches Miteinander“ hatten Besucher die Chance, mehr über andere, aber auch über sich selbst zu erfahren. Museen können die Neugier auf das Eigene und das Andere, oft noch Unbekannte wecken und ein Ort des Miteinanders und des Erfahrungsaustauschs sein.

### Attraktive Angebote

Die Koordination im Freistaat übernahm einmal mehr die Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern. Mit einer Fülle attraktiver Angebote wendeten sich die Museen an ihre Besucher. Große wie kleine Häuser gestalten diesen Tag nach ihren jeweiligen Möglichkeiten und Besonderheiten.

In München beispielsweise wurde im Staatlichen Museum Ägyptischer Kunst ein buntes Programm für die ganze Familie vorbereitet: Während die Erwachsenen an einer Führung durch die aktuelle Sonderausstellung teilnahmen, konnten die Kinder mit Bastelbögen „Kleopatra Modenschau“ spielen, ihre Namen mit Hieroglyphen schreiben oder ägyptischen Märchen lauschen. Für jung und alt wurden

Führungen zum Thema „Alltagsleben im Alten Ägypten“ angeboten. Ein Ägyptenbasar bot Kataloge und Literatur zum Sonderpreis. „Apollon und das Orakel von Delphi“ nannte sich ein Theaterstück, das eine Kindergruppe im Museum für Abgüsse Klassischer Bildwerke aufführte.

Die Archäologische Staatssammlung erklärte den Museumstag zum „Tag der Granate“: Am Rand der Ausstellung „Karfunkelstein und Seide“ konnte man selbst Granate aus dem Trägergestein klopfen und sie unter Anleitung eines Granatschleifers bearbeiten. Führungen und das Familienprogramm „Die Vorfahren der Ritter“ ergänzten das Angebot.

### Luft- und Raumfahrt

Eisenbahnfreunde machten sich nach Freilassing/Oberbayern auf den Weg, denn in der Eisenbahnwelt war Kindertag mit Eisenbahnfahrten, Kinderschminken und Musik angesagt. Technikfreaks hatten aber auch die Möglichkeit, die Restaurierungswerkstätten des Museums für Luft- und Raumfahrt - Flugwerft Schleißheim in Oberschleißheim, eine Außenstelle des Deutschen

Museums, zu besichtigen. Im Zeichen der Orgel stand eine Museumsnacht im Orgelmuseum Altes Schloss in Valley mit dem Vorspielen unterschiedlicher Instrumente und Konzert.

### „Tango Argentino“

Lateinamerikanische Klänge in Niederbayern wurden im Passauer Museum Wörlen beim Workshop „Tango Argentino“ dargeboten. Eine literarische Wanderung lockte zum Museum Goldener Steig in Waldkirchen, für die anschließende Stärkung wurde ein „Säumerpfandl-Essen“ vorbereitet.

Die Finissage der Ausstellung „Eiserne Pfade ins Industriezeitalter“ mit der Vorführung von Dampfmaschinenmodellen bot das Stadtmuseum Sulzbach-Rosenberg in der Oberpfalz. Historische Handwerkszweige wurden im Heimatmuseum Sünching mit Vorführungen (Buchdruck, Malen, Polstern, Weben und Seilherstellung) vorgestellt.

In Mittelfranken konnten Wagenmutter im Museum Schwarzes Ross die Unterwelt von Hilpoltstein erkunden. Eine Museumsnacht bereitete schon Tags zuvor den Museumsfeierabend vor. „Venezianische Spitzen“ standen im Klöppelmuseum Abenberg im Mittelpunkt des Interesses. Zur gleichnamigen Sonderausstellung gab es Klöppelvorführungen und Spezialitäten aus Venedig. Das Fabrikmuseum Roth lud zur Enthüllung eines historischen Schaukelzugs, umrahmt von Musik und Volkstanz. Wanderfreunde lock-

### Liebe Leserinnen und Leser,

der Mensch ist ein soziales Wesen und daher seit jeher auf Unterstützung von anderen angewiesen. Früher war die Großfamilie ein wichtiges soziales Gefüge. Durch die zunehmende Individualisierung haben sich im Laufe der Zeit die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stark geändert. Das ehrenamtliche Bürgerengagement hat in Folge dessen enorm an Bedeutung gewonnen. Das Ehrenamt ist der Kitt unserer Gesellschaft. Ohne die Menschen, die bereit sind, mehr zu tun als ihre Pflicht, wäre ein Zusammenleben undenkbar und auch unbezahlbar. Denn egal ob bei der Kinderbetreuung, in der Feuerwehr, bei



tationen. Die Freiwilligenagentur will damit auch Bürgern, die sich nicht langfristig an einen Verein oder eine Institution binden, sondern sich zeitlich begrenzt ehrenamtlich einbringen wollen, eine Möglichkeit dazu geben. Daneben kommt der Förderung und Vernetzung von vorhandenem Engagement, gerade in den einzelnen Städten, Märkten und Gemeinden eine große Bedeutung zu. Durch gezielte Beratung und Fortbildung der Freiwilligen können die ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger stärker unterstützt werden.

Die Freiwilligenagentur ist also eine zentrale Anlaufstelle für ehrenamtlich engagierte Landkreisbewohner und betreibt Netzwerkarbeit, um wichtige Grundstrukturen festzulegen. Auch erste Projekte wie die Ausbildung von Seniorentrainern oder Lesepatenschaften sind in die Wege geleitet worden. Durch die Förderung im Rahmen des Modellprojekts „Koordinierungszentrum Bürgerschaftliches Engagement“ kann eine hauptamtliche Fachkraft angestellt werden. Vor allem die gezielte Öffentlichkeitsarbeit zur Gewinnung von Ehrenamtlichen gehört zu den vorrangigen Zielen, daneben sind ein gemeinsames Projekt mit einer Schule sowie eine Veranstaltung zum Versicherungsrecht im Ehrenamt geplant.

Ein ganz wesentliches Ziel ist es auch, in den einzelnen Gemeinden und somit vor Ort sogenannte Ehrenamtslotsen zu finden. Diese dienen dann als Bindeglied zur Freiwilligenagentur, damit das dort vorhandene Wissen und die Angebote z. B. zum Thema Versicherungsrecht landkreisweit zur Verfügung stehen. Gleichzeitig können dadurch Bedarf und Angebot vor Ort besser erkannt und bedient werden.

Die Freiwilligenagentur versteht sich als Partner für alle Ehrenamtlichen, die oft einen erheblichen Teil ihrer Freizeit dafür aufwenden, sich in das gesellschaftliche Leben einzubringen und unterstützen diese bei ihrer für die Gesellschaft so wichtigen Arbeit.

„Den Gebrauch der Kräfte, die man hat, ist man denen schuldig, die sie nicht haben.“ Getreu diesem Leitsatz des amerikanischen Staatsmannes Carl Schurz ist es unser aller gesellschaftliche Aufgabe, den Schwächeren unter uns mit tatkräftiger Hilfe zur Seite zu stehen. Angebote wie die Freiwilligenagentur können eine wichtige Hilfestellung leisten, letztlich kommt es aber auf jeden Einzelnen und seinen persönlichen Einsatz an, wie gut denen geholfen wird, die diese Hilfe nötig haben.

Ihr Georg Huber

## Bürgerschaftliches Engagement

den Schülerlotsen usw. - ohne ehrenamtliches Engagement könnten viele gesellschaftlich relevante Leistungen zumindest im ländlichen Raum nicht erbracht werden. Doch das Ehrenamt muss auch in professionelle Strukturen eingebettet sein.

Der Landkreis Mühldorf wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Frauen für das Modellprojekt „Koordinierungszentrum Bürgerschaftliches Engagement“ ausgewählt. Die finanzielle Förderung ermöglicht es, die zahlreichen ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger – und auch die, die es noch werden wollen – noch besser miteinander zu vernetzen und zu unterstützen. Gerade im Hinblick auf die demographische Entwicklung ist es unabdingbar, alle Altersgruppen in freiwillige, ehrenamtliche Strukturen einzubinden und damit ihr Potential zum Wohl der Gemeinschaft zu erhalten. Dazu wurde eine Freiwilligenagentur ins Leben gerufen, die künftig das vorhandene bürgerschaftliche Engagement koordiniert.

Die Vorstandschaft dieser Freiwilligenagentur setzt sich aus Repräsentanten der Städte und Gemeinden, des Landkreises, der Wirtschaft sowie der Wohlfahrtsverbände bzw. der sozialen Einrichtungen im Landkreis zusammen.

Zu den grundsätzlichen Zielen der Freiwilligenagentur gehören die Information, Beratung und Gewinnung neuer Ehrenamtlicher durch den Aufbau einer zentralen Anlauf- und Informationsstelle sowie die Projektentwicklung in direkter und enger Zusammenarbeit mit bestehenden Insti-

te eine Geführte Wanderung zum Geotop „Zwölf Apostel“. Ausgangspunkt war das Bürgermeister-Müller-Museum Solnhofen.

Bei der Führung durch den Rohbau des neuen Gebäudes des Museums Bayerisches Vogtland in Hof in Oberfranken konnten neugierige Museumsfreunde schon lange vor der Museumsöffnung einen Blick in die zukünftigen Ausstellungsräume werfen. Filmvorführungen, Vorträge und ein buntes Kinderprogramm rundeten die Veranstaltung ab. An die älteren Bürger hatte das Museum Levi Strauss - Jeans & Kult in Buttenheim gedacht: Es stellte die Geschichte der blauen Hosen bei einem Museumsfest im örtlichen Seniorenzentrum vor. Im Heimatmuseum Bad Rodach erwartete eine Museumsnacht mit Instrumentenausstellung, Führungen und Konzerten die Besucher.

### „Juden auf dem Lande“

Wer eine Schulstunde wie im 19. Jahrhundert erleben wollte, fuhr am besten ins Stadtmuseum Gerolzhofen in Unterfranken. Für die Liebhaber alter Autos war ein Oldtimertreffen im Museum Nostalgie der 50er Jahre in Burgpreppach gedacht. Ein Elvis-Presley-Double sorgte für gute Laune und für die jungen Besucher wurden Spiele vorbereitet.

In Schwaben schließlich konnte man in der Synagoge Ichenhausen mit der Ausstellung „Juden auf dem Lande“ an Führungen zur Mikwe, dem jüdischen Ritualbad, und zum jüdischen Friedhof teilnehmen. Eine Museumsrallye

verband das Schwäbische Volkskundemuseum in Gessertshausen mit dem nahe gelegenen Bauernhofmuseum „Staudenhaus“. Fa-

milienführungen, ein Kinderprogramm und Musik sorgten für einen gelungenen Ausflug für die ganze Familie. **DK**

## Internationaler Tag der Familie

### Familienministerin Haderthauer: Coaching in Erziehungsfragen muss selbstverständlich sein

„Erziehung ist anspruchsvoll, sie fordert von Eltern Zeit, Kraft und Kompetenz. Deshalb ist es wichtig, dass sich Eltern in Erziehungsfragen coachen lassen – möglichst schon ab Geburt des Kindes. Was vor dem Kauf eines PCs oder bei der Gründung eines Unternehmens selbstverständlich ist, muss doch erst recht gelten, wenn es um Kinder geht! Deshalb schaffen wir Familienstützpunkte, die durch das örtliche Elternbildungs- und -beratungsangebot lotsen.“ Mit diesen Worten gab Bayerns Familienministerin Christine Haderthauer anlässlich des Internationalen Tags der Familie am 15. Mai 2010 den Start des Modellprojekts „Familienstützpunkte“ in 12 bayerischen Städten und Landkreisen bekannt.

### Kompetenzgewinn als Visitenkarte

Haderthauer: „Die Familienstützpunkte sollen ein Klima schaffen, in dem es selbstverständlich ist, sich auf die Lebensaufgabe Mutter und Vater vorzubereiten. Sie sind ein wichtiger Teil der geplanten 'Allianz für Familien'. Familienzeit bedeutet Kompetenzgewinn und muss eine Visitenkarte werden, die beim beruflichen Wiedereinstieg und Aufstieg Türen öffnet.“

Familienstützpunkte sind Anlauf- und Kontaktstellen, die konkrete Hilfe und Beratung in Erziehungsfragen anbieten und mit anderen Einrichtungen der Eltern- und Familienbildung gut vernetzt sind. Der Freistaat stellt für das zweijährige Modellprojekt jährlich eine Million Euro zur Verfügung. Es beteiligen sich die Städte Aschaffenburg, Augsburg, Bamberg, Fürth, Nürnberg, Regensburg, Würzburg und Kaufbeuren, sowie die Landkreise Bamberg, Regensburg, Traunstein und Würzburg. „Wir nutzen bestehende Einrichtungen und bauen auf das Wissen und die Kompetenz etwa von Mütterzentren, Familienbildungsstätten oder Kindertageseinrichtungen auf. Das sind Orte, die Eltern vertraut sind und für sie kurze Wege bedeuten.“, so die Ministerin abschließend. **DK**

## Werte in der...

(Fortsetzung von Seite 1)  
fähigkeit, sprich nach dem individuellen Einkommen oder dem unternehmerischen Gewinn. Die MU plädiert für eine ganzheitliche Steuerkonzeption nicht nur aus fiskalischer Sicht, sondern u. a. aus Steuervereinfachungssicht. Michelbach nannte hierzu folgende Forderungen:

### Die Forderungen

1. Die Gemeindefinanzierung muss für eine Verstärkung des Aufkommens eine Beteiligung der Gemeinden am Lohnsteueraufkommen und eine Erhöhung der Umsatzsteueranteile der Gemeinden erhalten.
  2. Die Gemeindefinanzierung muss transparent und nachvollziehbar sein. Dazu gehört eine breite Beteiligung aller Unternehmen.
  3. Die kommunale Besteuerung der Wirtschaft muss gewinnabhängig erfolgen.
  4. Die kommunale Besteuerung sollte einfach sein. Die gegenwärtigen Administrationskosten sollten reduziert werden.
- Finanzminister Georg Fahrenschon beschrieb die schwierigen Entscheidungen zur Stabilisierung des Euro. Sehr deutlich ging er auf die Auswirkungen der Beschlüsse der EU-Länder ein: „Der Euro ist nicht mehr der Nachfolger unserer D-Mark, die Europäische Zentralbank ist nicht

mehr die Nachfolgeorganisation der Deutschen Bundesbank. Das heißt, wir laufen Gefahr, dass wir es mit einer gemeinschaftlichen Währung zu tun haben, die sich nicht mehr in den Eckpunkten von dem bewegt, was Helmut Kohl, Theo Waigel und Horst Köhler als Grundlage einer gemeinsamen europäischen Währung durchgesetzt haben“, führte Fahrenschon aus. Dies sei eine Herausforderung, „die nicht nur wegen ihrer Größe, sondern wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft von höchster Bedeutung ist“. Die daraus resultierenden Auswirkungen bezeichnete der Minister als dramatisch. „Wir werden unvergleichbare Einschnitte bei den Ausgaben umsetzen müssen, die wir nur gemeinsam schultern können.“

### Zukunftsfeste Regelungen

Nach der Stabilisierung des Euro durch Milliardenprogramme gehe es nun darum, Spekulant auch in die Verantwortung zu nehmen, Banken an den Auswirkungen zu beteiligen, vor allem aber für die Zukunft tragbare Regelungen für den internationalen Finanzmarkt durchzusetzen. Prävention, automatische Sanktionen und mehr Stabilität seien die Forderungen der CSU, fasste Fahrenschon zusammen. Er bat Wirtschaft und Kommunen aber

auch, bei den Beschlüssen zur Haushaltskonsolidierung konstruktiv mitzuwirken.

### Fahrenschon für Fortführung

Fahrenschon, der Mitglied in der Bundeskommission zur Neuordnung der Gemeindefinanzen ist, sprach sich eindeutig für die Fortführung der Gewerbesteuer aus. Obwohl man um die Schwächen der Gewerbesteuer wisse, sehe er keine bessere Alternative. Auch verfüge man über nicht genug Zeit, neue Systeme auszuarbeiten und einzuführen. Wie der Minister bekräftigte, „brauchen wir schnelle Lösungen für die Kommunen, um die bereits in diesem Jahr entstehende Finanzlücke zu schließen“.

### Deutliche Korrekturen

In der Diskussion zeigte sich, dass neben der Einnahmenseite der Kommunen auch an der Ausgabenschraube gedreht werden muss. Man verständigte sich mit dem Minister, dass an die Standards im Sozialbereich, aber auch im Umweltbereich und im Baurecht deutliche Korrekturen erforderlich sind.

Bei den Kommunalpolitikern und den Mittelständlern bestand Einigkeit darin, die Arbeit der Regierungskommission in enger Abstimmung zu begleiten und gemeinsam solide Finanzen, Schuldenbremse und zukunftsorientierte Investitionen und Innovationen für Bayern voranzutreiben. **DK**

## Rettungsschirm für...

(Fortsetzung von Seite 1)  
Lage. 45 Prozent der Gemeinden werden aus ihren laufenden Einnahmen nicht nur die notwendigen Mittel zur ordentlichen Tilgung der in den vergangenen Jahren aufgenommenen Verbindlichkeiten erwirtschaften können.

Ursache sind zum einen die weg brechenden Einnahmen, namentlich bei der Gewerbesteuer, die im vergangenen Jahr um rund 1 Milliarde Euro zurückgegangen ist und bei der Einkommensteuerbeteiligung, die im laufenden Jahr ca. 900 Millionen Euro niedriger ausfallen wird. Zum anderen steigen die Ausgabenverpflichtungen der Gemeinden in erster Linie im sozialen Bereich einschließlich Kinder- und Jugendhilfe ungebremst weiter. Die Gemeinden haben also ein Einnahmen- und Ausgabenproblem. Brandl: „Die Bayerische Staatsregierung kann dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Sie muss den Gemeinden unter die Arme greifen. Sonst müssen sich die Bürgerinnen und Bürger auf harte Einsparmaßnahmen ihrer Gemeinden einrichten. Das will niemand.“

### Abbau von Standards

Als schwieriges, aber in Anbetracht der Wirtschafts- und Finanzkrise zwingend notwendiges Unterfangen bezeichnete Brandl den Abbau von Standards. „Wenn die Einnahmen zurückgehen, müssen wir alle Kraft darauf verwenden, die Ausgaben zu reduzieren.“ Auf Wunsch von Ministerpräsident Horst Seehofer haben die kommunalen Spitzenverbände Vorschläge zum Abbau von Standards unterbreitet, um der sich dramatisch entwickelnden Einnahmen-Ausgaben-Schere entgegenzuwirken.

Die Liste reicht von Erleichterungen bei der Ausschreibung von Bauaufträgen über den Abbau von Standards beim Brandschutz, bei der Heimaufsicht mit ihren umfassenden Dokumentationspflichten bis zum Abbau von Standards im Sozialbereich. Dabei betreffen die Forderungen sowohl die Bundes- wie auch die Landesebene. Brandl zufolge ist der Bayerische Gemeindegtag gerne bereit, mit dem Staat und den Wohlfahrtsverbänden zu diskutieren, welche

bürokratischen Hindernisse abgebaut werden können.

Zur geplanten Weiterentwicklung der Haupt- zu Mittelschulen meinte der Verbandschef, dass die neue Mittelschule in Bayern ohne zusätzliche Lehrer und Haushaltsmittel keine Zukunft haben wird. „Der Weg ist ja der richtige, um die Hauptschulen fit für die Zukunft zu machen, aber das hierfür notwendige Reisegepäck reicht für diese Strecke nicht aus.“

### Einführung der Mittelschule

Der kürzlich den kommunalen Spitzenverbänden zugeleitete Gesetzentwurf zur Einführung der Mittelschulen und zum zeitgleich geplanten flächendeckenden und bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagschulen in Bayern findet trotz der richtigen Zielrichtung beim Gemeindegtag keine Zustimmung. Der Freistaat Bayern bestreitet die Konnexität, sprich die Mitfinanzierungspflicht beim Ausbau der Ganztagschulen. Da diese nur nach Antragstellung des jeweiligen kommunalen Schulaufwandsträgers vor Ort eingeführt werde, beruhen nach Auffassung des Freistaats eventuell entstehende Mehrkosten auf einer freiwilligen Entscheidung der Kommune. Der Ausbau der Ganztagschulen ist allerdings aus Sicht des Gemeindegtags eine zwingende Folge bildungs- und gesellschaftspolitischer Notwendigkeiten. Hier sei der Freistaat mit in der finanziellen Verantwortung.

In punkto Breitbandförderung forderte Brandl Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil auf, bayerische Kommunen besser als bisher beim Breitbandausbau zu unterstützen. „Seit knapp einem halben Jahr ist eine erhöhte Förderung möglich. Die Förderquote könnte statt 70 Prozent 90 Prozent betragen. Auf diese Weise könnten mehr Gemeinden als bislang Ausbaumaßnahmen tätigen. Es ist unverständlich, weshalb der Wirtschaftsminister diese Möglichkeit den bayerischen Kommunen nicht zur Verfügung stellt“, bemerkte der Präsident. „Auch wenn das bayerische Förderprogramm mittlerweile gut angenommen wird – die Versorgung mit 1 bis 3 MBit wird nicht ausreichen, ein perfektes Breitbandnetz aufzubauen.“

Eine Chance sieht Brandl in der Versteigerung der Rundfunkfrequenzen für den ländlichen Raum. Jedoch werde die Umsetzung dieses Konzepts zeigen, ob die Gemeinden im ländlichen Raum – so wie angekündigt – tatsächlich profitieren werden.

Umgehend wies Wirtschaftsminister Martin Zeil die Forderung des Bayerischen Gemeindegtags zum Breitbandausbau zurück: „Mir ist die angespannte Haushaltslage vieler bayerischer Gemeinden bewusst. Dennoch ist die derzeitige Ausgestaltung der Förderung sinnvoll. Das zeigt auch die ausgezeichnete Bilanz des Breitbandförderprogramms. Mit den geltenden Förderregeln und den zur Verfügung stehenden rund 47 Millionen Euro können wir den Gemeinden in ganz Bayern beim Breitbandausbau effektiv unter die Arme greifen. Würden einzelne Gemeinden höhere Zuschüsse erhalten, wäre das nicht möglich.“ Das müsse auch der Bayerische Gemeindegtag erkennen, erklärte Zeil.

### Breitbandförderung

Bisher könne kein anderes Land einen ähnlich erfolgreichen Verlauf der Breitbandförderung wie Bayern verzeichnen, fuhr der Minister fort. „Auch bei der Mittelhaushaltsaufstellung für den Ausbau des schnellen Internets erreicht Bayern eine bundesweite Spitzenposition. Mit dem Bayerischen Breitbandförderprogramm haben wir hervorragende Möglichkeiten, die Gemeinden im Freistaat beim Ausbau des schnellen Internets zu unterstützen. Das Programm läuft seit der Verbesserung der Förderkonditionen im letzten Jahr äußerst erfolgreich. Diesen großartigen Erfolg erkennt sogar der Bayerische Gemeindegtag an. Bis Anfang April konnten wir die Breitbandinvestitionen von 372 Gemeinden mit über 24 Millionen Euro fördern. Über 834 Gemeinden haben bereits Zuschüsse zu ihren Planungen erhalten“, so Zeil. Um auch die verbliebenen „weißen Flecken“ mit Breitband zu erschließen, hat das Bayerische Kabinett auf Vorschlag des Wirtschaftsministers beschlossen, das Förderprogramm bis Ende 2011 zu verlängern. **DK**

## Kreidl folgt auf...

(Fortsetzung von Seite 1)  
die Sozialausgaben der bayerischen Kommunen jährlich um rund 250 Mio. Euro an.

In den Bereichen der Hartz IV-Unterkunftskosten, der Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung und der Hilfe zur Pflege stiegen die Kosten immer weiter. Strikt verwahrte sich Kreidl gegen eine weitere kommunale Verschuldung: „Die Kommunen dürften nicht zulasten der örtlichen Wirtschaft und der Bürger ihre Investitionen für Schule, Straßen, Abwasser und Wasser auf Null zurückfahren.“ Er plädierte für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Steuereinnahmen einerseits und Sozialausgaben, Investitionen in die kommunale Infrastruktur sowie Zuwachs der Verschuldung andererseits.

### Überbordene Bürokratie

Gerade die aktuelle Finanzlage der Kommunen, aber auch die überbordende Bürokratie müssen Kreidl zufolge Grund genug für eine Verwaltungsreform sein: „Schlanke Verwaltungsabläufe, mehr Bürgernähe und die Einsparung von Finanzmitteln werden der Verdienst einer wirklichen Verwaltungsreform sein. Liegt es nicht auf der Hand, dass die Eingliederung der Verwaltungsaufgaben von Sonderbehörden in die Landratsämter zu effektiveren und rascheren Verwaltungsabläufen führt? Ich fordere den Freistaat auf, den großen Reformschritt zu wagen. Das Land Baden-Württemberg hat uns das vorgemacht. Einzelne Ansätze zu ‚Verwaltungsreformchen‘ bringen nichts. Wir brauchen den großen ‚Wurf‘, den die bayerischen Landrätinnen und Landräte dann auch unterstützen werden.“

Demographischer Wandel und strukturelle Veränderungen in der Erwerbsarbeit werden dazu führen, dass die Sozialausgaben nicht mehr von den Einnahmen gedeckt werden können. Der Präsident plädierte daher für eine kurzfristige Strukturreform im Sozialstaat: „Die Hauptlast ist dabei allerdings von der Landes- und Bundespolitik zu tragen, die die großen Fragen sozialpolitischer Strukturformen, die auch mit Gerechtigkeitsüberlegungen verbunden sind, zu beantworten haben. Als Träger der öffentlichen Wohlfahrtspflege werden sich die Kommunen auf ihre Kernkompetenz wie kommunale Daseinsvorsorge, Selbstverwaltung, Dezentralität und Subsidiarität beschränken. Prügelknaben in der Diskussion um Standardabbau und Einsparpotenziale wollen wir nicht sein!“

### Hauptschülerneuerung

Die Neuausrichtung der Hauptschule, insbesondere die Einführung der Mittelschule und der Schulverbände sah Kreidl auf dem richtigen Weg: „Wir fordern keine Änderung der Sachaufwandsträgerschaft, auch wenn uns das gelegentlich unterstellt wird. Wir hoffen allerdings, dass die angestoßenen Orientierungen deutlich stärken.“ Hinsichtlich der Umsetzung bei der UN-Konvention in Förder-schulen forderte der Landkreistagspräsident endlich Planungssicherheit: „Seit Sommer 2009 warten wir darauf, dass der Ministerat ein konkretes Ausbaukonzept vorlegt. Ohne Vorgaben des Freistaats Bayern ist es uns nicht möglich, verantwortungsvoll zu planen. Die interfraktionelle Arbeitsgruppe ist zwar gut gemeint, übersehen wird allerdings, dass in etlichen Landkreisen Entscheidungen mit erheblichen finanziellen Konsequenzen anstehen; das Schulsystem ist daher in enger Abstimmung mit den Sachaufwandsträgern umzubauen. Finanzielle Fol-

gen sind im Sinne der Konnexität umzusetzen.“

Mit Blick auf die Diskussion um die Gewerbesteuer sprach sich Kreidl gegen die Abschaffung aus: „Da die Gewerbesteuer an den Betriebssitz einer Firma und den Sitz der Betriebsstätten anknüpft, stellt ein Zuschlag zur Wohnsitz gebundenen Einkommensteuer keinen Ersatz dar!“ Vehement setzte er sich für eine Stärkung der institutionellen Vertretung der Kommunen auf europäischer Ebene ein: „Hinsichtlich der im Lissabonvertrag vorgesehenen kommunalen Mitbestimmung fordern wir mit der zu erwartenden Aufstockung der deutschen Sitze im Ausschuss der Regionen drei zusätzliche Sitze für die kommunale Seite.“

Sein besonderes Augenmerk wird Kreidl auch auf eine sorgfältige Kostenfolgeabschätzung bei Richtlinien- und Verordnungsverfahren – auch auf Europaebene – richten: „Dies kann eine überbordende Bürokratie verhindern und gleichzeitig Kosten sparen. Wir werden auch nicht nachlassen, die aus dem komplexen europäischen Rechtsrahmen resultierenden Verwaltungslasten, insbesondere auch für Unternehmen, zu reduzieren.“

### Starker Partner

Ministerpräsident Horst Seehofer gratulierte Jakob Kreidl zu seiner Wahl zum neuen Präsidenten des kommunalen Spitzenverbandes. Mit ihm stehe „ein bewährter Streiter für die Interessen der Kommunen“ an der Spitze des Bayerischen Landkreistages. Seine politische Erfahrung und sein Führungsgeschick machten ihn zu einem starken Partner für die Bayerische Staatsregierung.

Als „entscheidend für die Zukunft unseres Landes“ bezeichnete Seehofer Erfolge bei der nachhaltigen Stabilisierung des Euro. Der Ministerpräsident sieht den Freistaat in dieser Situation freilich gut gerüstet: „Der bayerische Weg mit engem Schulterschluss von Staatsregierung und kommunaler Familie hat Bayern stark gemacht und wird sich auch in dieser Zeit des Umbruchs bewähren. Mit klarem Kurs, vertrauensvoller Zusammenarbeit und offenem Dialog werden wir zusammen die Krise überwinden.“

### Echte Kostenentlastung

Zwischen 2009 und 2011 wurden im Konjunkturpaket II fast 1,2 Milliarden Euro zur Unterstützung der Kommunen zur Verfügung gestellt. Im kommunalen Finanzausgleich stehen 2010 Mittel in Höhe von rund 6,8 Milliarden Euro für die Kommunen bereit. Laut Seehofer wird Bayern auch künftig ein verlässlicher Partner der Kommunen sein. Klar sei aber auch, „dass Finanzierungsprobleme nicht durch Einnahmen und Lastenverschiebungen gelöst werden, sondern der Weg über Konsolidierung und echte Kostenentlastung unumgänglich ist“.

Seehofer machte deutlich, dass künftig die Bereiche Familie und Bildung Priorität haben werden. Beispielsweise stellte er in Aussicht, dass sich der Freistaat im Zuge des Mittelschul-Ausbaus bei der Finanzierung der Schülerförderung engagieren wird. Es gelte, so viele Hauptschulstandorte wie möglich zu erhalten. „Unter mir wird es eine Veränderung des dreigliedrigen Schulsystems nicht geben“, beteuerte Seehofer.

Als wichtige Zukunftsaufgabe bezeichnete der Ministerpräsident die Entwicklung des ländlichen Raumes. Um die junge Generation in strukturschwachen Gebieten zu halten, müssten dort Ausbildungs- und Arbeitsplätze gehalten und geschaffen werden. Einerseits müsse die Wirtschaft davon über-

zeugt werden, Betriebe nicht nur in Ballungsgebieten anzusiedeln, andererseits müsse der Staat auch Behörden in den ländlichen Raum verlagern.

Um bürokratische Hürden abzubauen, sei das LEP auf den Prüfstand zu stellen. Seehofer plädierte dafür, z. B. im Falle der Umsetzung von Großhandelsprojekten den Lokalpolitikern mehr Eigenverantwortung zu übertragen. Was die medizinische Versorgung auf dem Land angeht, so kann sich der Ministerpräsident als Anreiz für Landärzte höhere Honorare vorstellen. Zudem sollten die stationären Einrichtungen mehr Möglichkeiten zur ambulanten Behandlung erhalten.

### Zukunft der Krankenhäuser

Wie sieht die Zukunft der Kreiskrankenhäuser zwischen der Aufrechterhaltung des öffentlichen Sicherstellungsauftrages einerseits und dem ökonomischen Druck andererseits aus? Diese Frage hatten die Teilnehmer des Bayerischen Landkreistags zu Beginn der Jahresversammlung diskutiert. Der Tenor: Eine wohnortnahe, akutstationäre Versorgung der Bevölkerung ist bürgerefreundlich, im betriebswirtschaftlichen Sinne aber nicht immer optimal. Zwar haben die Kreiskrankenhäuser spätestens mit der Einführung des DRG-Systems ihre Effizienz durch interne Umorganisationen und Rechtsformumwandlungen gesteigert, doch ist dieser Prozess weitgehend abgeschlossen. Eine weitere Effizienzsteigerung kann nur noch zulasten der Qualität, insbesondere der Pflege, erreicht werden.

### Flexibler Zusammenschluss

Private Träger sind gegenüber den öffentlich-rechtlichen Trägern im Vorteil: Ihre Zusammenschlüsse sind flexibler, da sie nicht an Gebietsgrenzen gebunden sind und sie leichter Fremdkapital rekrutieren können. „Wollen wir auch in Zukunft auf Bundes- und Landesebene den öffentlich-rechtlichen Sicherstellungsauftrag beibehalten, benötigen wir Waffengleichheit“, hob der Zweite Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Herbert Eckstein (Roth), hervor.

Die bayerischen Landräte teilen zwar mit Fachleuten die Auffassung, dass die örtlichen Krankenhausstrukturen den betriebswirtschaftlichen, aber auch den medizinischen Anforderungen anzupassen seien, allerdings erwarten sie auch Unterstützung von den übergeordneten politischen Ebenen bei den notwendigen Maßnahmen und den strukturellen Entscheidungen: „Die Aufrechterhaltung des öffentlich-rechtlichen Sicherstellungsauftrages und die Trägerschaft von Krankenhäusern zählen zu einem der Kernelemente der kommunalen Daseinsvorsorge in Bayern. Weder Bund noch Land dürfen sich davor drücken, die Kommunen in ihren Entscheidungen zu begleiten und zu unterstützen“, bemerkte Eckstein.

### Privatisierungsdiskussion

Eine Podiumsrunde mit Gesundheitsminister Dr. Markus Söder, Vorstandsvorsitzendem Dr. Helmut Platzer (AOK), Geschäftsführer Siegfried Hasenbein (Bayerische Krankenhausgesellschaft), Stellvertretendem Vorstandsvorsitzenden Rudi Bittner (Kassenärztliche Vereinigung Bayerns) und dem Vorsitzenden des Ausschusses für Gesundheits- und Sozialfragen im Bayerischen Landkreistag, Landrat Hubert Hafner (Günzburg) erörterte schließlich Fragen, die insbesondere im Rahmen der Privatisierungsdiskussion aufgeworfen worden waren. **DK**

Bayern und Italien:

# Lebendige Beziehungsgeschichte

Eröffnung der Bayerischen Landesausstellung 2010

Die Bayerische Landesausstellung „Bayern-Italien“ hat ihre Pforten geöffnet. Bis 10. Oktober wird in zwei Städten eine 2000-jährige Beziehungsgeschichte an insgesamt drei Standorten präsentiert: im ehemaligen Kloster St. Mang in Füssen sowie im Maximilianmuseum und im Textilmuseum in Augsburg. Mit insgesamt 3.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche und fast 1.000 Exponaten ist „Bayern-Italien“ eine Schau der Superlative. Erwartet werden insgesamt mindestens 200.000 Besucher.

Eine lange Geschichte verbindet Bayern und Italien - eine Geschichte von Herrschern und Händlern, Heiligen und Künstlern, Reisenden und Gelehrten: Im Kloster St. Mang in Füssen, das am Fuße der Alpen und nahe Schloss Neuschwanstein sowie der Wieskirche liegt, werden die bayerisch-italienischen Verbindungen von der Antike bis ins frühe 19. Jahrhundert gezeigt. Über die Via Claudia kamen Waren und neue Götter nach Bayern. Bayerische Handelshäuser hatten ihren Sitz in Venedig, und die italienische Barockkunst hielt Einzug in Bayerns Kirchen und Klöster.

Im Maximilianmuseum in Augsburg geht es mit „künstlich auf welsch und deutsch“ um die große Zeit der mächtigen Reichsstadt beim Kunsttransfer der Renaissancezeit von Süd nach Nord. Hier erwartet den Besucher eine faszinierende Bilderwelt von Dürer bis Tizian.

## Meeresstrandinszenierung

Im Augsburger Textil- und Industriemuseum (TIM) dreht sich schließlich alles um „Sehnsucht, Strand und Dolce Vita“ im 19. und 20. Jahrhundert. Eine große Meeresstrandinszenierung versetzt

den Besucher in den Italienurlaub der 1960er Jahre zurück mit Liegestühlen, Zelt, Wohnwagen, Campinggegenständen und einem echten italienischen Eiswagen. Man reiste mit dem Fahrrad, dem Motorroller oder der ursprünglich aus Italien stammenden Isetta an - ein Kleinwagen, der noch bei vielen verklärende Erinnerungen auslöst. Auch die anderen Ausstellungsabteilungen zeigen, wie viele Alltagsbereiche bayerisch-italienische Verbindungen haben: Mode, Design, Schlager oder Sport. Die Besucher erwartet eine lebendige Ausstellung zum Sehen, Hören und sogar zum Schmecken. Selbst italienische Sprachkenntnisse können getestet werden. Zahlreiche Exponate stammen aus Augsburger Privatbesitz.

## Historischer Spaziergang

Bei der Eröffnung der Landesausstellung im Goldenen Saal des Augsburger Rathauses nahm Dr. Richard Loibl, Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte, die etwa 800 geladenen Festgäste mit auf einen historischen Spaziergang durch 2.000 Jahre bayerisch-italienische Beziehungsgeschichte: „Sie ist so unheimlich reich an spannenden Episoden und interessanten Persönlichkeiten, dass wir eben diese in den Mittelpunkt stellen: die Menschen, die Geschichte machten oder mitmachten (und das durchaus auch im bayerischen Sinn von erduldeten).“ Die bayerisch-italienische Geschichte sei jedoch größtenteils „eine Liebesgeschichte“ gewesen.

Bayerns Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch hob in seinem Grußwort vor allem die Renaissance als Schlüsselperiode des bayerisch-italienischen Kulturtransfers hervor, wie er in der Ausstellung im Maximilianmuseum verdeutlicht wird: „Die Städte und Fürstentümer Italiens waren in der späten Renaissance die führenden Musikzentren Europas. Ihre Kultur strahlte nach Norden über die Alpen und brachte in Bayern eine Blüte der Tonkunst hervor. Nicht umsonst spielen zwei Teile der Ausstellung hier in Augsburg. Die alte Reichsstadt mit ihren bedeutenden Handelshäusern war um 1500 ein zentraler Schauplatz für den Kultur-

transfer von Süd nach Nord.“

Ministerpräsident Horst Seehofer warb seinerseits für ein starkes und lebendiges Geschichtsbewusstsein der Menschen im Freistaat: „Wer seine Heimat kennt und stolz auf sie ist, wird sich auch engagieren. Davon profitieren unser Land und wir alle zusammen. Diese Zusammengehörigkeit ist für eine gute Zukunft Bayerns genauso wichtig wie die richtigen politischen Weichenstellungen.“

## Eigene Identität

„2.000 Jahre bayerisch-italienische Beziehungen und der intensive Austausch über die Alpen hinweg, wie sie in der großen Landesausstellung hervorragend dargestellt werden“, seien besonderer Ausdruck für die Kraft, die Bayern aus der eigenen Identität und festen Wertmaßstäben zieht, so Seehofer. „In der Ausstellung spürt man, was unsere Heimat Bayern so einzigartig macht: die ganz besondere Verbindung von großer Tradition, Weltoffenheit und optimistischem Anpacken.“ Für eine gute Zukunft gelte es, weiter auf diese Stärke Bayerns zu setzen.

Seehofer würdigte die traditionell engen bayerisch-italienischen Beziehungen: „Bayern und Italien passen gut zusammen. Unsere Verbindung ist von herzlicher Freundschaft und vom Bewusstsein geprägt, dass wir gemeinsam sehr viel erreichen können. Der Blick zurück in die über 2000-jährige Geschichte dieser Beziehung zeigt das genauso wie die Gegenwart, in der Italien weltweit der dritt wichtigste Handelspartner Bayerns ist und Hunderte von Hochschul-, Schul- und Städtepartnerschaften im ganzen Land den intensiven Austausch pflegen.“

## Kulturelle Vielfalt

Gerade in diesen Tagen, in denen die Europäische Union vor großen Herausforderungen stehe, tut es Seehofer zufolge gut, an die Grundlagen dieser Gemeinschaft erinnert zu werden: „Die Ausstellung belegt, welche Kraft ein zusammenwachsendes Europa aus seiner kulturellen Vielfalt schöpfen kann. Die Ausstellung macht deutlich, dass Entwicklung und Fortschritt immer auch Ergebnis eines lebendigen Austausches von Ideen sind.“

Der Ministerpräsident dankte abschließend besonders den Ausstellungsmaçhern um HdBG-Leiter Dr. Loibl. Seehofer: „Das Haus der Bayerischen Geschichte erfüllt mit dieser Landesausstellung einmal mehr in großartiger Weise seinen Auftrag, die geschichtliche und kulturelle Vielfalt Bayerns lebendig zu halten.“ DK

Landwirtschaftsminister Helmut Brunner:

## Mehr interkommunale Zusammenarbeit

Landwirtschaftsminister Helmut Brunner hat an die Kommunen appelliert, künftig mehr Projekte gemeindeübergreifend zu planen und umzusetzen. „Eine effiziente interkommunale Zusammenarbeit wird immer mehr zum Erfolgsfaktor für die positive Entwicklung unserer ländlichen Räume“, sagte der Minister bei der Fachtagung der Verwaltung für Ländliche Entwicklung in Lindau.

Ob gemeinsame Gewerbeflächen, Hochwasserschutz oder abgestimmte Bauleitplanung - laut Brunner lassen sich die Herausforderungen und Probleme der Zukunft mit Allianzen weit erfolgreicher bewältigen als mit „Kirchturm-Denken“. Deshalb fördere der Freistaat die interkommunale Zusammenarbeit gezielt im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE). Sie setze auf Kreativität und Eigeninitiative der Gemeinden sowie auf die Kompetenzen der Verwaltung für Ländliche Entwicklung: auf fach- und gebietsübergreifende Planungsansätze, auf Bürgermitwirkung und zielgerichtete Bodenordnung. Um den Kommunen einen breiten Erfahrungsaustausch zu ermöglichen,

will der Minister ein Netzwerk der ILE- und Dorferneuerungsgemeinden ins Leben rufen.

Bayernweit betreut die Verwaltung für Ländliche Entwicklung derzeit fast 70 kommunale Allianzen mit rund 500 Gemeinden. Die dort laufenden Projekte umfassen alle Lebensbereiche: von Einrichtungen für Freizeit- und Erholung über die Verbesserung der Infrastruktur und des Hochwasserschutzes, die Unterstützung der Landwirtschaft bis hin zur Biotopvernetzung.

Bei der Fachtagung in Lindau unter dem Motto „Ländlicher Raum - den Wandel gestalten“ haben sich 500 Experten und Gäste aus dem In- und Ausland informiert und ausgetauscht. □

Waste-to-Energy auf der IFAT ENTSORGA 2010:

# Energie statt Deponie

Energiegewinnung aus Abfällen über Verbrennungsprozesse auf dem Vormarsch

Eine Reihe von Faktoren füllen weltweit die Müllbunker, zum Beispiel das mit der Bevölkerung und dem Wohlstand wachsende Abfallaufkommen, der teilweise politisch unterstützte Rückzug aus der Abfalldeponierung und die volatilen Energiepreise. Ein differenziertes Bild der internationalen Märkte für WtE-Anlagen zeichnet die Unternehmensberatung Frost & Sullivan in diversen aktuellen Studien. Dabei zeigt sich, dass die Schlüsselmärkte der „Abfallverbrenner“ in Europa, im asiatisch-pazifischen Raum und in Nordamerika liegen.

Mit einer Marktgröße von 1.800 Millionen US-Dollar im Jahr 2007 ist Europa demnach der Spitzenreiter und wird diese Position nach Ansicht der Analysten auch in den kommenden Jahren beibehalten. Unter den europäischen Staaten wird Großbritannien ein besonders hohes Wachstumspotenzial zugeschrieben.

Der zweitgrößte Markt mit einem Volumen von 380 Millionen US-Dollar ist Nordamerika. Von dieser Position wird die Region nach Einschätzung der Unternehmensberatung allerdings innerhalb der nächsten Jahre durch die asiatisch-pazifischen Staaten verdrängt werden. Ausgehend von einem Marktvolumen von 320 Millionen Dollar im Jahr 2007 sollen hier bis zum Jahr 2013 Wachstumsraten von bis zu zehn Prozent möglich sein. Wie in vielen Bereichen der Weltwirtschaft, wird China ein Motor der Entwicklung sein. Getrieben vom schnellen Anstieg ihrer Abfallmengen plant die Volksrepublik bis zum Jahr 2030 etwa 30 Prozent ihres Mülls in die energetische Verwertung zu lenken. Die Frost & Sullivan-Experten haben bis zum Jahr 2020 für China ein Zubaupotenzial für WtE-Anlagen von bis zu 50 Millionen Tonnen Abfall errechnet.

## Weltleitmesse

Die Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft, IFAT ENTSORGA, die vom 13. bis 17. September 2010 in München stattfindet, bietet die einzigartige Möglichkeit, Informationen über die deutschen, europäischen und weltweiten Märkte, Trends und Technologien fokussiert an einem Ort zu erhalten. Auf der Traditionsveranstaltung kommen neben Entsorgern, Ausrüstern, Planern, und Dienstleistern auch Zulieferer, Betreiber,

Politiker, Verbände, Forschungsinstitute und Beratungsunternehmen zusammen.

## Thermische Abfallbehandlungsanlagen

Einen großen Gemeinschaftsmessestand werden in diesem Jahr die Interessengemeinschaft der Thermischen Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland (ITAD, Würzburg) zusammen mit ihrer europäischen Dachorganisation CEWEP (Confederation of European Waste-to-Energy Plants, Brüssel) und ihren jeweiligen Mitgliedsunternehmen haben. „Auch wenn in Deutschland der Markt der thermischen Abfallbehandlung sehr weit entwickelt ist, stehen wir immer noch vor großen Aufgaben“, unterstreicht ITAD-Geschäftsführer Carsten Spohn.

Hierzulande sei vorerst im Bereich der Stromauskopplung vielfach das Ende der technisch und wirtschaftlich vertretbaren Optimierung erreicht. „Bei der Wärmeauskopplung hingegen bestehen noch enorme Potenziale“, ist sich Spohn sicher.

Um diese zukünftig noch besser ausschöpfen zu können, müssten laut ITAD zum Beispiel die Wärme- oder Kältenutzung aus WtE-Anlagen in Fernwärme- oder Fernkältenetzen gesteigert werden. Dort, wo ein Anschluss an derartige Netze nicht durchführbar ist, sollten möglichst viele energieintensive Industrien im direkten Umfeld der Anlagen angesiedelt werden. Ein Mittel dazu wären laut Spohn entsprechende staatliche und kommunale Anreizförderungen. Diese und weitere abfallpolitische sowie technische Themen werden die ITAD und die CEWEP auf der IFAT ENTSORGA an ihrem Gemeinschaftsstand sowie im Rahmen seines Kongressstages diskutieren. □



Messe München International

www.ifat.de

## NEUE PERSPEKTIVEN FÜR DIE UMWELT

ONLINE-REGISTRIERUNG FÜR BESUCHER:  
www.ifat.de/tickets



WELTLEITMESSE FÜR WASSER-, ABWASSER-, ABFALL- UND ROHSTOFFWIRTSCHAFT

13.-17. SEPTEMBER 2010 IN MÜNCHEN

DAS INTERNATIONALE ANGEBOT FÜR DIE GESAMTE UMWELTECHNOLOGIE

- Zukunftsweisende Innovationen, Technologien und Trends
- Alle Anwendungsfelder, alle Produkte, alle Dienstleistungen
- Technologieführer, Spezialisten und Newcomer aus aller Welt
- Für jede Anwendung und jeden Einsatz die passende Lösung
- Erstklassiges Rahmenprogramm für Information und Networking

Ausführliche Informationen und Vortragsprogramm unter: www.ifat.de

Neue Messe München  
81823 München  
Tel. (+49 89) 9 49 - 1 13 58  
Fax (+49 89) 9 49 - 1 13 59



A WORLD OF ENVIRONMENTAL SOLUTIONS

VKU-Positionen zum Energiekonzept der Bundesregierung:

## Stadtwerke als verlässliche Partner

Der Verband der kommunalen Unternehmen (VKU) hat ein Positionspapier zum geplanten Energiekonzept 2010 der Bundesregierung vorgestellt, in dem insbesondere die Unterstützung von Investitionen in flexible Spitzen- und Mittellastkraftwerke und der weitere Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplung und Erneuerbaren Energien gefordert werden. Darüber hinaus wird die Notwendigkeit von Investitionen in die Netzinfrastruktur mit der Schaffung von Energiespeichern betont. Der regulatorische Rahmen müsse diesen Erfordernissen angepasst werden.

Wie der VKU in seinem Grundsatzpapier feststellt, sind Stadtwerke „als wesentlicher Eckpfeiler einer nachhaltigkeitgerechtem fortentwickelten Energiewirtschaft mit ihren dezentralen Erzeugungss- sowie Netzinfrastrukturen und Energiedienstleistungen“ verlässliche Partner. Ihr Engagement sei in wesentlichem Maße darauf angewiesen, dass langfristig belastbare ordnungspolitische Rahmenbedingungen gesetzt und die kommunale Energiewirtschaft auf ausreichende Investitionsanreize vertrauen kann.

### Eingriff in Wettbewerb

Die in der Koalitionsvereinbarung angekündigte Prüfung einer Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke wird vom VKU allerdings als ein weitreichender Eingriff in den sich bisher sukzessiv entwickelnden Wettbewerb im Energieerzeugungsmarkt angesehen. „Sollte sich die Bundesregierung dennoch zu einer Laufzeitverlängerung entschließen, muss zumindest klar sein, dass die als Brückentechnologie bezeichnete Kernkraft tatsächlich nur einen kurzen Zeitraum überspannt.“

Ein beträchtlicher Teil des Kraftwerksparks in Deutschland wird nach Auffassung des VKU bis 2020 erneuert werden müssen, um alte Kraftwerke mit hohem

CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch moderne, hocheffiziente Anlagen zu ersetzen.

Zur Fortentwicklung des Wettbewerbs im Erzeugungsmarkt und zur Erreichung der mittel- und langfristigen Klimaschutzziele seien politische Flankierungsmaßnahmen für den Ausbau der kommunalen Energieerzeugung notwendig:

1. Die Bundesregierung sollte Investitionen verstärkt flankieren, die zum beschleunigten Umbau des Energiewirtschaftssystems beitragen, insbesondere zum Ausgleich der fluktuierenden Einspeisung Erneuerbarer Energien. Dazu gehören insbesondere Speichertechnologien sowie flexible Kraftwerke im Spitzen- und Mittellastbereich.

2. Investitionen in Erneuerbare Energien, Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) inklusive Fernwärme oder moderne Großkraftwerke sollten durch Investitionsbeihilfen, staatliche Bürgschaften oder zinsgünstige Darlehen erleichtert werden, um Investitionshemmnissen aufgrund der noch nicht vollständig überwundenen Finanzkrise zu begegnen.

3. Die Bundesregierung sollte von der im Zusammenhang mit der EU-Emissionshandlungsrichtlinie eingeräumten Möglichkeit, den Bau hocheffizienter Kraftwerke mit Zuschüssen von

bis zu 15 Prozent der Investitionskosten zu unterstützen, Gebrauch machen.

4. Politik und Kraftwerkswirtschaft sollten sich über ein Konzept verständigen, das dazu beiträgt, in der Öffentlichkeit für die Notwendigkeit der Errichtung neuer Kraftwerke zu werben.

Auch für die Netzinfrastrukturen der Energiewirtschaft zeichnet sich bereits der Übergang zu dezentraleren Strukturen, bidirektionaler Kommunikation (z. B. durch die Einführung der Smart Meter) sowie Steuerung von Erzeugung, Verbrauch und Speicherung von Energie ab. „Durch den Ausbau, insbesondere dezentraler Erzeugungsstrukturen, werden im bislang auf eine vornehmlich zentralisierte Energieversorgung ausgelegten Stromnetz vermehrt Energieflüsse von niedrigen zu hohen Spannungsebenen auftreten“, prognostiziert der Verband der kommunalen Unternehmen.

### Regionaler Bezug

Die Herausforderungen bei der Evolution des Energienetzesystems zum Smart Grid lägen dabei zu einem großen Teil auf der Verteilnetzebene. Dies setze leistungsfähige Partner mit einem starken regionalen Bezug voraus - Anforderungen, die insbesondere Stadtwerke erfüllen.

Da die Vermarktung von EEG-Strom nicht unerhebliche Auswirkungen auf die Funktionsweise des Strommarktes hat, plädiert der VKU dafür, die EEG-Strommengen durch unabhängige, in einem Ausschreibungsverfahren ermittelte Dienstleistungsunternehmen vermarkten zu lassen. Dieses Ver-

fahren sollte schnellstmöglich etabliert werden.

### Steigende vorgelagerte Netzentgelte vermeiden

Erdgas steht durch die steigende Substitution in einem intensiven Wettbewerb mit anderen Energieträgern. Daher sollten vermeidbare zusätzliche Kostenbelastungen - beispielsweise durch steigende

vorgelagerte Netzentgelte - vermieden werden. Laut VKU muss sich die Reduzierung der Marktgebietsanzahl grundsätzlich am Leitgedanken einer gesamtwirtschaftlichen Kostenminimierung orientieren. Marktgebietsüberlappungen sollten dabei nur in begründeten Fällen zulässig sein.

Der Energiehandel ist Gegenstand verschiedener Regelungsmaßnahmen auf europäischer Ebene.

Der VKU schlägt vor, dass sich die Bundesregierung dafür einsetzt, eine europäische Verordnung zu erlassen, die umfassende und einheitliche Regelungen zur Verhinderung von Marktmissbrauch im Energiehandel festlegt. Insbesondere sei darauf zu achten, eine übermäßige Belastung kleinerer bis mittlerer Energieunternehmen zu vermeiden, da diese nicht systemrelevant seien. **DK**

### CSU-Klausurtagung in Wildbad Kreuth:

## Neues Energiekonzept

Zum Abschluss seiner Klausurtagung in Wildbad Kreuth hat der CSU-Vorstand ein ehrgeiziges Energiekonzept für Bayern verabschiedet. Demnach soll u. a. der Anteil der erneuerbaren Energien an der bayerischen Stromerzeugung in den nächsten 20 Jahren auf über 40 Prozent gesteigert werden. In einem „dynamischen Energiemix“ seien die bisherigen Energieträger schrittweise durch regenerative Energien zu ersetzen.

„Wir werden die Zukunftspotenziale der regenerativen Energieträger Wasserkraft, Biomasse, Sonne, Wind und Geothermie fortwährend abprüfen und konsequent ausbauen. Bei der Solar- und Windenergie sind über technologische Innovationen die Wirkungsgrade weiter zu erhöhen und vor allem Speichermöglichkeiten zu schaffen. Die Nutzung der speicherbaren und bedarfsgerecht einsetzbaren Biomasse werden wir steigern“, heißt es in dem Papier.

Um die regionalen und lokalen Potenziale für einen zielgerichteten Ausbau der erneuerbaren Energien und die Nutzung von Abwärmepotenzialen aufzuzeigen, legt der Freistaat einen Energie-Atlas auf. Ziel ist es, die verschiedenen Quellen erneuerbarer Energien intelligent miteinander zu vernetzen und Städte und Gemeinden anzulegen, kommunale und kommunalübergreifende Energiekonzepte zu erstellen.

Bayern soll auch 2030 das Land mit den geringsten CO<sub>2</sub>-Emissionen je Einwohner in Deutschland bleiben. Bis 2030 will es die CO<sub>2</sub>-Emissionen von heute sechs auf unter fünf Tonnen pro Einwohner und Jahr verringern.

Mit einer eigenen grundlastfähigen Stromerzeugung soll der Freistaat zudem seinen Strombedarf decken können. „Wir wollen nicht auf Stromimporte angewiesen sein. Bayern soll 2030 das Land mit der höchsten Energieeffizienz in Deutschland sein. Dazu werden wir eine weitgehend dezentrale Erzeugungsstruktur aufbauen, lokale Energiekonzepte intensivieren und die energetische Gebäudesanierung vorantreiben“, heißt es. Moderne, zukunftsfähige

und intelligente Energiekonzepte entstünden sehr oft durch Eigeninitiativen von Bürgerinnen und Bürgern. Mit diesem Trend zu dezentralen Lösungen in Form von energieautarken Kommunen, Bürgerenergieanlagen oder innovativen Netzwerklösungen sei eine Wertschöpfung auch im ländlichen Raum gewährleistet.

Die Kernenergie wird von der CSU als „Brückentechnologie“ bezeichnet. „Zur Erreichung der Energie- und Klimaziele 2030 kann der Einsatz der Kernenergie derzeit nicht ersetzt werden. Wir stehen zu der im Koalitionsvertrag vereinbarten Verlängerung der Laufzeiten.“ Es sei keine sinnvolle Alternative, sichere deutsche Kernkraftwerke abzuschalten, um Strom aus unsicheren ausländischen Kernkraftwerken zu beziehen.

### Ökovidende

Die uneingeschränkte Sicherheit stelle den Maßstab für die Betriebslaubnis dar. Eine Laufzeitverlängerung müsse einhergehen mit ständiger technischer Erneuerung und Sicherheitskontrolle. Für jedes einzelne Kraftwerk sei ein Optimierungskonzept zu erstellen. Zusätzliche Erträge aus dem Weiterbetrieb der Kernkraftwerke sollten auch als „Ökovidende“ für Erforschung, Weiterentwicklung und Ausbau der regenerativen Energien, der Speichertechnologien und der effizienten Energieverwendung benutzt werden. Das vorgesehene Endlager Gorleben müsse weiter erkundet werden.

Die Verstromung von Kohle mit einem Anteil von lediglich fünf Prozent an der Stromproduk-

tion in Bayern mache weder ökologisch noch wirtschaftlich Sinn und sollte beendet werden, so die CSU. Fällige Erneuerungen im konventionellen Kraftwerkspark sollten mit hocheffizienten Gaskraftwerken erfolgen.

### Elektromobilität

Bayern werde die Chancen der Elektromobilität konsequent nutzen. Geplant ist, „dass 2020 schon 200.000 Elektroautos auf Bayerns Straßen unterwegs sind“. Dabei setze man auf eine Kombination von Elektromobilität und CO<sub>2</sub>-freiem Strom und entwickle klimafreundliche Mobilitätskonzepte. „Dazu werden wir im Rahmen einer erforderlichen nationalen Offensive „Elektromobilität“ den Aufbau einer leistungsstarken Infrastruktur für E-Mobilität vorantreiben“, heißt es in dem Papier. „Wir setzen uns dafür ein, dass zügig eine frühzeitige Standardisierung und Kompatibilität der technischen Komponenten vom Ladegerät bis hin zur Batterie erfolgt. Wir wollen eine Allianz der bayerischen Autobauer und Energieerzeuger zum Ausbau der E-Mobilität, um Bayern zu einem führenden Standort auf diesem Zukunftsfeld zu machen. Wir unterstützen aber auch alle anderen Initiativen für innovative Antriebstechnologien und wahren dabei strikte Technikneutralität.“

Für eine nachhaltige Mobilität müssten Fortschritte im Leichtbau unter anderem durch neue Materialien und durch Weiterentwicklung treibstoffarmer Antriebssysteme erzielt werden. Auch das eröffne Chancen für den Weltmarkt und für hochwertige Arbeitsplätze von morgen.

Bayern will schließlich einen Innovationsschub in eine neue Netzinfrastruktur, die die dezentrale Erzeugung von Energie ermöglicht. Energie der Zukunft benötige ein Stromnetz der Zukunft. **DK**

### Bayerischer Städtetag / Bezirksversammlung Oberbayern:

## Alternativlose Gewerbesteuer

„Die Kommunen leiden seit Jahren unter einer strukturellen Unterfinanzierung. Die Verpflichtungen zu Ausgaben sind immer mehr geworden. Unsere Einnahmen halten damit nicht Schritt“, machte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags im Regierungsbezirk Oberbayern, Erster Bürgermeister Günther Knoblauch, Mühldorf am Inn, bei einer Bezirksversammlung in Weilheim deutlich.

Vor diesem Hintergrund sei es geradezu unredlich, die Gewerbesteuer als wichtigste kommunale Einnahmequelle in Frage zu stellen. Die Gemeindefinanzkommission, die seit kurzer Zeit in Berlin tätig ist, verfolge aber genau diese Aufgabe. Wie Knoblauch betonte, sei die Gewerbesteuer nicht die perfekte Lösung, „aber eine bessere ist bislang nicht erfunden worden“. Dies hätten bereits die vielen Kommissionen in den vergangenen Jahren gezeigt.

### Einkommens- oder Umsatzsteuererhöhung

„Wenn das Aufkommen aus der Gewerbesteuer kompensiert werden soll, müssen die Umsatzsteuer oder die Einkommensteuer kräftig erhöht werden. Damit müssen alle Verbraucher mehr bezahlen. Und wollte man die Gewerbesteuer durch einen Zuschlag auf die Einkommensteuer ersetzen, dann müsste jeder Einkommensteuerzahler mehr bezahlen als bisher“, hob der Bezirksvorsitzende hervor. Zudem wies er darauf hin, dass die Lasten für die kommunale Infrastruktur nicht einseitig auf den Rücken der Bürger verlegt werden dürften. Die Wirtschaft dürfe sich nicht vor den Kosten drücken: „Wer die Infrastruktur

werbsteuer und den Ausbau zur Betriebssteuer diskutieren.“ Sinnvoll erscheine nach seinen Ausführungen der Ausbau der Gewerbesteuer zur Betriebssteuer, die die tatsächliche Wertschöpfung vor Ort besteuert.

Aber auch auf der Ausgabenseite besteht dringender Handlungsbedarf. Wie Knoblauch erklärte, „erwarten wir von der Gemeindefinanzkommission, dass sie ernsthafte Vorschläge zur finanziellen Entlastung der Kommunen vorlegt. Das ist ihre eigentliche Aufgabe. Wir haben hier auch Unterstützung vom Bayerischen Ministerpräsidenten, mit dem wir uns darauf geeinigt haben, dass der Freistaat eine Bundesratsinitiative für ein kommunales Entlastungsgesetz starten wird.“

### Diskussionsbedarf

Allein im Jahr 2009 sind laut Bezirksvorsitzendem die Sozialkosten bayernweit um 350 Millionen auf 4,4 Milliarden Euro gestiegen. Soweit es sich um steigende Fallzahlen handelt, sei das hinzunehmen, „aber im Hinblick auf Effizienz der sozialen Leistungen sowie die Überprüfung der sozialen Standards müssen wir nachdenken“. Jede Kürzung von Standards im Sozialen ist nach Knoblauchs Auffassung problematisch; „aber über Notwendigkeit von Standards sowie Effizienz der sozialen Leistungen wird zu diskutieren sein“. Es gehe nicht an, dass Städte und Gemeinden zu Leistungen verpflichtet sind, die nicht mehr finanzierbar sind. **DK**

### Lechwerke:

## 25.000ste Photovoltaikanlage

Dachflächenanlage in Günzburg offiziell in Betrieb genommen

Im Günzburger Stadtteil Deffingen wurde die 25.000ste Photovoltaikanlage in Betrieb genommen, die Solarstrom in das Netz der Lechwerke (LEW) einspeist. Günzburgs Oberbürgermeister Gerhard Jauernig hat zusammen mit LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Liphph und dem Betreiber der Dachflächenanlage, Roland Kleiber, die dezentrale Stromerzeugungsanlage per Knopfdruck symbolisch hochgefahren.

„Unsere Region ist eine absolute Wachstumsregion in Sachen erneuerbarer Energien. Dies zeigt uns die Jubiläumsanlage in Deffingen, die wir als 25.000ste dezentrale Anlage dieser Art an unser Netz anschließen. Der anhaltend starke Zubau von Anlagen macht jedoch auch den Ausbau des Nieder- und Mittelspannungsnetzes erforderlich. Für diesen EEG-bedingten Netzausbau werden die Lechwerke in diesem Jahr mehr als 5 Millionen Euro investieren“, erklärte LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Liphph.

### Erzeugermenge steigt stark

„Ich freue mich sehr, dass im Landkreis und der Stadt Günzburg die Erzeugungsmenge aus erneuerbaren Energien stark ansteigt. Bürger, Unternehmen aber auch

Kommunen tragen damit zu einer klimafreundlichen Energiebilanz der Region bei“, betonte Günzburgs Oberbürgermeister Jauernig. Die Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 29 Kilowatt Peak (kWp) wurde innerhalb von zehn Wochen errichtet und von einem regionalen Fachbetrieb installiert. Die am Dach eines landwirtschaftlichen Gebäudes montierte Anlage wird pro Jahr etwa 28.000 Kilowattstunden Strom erzeugen und bei der Solarstromproduktion rund 14 Tonnen CO<sub>2</sub> vermeiden. Die Investitionssumme für die gesamte Erzeugungsanlage beträgt rund 75.000 Euro.

### 1,5 Terawattstunden erneuerbare Energie

Derzeit speisen rund 26.000 Anlagen erneuerbare Energien in das

LEW-Netz ein. Davon sind 25.000 Photovoltaikanlagen. Bei den übrigen handelt es sich um Biomasse-, Wasserkraft- sowie wenige Windkraftanlagen. Insgesamt wurden 2009 im LEW-Netzgebiet rund 1,5 Terawattstunden (TWh) Energie durch EEG-Anlagen erzeugt. Die Vergütung für diese Energie betrug im letzten Jahr 336 Millionen Euro. Das Netzgebiet der Lechwerke umfasst Bayerisch-Schwaben sowie Teile Oberbayerns. Die Lechwerke sorgen mit ihrem leistungsstarken und engmaschigen Stromnetz für eine zuverlässige Versorgung. Das Leitungsnetz der Lechwerke hat eine Gesamtlänge von etwa 25.000 Kilometern.

LEW ist als regionaler Energieversorger für rund 500.000 Kunden in Bayern und Teilen Baden-Württembergs tätig. Die LEW-Gruppe beschäftigt mehr als 1.700 Mitarbeiter, ist mit 35 Wasserkraftwerken einer der führenden Erzeuger von umweltfreundlicher Energie aus Wasserkraft in Bayern und bietet Dienstleistungen im Bereich der Telekommunikation an. **DK**

E.ON Bayern:

## Einfach 150 Euro Stromkosten sparen

Mit der neuen „Energiespartour 2010“ will E.ON Bayern helfen, den Stromverbrauch der bayerischen Haushalte zu senken

Regensburg (obx) – Mit einer Energiespar-Offensive will E.ON Bayern dazu beitragen, den Stromverbrauch in Bayern zu senken. In Regensburg hat das führende Stromversorgungsunternehmen im Freistaat mit vier Energiemobilen die Energiespartour 2010 gestartet. Mehr als 200.000 Menschen sollen in den nächsten Monaten erreicht und dabei in Sachen Energiesparen informiert und beraten werden. E.ON Bayern hat für die Aktion eine Reihe effizienter Energiespartipps entwickelt, mit der Haushalte nach Schätzung der Regensburger Energieexperten ihre Stromkosten pro Jahr um 150 Euro senken können.

„Einzelne Industriebetriebe haben noch immer Einsparungspotenziale von bis zu 30 Prozent“, stellte Max Binder, einer der zwei Vertriebsgeschäftsführer von E.ON Bayern, fest. „Auch wenn es für einen Energieversorger seltsam klingen mag: Unser Anliegen ist der sparsame Umgang mit Energie“, betonte Binder.

Wer angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen im Umweltbereich als Energieversorger

E.ON Wasserkraft:

### Wiederherstellung der natürlichen Fischbestände

E.ON Wasserkraft – Deutschlands größter Erzeuger regenerativer Energie – leistet nach der Sanierung des Mittlere Isar-Kanals zwischen Finsing und Pfrombach im vergangenen Jahr einen zusätzlichen Beitrag zur Wiederherstellung der natürlichen Fischbestände. Dazu wurden Ende April 150.000 fressfähige Maränen-Brütlinge in den sanierten Kanal eingebracht, jeweils 50.000 Stück in Haltung 1 (Wehr Oberföhring), Haltung 2 (Finsing) und Haltung 3 (Aufkirchen). „Mit dieser Maßnahme sorgen wir dafür, dass sich diese vom Aussterben bedrohte, im Mittlere Isar-Kanal jedoch heimisch gewordene Art weiter entwickeln kann“, erklärte Pressesprecher Christian Orschler.

Deutliche Population

Die „Große Maräne“ ist eine Renkenart, die noch vor 50 Jahren in verschiedenen oberbayerischen Seen heimisch war. Heute gilt sie bis auf den Tegernsee, den großen Ostersee und das Mittlere Isar-Kanalsystem als in Bayern ausgestorben. Bei der Sanierung des Mittlere Isar-Kanals im vergangenen Jahr wurde festgestellt, dass es im Kanal eine deutliche Population gibt. „Dies hat als europäische Einmaligkeit zu gelten, denn es ist kein anderer Fall bekannt, wo sich die „Große Maräne“ in einem künstlichen Fließsystem so dauerhaft und in so prächtigen Exemplaren eingebürgert hätte“, so Dr. Peter Wißmath von der Fachberatung für Fischerei der Bezirksverwaltung von Oberbayern.

Besatzmaßnahmen

Von der im vorigen Jahr notwendig gewordenen vollständigen Leerung des Mittleren Isar-Kanals zwischen Aufkirchen und Eitting war auch die Maräne betroffen. Da vom Starnberger See oder vom Kochelsee her kein Einwandern mehr möglich ist, hat sich E.ON Wasserkraft dazu entschlossen, Besatzmaßnahmen durchzuführen, um diese Fischart wieder anzusiedeln. In drei aufeinander folgenden Jahren werden jeweils 150.000 fressfähige Maränen-Brütlinge in den Mittlere Isar-Kanal entlassen, damit sich dort wieder eine Maränenpopulation entwickeln kann. □

verbrauch, die Entwicklung unserer Umwelt und unseres Klimas hat. „Mit der „Energiespartour 2010“ wollen wir diese Sensibilisierung durch konkrete Verhaltenstipps unterstützen“, sagte Otmar Zisler, ebenfalls Geschäftsführer Vertrieb bei E.ON Bayern.

### Sinnvoller Umgang mit Technik

Der Trend zum Zweitfernseher, zu mehreren PC im Haus, aber auch Flatrates bei Telefon und Internet trage in den Haus-

halten zu weiter steigendem Stromverbrauch bei. So würden von Jugendlichen zwischen 13 und 17 Jahren nach einer Studie des Marktforschungsinstituts Emnid heute rund 157 Euro Stromkosten pro Jahr verursacht – 50 Prozent davon alleine durch die Nutzung von Unterhaltungselektronik und Computer. „Wir predigen nicht den Verzicht. Wir möchten die Menschen aber ermuntern, sinnvoll und bewusst mit der modernen Technik umzugehen und durch Verhaltensänderung den Trend zum Stromverbrauchsanstieg zu durchbrechen.“

200 Termine wollen die E.ON Energieberater mit ihren vier Energiemobilen im Rahmen der „Energiespartour 2010“ bayernweit absolvieren. Passend dazu hat E.ON Bayern einen Energiespar-Tarif entwickelt, mit Gutscheinen von bis zu 100 Euro, wenn der Stromverbrauch eines Haushalts im Lauf eines Jahres um 10 Prozent sinkt. □



Energiesparen in kleinen Schritten, wie hier der Austausch konventioneller Glühbirnen gegen Energiesparlampen, kann im Jahr bis zu 150 Euro Stromkosten sparen. Mit der Energiespartour 2010 will E.ON Bayern jetzt den Haushalten im Freistaat helfen, ihren Stromverbrauch spürbar zu senken. □



## Gehen Sie mit uns neue Wege in der Wärmeversorgung

Wenn Sie neue Möglichkeiten für eine effektive und umweltfreundliche Wärmeversorgung suchen, sind Sie bei uns an der richtigen Adresse. Denn wir sind auf das Errichten und Betreiben von Anlagen zur Wärmeerzeugung und -verteilung spezialisiert. Und nutzen dabei immer mehr die Vorteile regenerativer Energien. Kommunen und Fachbetrieben bieten wir eine Zusammenarbeit für die gemeinsame Entwicklung neuer Lösungen zur Wärmeversorgung.

Dass wir über fundierte Erfahrungen verfügen, zeigen auch unsere Referenz-Anlagen. Dazu gehören das Biomasseheizwerk in Markt Schwaben, die Biogas-Blockheizkraftwerke in Schwandorf und Puchheim und die Wärmepumpenanlage in Prien am Chiemsee. Auf dem Gebiet der Geothermie haben wir Erfahrungen aus Projekten in Simbach-Braunau, Poing und Garching.

Wir sind ein regionales Unternehmen und versorgen heute rund 10.000 Haushalte sowie Gewerbe- und Industriebetriebe in ganz Bayern mit Wärme. Als Tochterunternehmen der E.ON Bayern AG sind wir ein kompetenter Partner für das Planen, Bauen und Errichten von Anlagen. Auf Wunsch übernehmen wir auch das Contracting und erarbeiten Konzepte zur Finanzierung.

Wir sind für Sie da

E.ON Bayern Wärme GmbH  
Leiter Vertrieb  
Herr Robert Budde  
Arnulfstraße 203  
80634 München  
T 0 89-52 08-41 11  
F 0 89-52 08-41 99  
info@eon-bayern-waerme.com

www.eon-bayern-waerme.com

**e-on** | Bayern  
Wärme

## 25. Kraftwerksgespräch im Kernkraftwerk Gundremmingen:

## Tragende Säule im bayerischen Energiemix

Umfangreiches Modernisierungsprogramm / Geschäftsführer Dr. Helmut Bläsig: Rundum positive Bilanz - Kräftige Investitionen

Gundremmingen (jdt). Beim 25. Kraftwerksgespräch des Kernkraftwerkes Gundremmingen bekräftigte der Technische Geschäftsführer Dr. Helmut Bläsig die besondere Bedeutung des gestarteten umfangreichen Modernisierungsprogramms. Voraussetzung für Akzeptanz und Vertrauen, das von der Bevölkerung dem Betrieb des Kraftwerkes entgegengebracht werde, sei das Erreichen und auch künftig zu bewahrende „Höchstmaß an Sicherheit“. Hier stehe, so Bläsig, aus sicherheitstechnischer Sicht einer Laufzeit der Kernkraftwerke von 60 Jahren nichts entgegen. Gundremmingen sei eine der „tragenden Säulen im bayerischen Energiemix“. Knapp 30 Prozent Kohlendioxid freien Stroms werde zur Sicherung der Stromerzeugung Bayerns beigetragen.

Dr. Bläsig konnte den Teilnehmern der Veranstaltung in einem großen Festzelt auch den Landtagsabgeordneten Alfred Sauter, Landrat Hubert Hafner und den

gramm werde, so stellte Bläsig fest, in mehreren Teilprojekten abgearbeitet. Während der Revisionen würden maschinentechnische Komponenten wie Behäl-

Aufmerksamkeit. Mit rund 1200 Beschäftigten, hiervon etwa 830 eigenes Stammpersonal und 375 dauerhaft beschäftigtes Fremdpersonal, bleibe das Kernkraftwerk Gundremmingen einer der großen und krisenfesten Arbeitgeber der Region. Zudem sichere der Standort weitere über 1000 Arbeitsplätze bei externen Dienstleistungsunternehmen und Zulieferern im Regierungsbezirk Schwaben. Dieses Jahr werden rund 30 Mitarbeiter eingestellt. Einen neuen Höchststand gab es im Jahr 2009 mit 43 Auszubildenden.

### Starke Stütze der heimischen Wirtschaft

Dr. Michael Steichele, der stellvertretende kaufmännische Geschäftsführer des Kernkraftwerkes Gundremmingen, machte darauf aufmerksam, dass die im Werk Beschäftigten über ein Kaufkraftvolumen von fast 60 Millionen Euro verfügten, das vorwiegend in der Region bleibe. Das gelte auch für das Revisionspersonal, etwa bis zu 2000 Personen. Von diesen würden jährlich für Übernachtung, Verpflegung und Freizeitgestaltung rund 3,5 Millionen Euro aufgewendet.

Dr. Steichele betonte, dass im Jahr 2009 das Bestell- und Auftragsvolumen für kontinuierliche Optimierungen, vorbeugende Instandhaltungs- und vorausschauende Erneuerungsmaßnahmen über 100 Millionen Euro betrug. Die beiden Revisionen von Block B und Block C hätten Kosten in Höhe von 20 bzw. 30 Millionen Euro verursacht.

Vom Bestell- und Auftragsvolumen habe das Unternehmen fast 50 Millionen Euro in der Region Schwaben abgerechnet. Kräftige Investitionen kündigte Steichele auch für 2010 wieder an. Im Plan seien jetzt schon Ausgaben von deutlich über 200 Millionen Euro für das laufende Jahr.

### Zukunftsprojekt „ADELE“

In seinem Blick auf die Zukunft stellte Dr. Steichele das RWE-Zukunftsprojekt ADELE (Adiabater Druckluftspeicher für

die Elektrizitätsversorgung) vor. Es gehe darum, nicht die Probleme der stark schwankenden Stromerzeugung von bis zu 20000 Megawatt und mehr durch erneuerbare Energien zu bekämpfen, sondern Lösungen zu einem „Miteinander von Kernenergie und Erneuerbaren voranzubringen“. Dazu zähle auch ADELE, mit dessen Hilfe Strom sicher, effizient und in großen Mengen gespeichert werden solle. Stromspeicherung für den Zeitpunkt, wenn ihn der Kunde tatsächlich benötige sei eine der größten Herausforderungen für die Stromversorgung der Zukunft.

### Große Regelfähigkeit

Als weiteren Brückenpfeiler in die gemeinsame Zukunft von „Erneuerbaren und Kernenergie“ erwähnte Steichele die große Regelfähigkeit von Kernkraftwerken. Als Beispiel angeführt wurde die Situation an den Weihnachtsfeiertagen, als sehr viel Windenergie in das Stromnetz eingespeist wurde, jedoch nur ein geringer Bedarf bestand. Die beiden Gundremminger Blöcke hätten ihre Leistung kurzfristig um insgesamt 30 Prozent (rund 800 Megawatt) abgesenkt und damit Netzstabilität geschaffen. Kernenergie habe eine herausragende Bedeutung für den Energiemix in Deutschland.

### Smart Meter

Paul Waning, Vorstand der Lechwerke AG, sprach für den großen regionalen Energieversorger in Bayerisch-Schwaben. Ein wesentlicher Baustein zur Energie sparen Smart Energy sei die Entwicklung der Smart Meter, einer neuen Generation von intelligenten Computer gesteuerten Strommessgeräten. Die modernen Strommessgeräte arbeiteten und steuerten wesentlich komplexer als die Stromzähler. Ermöglicht werde den Kunden künftig die Visualisierung des Energieverbrauchs („Mit dieser Technik kann der Stromkunde energieintensive Geräte identifizieren und gegebenenfalls ihren Gebrauch auf andere Einsatzzeiten, in denen Strom billiger ist, verlegen.“).

Waning sprach von einem Weg, mit Energie bewusster und effizienter umzugehen. Angekündigt wurde, dass die Lechwerke ein Set unter dem Produktnamen „Smart Home“ anbieten werden. Elektronisch können zum Beispiel Elektrohaushaltsgeräte, Beleuchtung und Heizungsgeräte ferngesteuert ein- und ausgeschaltet werden. □

## BayernLB maßgeblich an Geothermieprojekten beteiligt

München – Die Nutzung von Geothermie für die kommunale Wärmeversorgung kommt in Bayern verstärkt zum Einsatz. Jüngstes Beispiel ist die AFK Geothermie GmbH, deren Energiezentrale kürzlich eingeweiht wurde. Die Gemeinden Aschheim, Feldkirchen und Kirchheim haben damit das erste interkommunale Projekt erfolgreich umgesetzt. Die BayernLB hat zusammen mit der Kreissparkasse München Starnberg dieses innovative Projekt finanziert und die Gemeinden bei der Einbindung von Fördermitteln unterstützt. Hierbei konnte die bundesweit erste Zusage von der KfW für solche Projekte erreicht werden.

In den drei Gemeinden werden nun bis zu 25.000 Einwohner mit Wärme versorgt. Zudem können so bis zu 30.000 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden. Die Energieversorgung mittels regionaler Tiefengeothermie hat den Vorteil, Ressourcen schonend, preisstabil und vor allem unabhängig zu sein. In Bayern werden daher entsprechende Projekte konsequent ausgebaut und gefördert. Bis zum Jahr 2012 sollen voraussichtlich 16 Anlagen den Betrieb in Bayern aufgenommen haben.

Bei Geothermie wird zwischen der oberflächennahen und der Tiefengeothermie mit Bohrungen unterhalb von 400 Metern unterschieden. In Bayern werden vor allem die technisch sehr anspruchsvollen Tiefenbohrungen vorgenommen, da nur diese für einen Betrieb eines Kraftwerkes oder eines Fernwärmenetzes genutzt werden können. Die hier erprobten Verfahren sind weltweit anerkannt und werden als Modellvorlage genutzt. Neben der Finanzierung der GTU Unterschleißheim AG, die die Bürger mittels Geothermie mit Wärme versorgt, haben die BayernLB und die Kreissparkasse München Starnberg auch gemeinsam das bislang größte geothermisch betriebene Stromkraftwerk in Deutschland der Geothermie Unterhaching GmbH & Co. KG finanziert. □

### N-ERGIE-Jahresabschluss 2009:

## In schwierigem Umfeld gut behauptet

Die N-ERGIE als eigenständiges Unternehmen konnte sich im Geschäftsjahr 2009 in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld gut behaupten: Sie erzielte mit durchschnittlich 2.580 Mitarbeitern einen Konzernumsatz von 2.394 Mio. Euro und einen Konzernjahresüberschuss von 21,6 Mio. Euro. Durch den Kauf der Thüga AG zusammen mit weiteren Partnern verbessert die N-ERGIE ihre strategische Positionierung und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit.

Die Umsatzerlöse in Höhe von 2.394,5 Mio. Euro stammten zu 97,9 Prozent aus dem Energie- und Wassergeschäft und wuchsen durch Zunahme im Strombereich um 31,8 Prozent. Der Stromabsatz konnte im Berichtsjahr insbesondere durch überregionale Kundenakquisitionen um 16,9 Prozent auf 11,58 Mrd. Kilowattstunden erhöht werden.

Die Erdgasabgabe verringerte sich wettbewerbsbedingt um 1,26 Mrd. kWh auf 7,55 Mrd. kWh. Der Absatzrückgang im Erdgasgeschäft konnte durch Kundengewinne in fremden Netzgebieten nur teilweise kompensiert werden. Der Absatz der Wärmeversorgung erhöhte sich um 4,8 Prozent auf 1,20 Mrd. kWh. Der Wasserabsatz verringerte sich leicht um 0,1 Prozent auf 30,5 Mio. Kubikmeter.

Das Ergebnis aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit der N-ERGIE lag 2009 bei 110,1 Mio. Euro. Die Bilanzsumme erhöhte sich insbesondere durch den Thüga-Kauf um 21,2 Prozent auf 1.917,5 Mio. Euro. Das Beteiligungsergebnis der N-ERGIE verringerte sich 2009 auf -1,8 Mio. Euro nach 6,4 Mio. Euro im Vorjahr.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat 2009 ihre Spuren auch auf den Energiemärkten hinterlassen. Die N-ERGIE konnte sich gut behaupten. Gründe dafür waren das stabile Geschäft in der Region und überregionales Wachstum im Stromgeschäft.

Aktivitäten zur Energiekostenminimierung im Interesse des Klimaschutzes wurden erfolgreich weitergeführt, wie zum Beispiel das CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramm. Der Stromabsatz lag bei 11,6 Mrd. kWh nach 9,9 Mrd. kWh im Jahr zuvor.

Im Erdgasmarkt verringerte sich die Gesamtabgabe um 1,26 Mrd. kWh oder 14,2 Prozent auf 7,55 Mrd. kWh, verursacht durch im Herbst 2008 ausgelaufene Lieferverträge. Der Absatz der Fernwärmeversorgung erhöhte sich um 4,8 Prozent auf 1,20 Mrd. kWh. Der

Wasserabsatz blieb mit 30,5 Mio. Kubikmetern nahezu konstant.

Die N-ERGIE steht für eine flexible und marktorientierte Preispolitik. Preisanpassungen nach oben und unten können aufgrund der Volatilität der Bezugskosten erforderlich sein. Seit Anfang 2010 profitieren die N-ERGIE Stromkunden von niedrigen Preisen. Zum 1. Januar 2010 konnte eine Preissenkung um bis zu 9,5 Prozent realisiert werden.

Die rückläufigen Notierungen am Gasmarkt hat die N-ERGIE nach einer Preiserhöhung im Januar 2009 im Laufe des Jahres an die Kunden weitergegeben. Bei der Strom- und Wärmeversorgung setzt die N-ERGIE auf innovative und effiziente Technologien und investiert in den Ausbau der eigenen Erzeugungskapazitäten. Mittelfristig strebt das Unternehmen 1.000 Megawatt (MW) Leistung Eigenerzeugung für den Strombereich an.

Die N-ERGIE setzt auch verstärkt auf Produktion aus erneuerbaren Energiequellen und will daraus mittelfristig 250 MW ans Netz bringen. Die zum 1. April 2009 neu ausgerichtete N-ERGIE Netz GmbH ist erfolgreich in das System der EU-Anreizregulierung gestartet. Der Netzgesellschaft wurde mit 100 Prozent eine hohe Effizienz bescheinigt – eine erfreuliche Bestätigung der bereits umgesetzten Prozessverbesserungen und des strengen Kostenmanagements.

Für das Geschäftsjahr 2010 ist die N-ERGIE zuversichtlich auf Basis ihrer strategischen Positionierung wieder ein gutes Ergebnis zu erzielen. Dazu werden weitere Effizienzsteigerungen in allen Unternehmensbereichen beitragen wie auch die Gewinnung zusätzlicher Kunden innerhalb und außerhalb des Grundversorgungsgebiets. Herbert Dombrowsky, Vorsitzender des Vorstands, begründete die zuversichtliche Prognose damit, „dass wir auch in 2010 konsequent unsere zukunftsorientierte Strategie weiterführen“. □



V.l.: MdL Alfred Sauter, Paul Waning (Lechwerke AG), Dr. Helmut Bläsig (Kernkraftwerk Gundremmingen), Bürgermeister Wolfgang Mayer, Landrat Hubert Hafner.

Bild: -jdt-

Gundremminger Bürgermeister Wolfgang Mayer begrüßen.

### Hohe Verfügbarkeit

Bei der „rundum positiven Bilanz“ erwähnte Bläsig die große Zuverlässigkeit und damit im Zusammenhang stehende hervorragende Verfügbarkeit der Anlage im Kreis Günzburg von durchschnittlich 92 Prozent. Passend zum 25. Jubiläum im Jahr 2009 sei mit über 21,7 Milliarden Kilowattstunden (kWh) die alte Bestmarke von 2006 um 44 Millionen Kilowattstunden übertroffen worden. Ohne die hohe Ausbildungs- und Sicherheitskultur der Kraftwerksmitarbeiter wären solche ausgezeichneten Produktionsergebnisse nicht erreichbar gewesen.

Das Modernisierungspro-

gramm, Rohrleitungen und Armaturen erneuert, an denen im laufenden Betrieb nicht gearbeitet werden könne. Vorgesehen habe man für die Modernisierungen einen Zeitraum von mehreren Jahren, so dass sich die Revisionsstillstandszeiten spürbar verlängerten. Deshalb werde sich die für den Sommer geplante Revision im Block B mindestens sechs Wochen dauern.

Geschäftsführer Bläsig wies auf ein weiteres, über mehrere Jahre gehendes Modernisierungsprojekt hin: die Umrüstung des Kraftwerkbetriebes auf digitale Leittechnik. Hierbei geht es um die Steuerungen für die Hauptkühlmittelpumpen ebenso wie um die Steuerungs- und Überwachungstechnik in den Leitständen.

Der personellen Zukunftssicherung widmete Dr. Bläsig spezielle

LEW

Lechwerke



Lechmuseum Langweid

## REGIONAL. ENGAGIERT. LEW.

Voller Energie sind die Lechwerke seit mehr als 100 Jahren der zuverlässige und sichere Partner für Bürger, Unternehmen und Kommunen in Bayern und Teilen Baden-Württembergs. Als Arbeitgeber, Ausbildungsbetrieb und einer der großen Auftraggeber für Unternehmen aus der Region trägt LEW zur wirtschaftlichen Entwicklung bei.

Weitere Informationen unter [www.lew.de](http://www.lew.de)

VORWEG GEHEN

E.ON, N-ERGIE, HSE, Mainova und Siemens:

## Neue Maßstäbe im GuD-Kraftwerksbau

Hocheffizientes Gas- und Dampfturbinenkraftwerk erreicht Wirkungsgrad von 60 Prozent

Im oberbayerischen Irsching wurde in Anwesenheit zahlreicher hochrangiger Gäste aus Politik und Wirtschaft eines der effizientesten und leistungsstärksten Gas- und Dampfturbinenkraftwerke der Welt in Betrieb genommen.

Das Gemeinschaftskraftwerk Irsching 5 geht nach einer Bauzeit von rund zwei Jahren mit einer Leistung von 860 Megawatt ans Netz. Die Anlage erreicht dabei einen sehr hohen Wirkungsgrad von 59,7 Prozent und setzt in punkto Energieeffizienz und Klimaschutz neue Maßstäbe.

Irsching 5 ist sehr flexibel einsetzbar und kann so auftretende Lastschwankungen schnell und zuverlässig ausgleichen. Das Kraftwerk leistet damit einen wichtigen Beitrag für den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Es gewährleistet eine zuverlässige und sichere Energieversorgung – auch wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. E.ON hat gemeinsam mit den Partnerunternehmen N-ERGIE, Mainova und HSE rund

schaft hat sich das Ziel gesetzt, den Anteil ihrer Strom-Eigenerzeugung mittelfristig auf 1.000 Megawatt auszubauen. Etwa 75 Prozent sollen aus konventioneller Erzeugung stammen und dabei überwiegend aus Erdgas. Die Beteiligung am Gemeinschaftskraftwerk Irsching 5 entspricht demnach genau unserer Zielsetzung“, sagte Herbert Dombrowsky, Vorsitzender des Vorstands der N-ERGIE.

### Unabhängigkeit gestärkt

Technik-Vorstand der Mainova, Joachim Zientek: „Bei unserem Ausbau der Erzeugungskapazitäten setzen wir insbesondere auf umweltschonende Energieerzeugung aus regenerativen Quellen ergänzt durch gasgefeu-



**Großes Aufgebot an Prominenz in Irsching: Unser Bild zeigt (v. l.): Bürgermeister Martin Schmid, N-ERGIE-Chef Herbert Dombrowsky, Staatssekretär Jochen Hohmann, Wirtschaftsminister Martin Zeil, Albert Filbert, Vorstand HSE, Dr. Michael Süß, CEO Siemens Energy, Joachim Zientek, Vorstand Mainova und Prof. Dr. Klaus Dieter Maubach, Vorsitzender des Vorstands der E.ON Energie AG.**

400 Millionen Euro in Irsching 5 investiert und damit auch der lokalen und regionalen Wirtschaft wichtige Impulse gegeben. Darüber hinaus sind direkt mit dem Kraftwerk 20 neue Arbeitsplätze entstanden.

### Investition in Bayerns Zukunft

„Das Kraftwerk Irsching 5 zeigt die Innovationskraft und die Stärke des High-Tech-Standortes Deutschland im Energie-Bereich“, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär Ernst Burgbacher. Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil freute sich über die Investition im Herzen des Freistaats: „Ein starker Wirtschaftsstandort braucht eine moderne Energieinfrastruktur. Deshalb ist das leistungsstarke und hocheffiziente Kraftwerk Irsching 5 eine Investition in Bayerns Zukunft.“

Prof. Klaus-Dieter Maubach, Vorstandsvorsitzender der E.ON Energie AG, betonte: „Wir brauchen in Deutschland weiterhin einen breiten Energiemix mit Erneuerbaren Energien, flexibel einsetzbaren GuD-Kraftwerken aber auch mit Kohlekraftwerken und der Kernenergie.“

Auch die Vertreter der Gesellschafter N-ERGIE, Mainova und HSE betonten die große Bedeutung dieses Kraftwerks für den Ausbau der eigenen Erzeugungskapazitäten. Damit werde die unternehmerische Unabhängigkeit gestärkt und gleichzeitig mehr Wettbewerb auf dem Erzeugermarkt geschaffen. Zudem würden neue Wertschöpfungsstufen erschlossen und die notwendige Erneuerung des Kraftwerksparks in Deutschland nachhaltig vorangetrieben.

„Die N-ERGIE Aktiengesell-

BayWa r.e GmbH:

## Einstieg in Biomethanhandel

Die re BayWa r.e GmbH übernimmt zusammen mit ihrer Beteiligung Aufwind Neue Energien GmbH von bmp grengas GmbH, München, die RES Biomethan, eine Handelsgesellschaft für Biomethan. Die BayWa r.e ist eine 100-prozentige Tochter der BayWa AG, München.

Die RES Biomethan ist eine Handelsplattform für alle Biomethanerzeugnisse und etablierte sich mit der Produktvermarktung der landesweit ersten Bioerdgasanlage 2006 als erster Biomethanhandeler Deutschlands. Unter anderem gehören Energieversorger wie die Stadtwerke München und Eon Bayern zum belieferten Kundenkreis.

Gemeinsam mit Aufwind Neue Energien wird die BayWa r.e ihre neue Beteiligung zu einem Handelshaus für Biomethan ausbauen. Neben dem Vertrieb von aufbereitetem Biogas aus selbst betriebenen Anlagen soll zukünftig auch Biomethan zugekauft und gehandelt werden. Auf diese Weise können weitere Kundenkreise erschlossen werden. □

Planung für Erdwärmeprojekt steht:

## Bernried setzt auf Geothermie

Strenge Anforderungen an Schutz für Mensch und Natur / Informationsoffensive für die Bürger gestartet

Auch Bernried am Starnberger See setzt für die künftige Energieversorgung auf Erdwärme. Jetzt präsentierte Bürgermeister Josef Steigenberger gemeinsam mit den beiden Geschäftsführern der BE Geothermal, Lutz K. Stahl und Anne Heigl, das Geothermieprojekt „Bernried Erdwärme“.

Im Zentrum der Genehmigungsphase stehen umfangreiche Gutachten von Experten; sie sollen sicherstellen, dass die Realisierung der Energieanlage Bernried mit umfassendem Schutz für Menschen, Natur und Umwelt einhergeht. Daneben muss sie strengen behördlichen Vorschriften gerecht werden. Wenn alle Anforderungen erfüllt sind, erfolgt die Genehmigung für eine Testbohrung. Man hofft dabei, in einer Tiefe von 4.000 bis 5.000 Metern auf genügend heißes Wasser zu treffen, das eine langfristige, nachhaltige und sichere Gewinnung von Erdenergie für die Bevölkerung der Region garantiert. Dann können verbindliche Aussagen über Energiepreise für die Endverbraucher, die lieferbare Energiemenge sowie ein mögliches Fernwärmenetz gemacht werden.

„Wir legen nach Klärung aller grundsätzlichen Fragen einen präzisen Ablaufplan für das Projekt 'Bernried Erdwärme' vor, damit sich die Bürger in Bernried eine genaue Vorstellung über den Projektverlauf machen können“, erklärte Lutz Karl Stahl, Geschäftsführer der BE Geothermal, die die Planungen in enger Zusammenarbeit mit den Vertretern der Gemeinde Bernried durchführt. Alle Schritte seien bis zur letzten Phase ergebnisoffen.

Bürgermeister Josef Steigenberger zeigte sich dankbar für die vorbildlich transparente Planung. „Es ist wichtig, dass jedes unserer Gemeindeglieder genau weiß, was geplant ist. Das Projekt muss den Interessen unserer Gemeinde und den Menschen, die hier leben, gerecht werden. Nur ein Ergebnis, das uns allen unter dem Strich signifikante Vorteile verschafft, ist für uns hilfreich.“

Die BE Geothermal GmbH bezieht die Bürger der Region in alle Planungsphasen aktiv mit ein. Deshalb erscheinen regel-

mäßige Newsletter; es wird immer wieder Informationsversammlungen geben und im Internet wird unter [www.begeothermal.com](http://www.begeothermal.com) zeitnah informiert. Es gibt Besichtigungen vor Ort und Geothermie-Sprechstunden.

Anne Heigl: „Im Mittelpunkt des Projekts 'Bernried Erdwärme' steht das Interesse der Bürger an einer nachhaltigen Energieversorgung.“ □

## Weiterhin auf moderatem Expansionskurs

BayWa ist gut durch die Krise gekommen

Trotz der wirtschaftlich schwierigen Zeiten bleibt der Handels- und Dienstleistungskonzern BayWA AG zuversichtlich gestimmt und weiter auf moderate Expansion ausgerichtet. Im Berichtsjahr 2009 konnte der Konzern „ein erfreuliches Ergebnis“ erzielen. Im laufenden Jahr geht der Vorstandsvorsitzende Klaus Josef Lutz von steigenden Umsätzen, einem verbesserten operativen Ergebnis und weiteren Akquisitionen aus.

Für 2009 schlägt das Unternehmen, dessen Eigenkapital von 957,48 Millionen Euro sich zu gut 60 Prozent im Eigentum deutscher und österreichischer Genossenschaftsorganisationen und zu 39,61 Prozent in Streubesitz befindet, der Hauptversammlung am 18. Juni eine Dividende von 0,40 je Aktie vor. Im Jahr zuvor hatte es 0,34 Euro und eine Sonderdividende von 0,06 Euro gegeben. Somit bleibt die Dividendenkontinuität gewahrt.

### Solides Fundament

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) erreichte im Berichtsjahr, das zur Konsolidierung und einem sanften Umbau genutzt wurde, 75,1 (Vorjahr: 103,5) Millionen Euro. Damit liege das Ergebnis auf dem durchschnittlichen Niveau der Jahre 2005 bis 2009, erläuterte Lutz und bilde ein solides Fundament. Allerdings ist das operative Ergebnis um 17 Millionen Euro niedriger ausgefallen.

Der Umsatz ist - „hauptsächlich preisbedingt“ in unserem volatilen Geschäft“ - auf 7,3 (8,8) Milliarden Euro zurückgefallen. Er liegt jetzt auf dem Niveau des Jahres 2007. Zum Teil aufgefangen wurde das Minus durch eine

positive Entwicklung im Energiegeschäft sowie bei den Bau- und Gartenmärkten.

Seit Jahresende 2009 zeigt sich eine Erholung der Weltwirtschaft, was den Konzern im laufenden Jahr zuversichtlich stimmt. Das diversifizierte Geschäftsmodell habe sich bewährt, sagte Lutz in der Bilanzpressekonferenz. Die im vergangenen Jahr getätigten Akquisitionen in allen Bereichen sollen kräftig zu Umsatz und Ertrag beitragen, vor allem der Bereich erneuerbare Energien.

### Stabile Dividende

Eine konkrete Prognose für 2010 wollte Lutz nicht geben, doch rechnet er wieder mit einem zufrieden stellenden Ergebnis, „wozu die regenerativen Energien einen wesentlichen Beitrag leisten werden“. Die Dividende werde stabil bleiben.

Der Baubereich (Umsatz 1,79 Milliarden Euro) bleibe trotz einer leichten Belebung schwierig. Hier werde ein stabiles Ergebnis angestrebt. Im Vordergrund stünden Sanierung, Renovierung und Modernisierung im Wohnungsbau. Im Bereich Energie (Umsatz 1,84 Milliarden Euro) werden hingegen Umsatz- und Ergebnissteigerungen erwartet. dhg.

BayWa | Energie

# Wir sind auf dem Holzweg. Gut so!



## BayWa Holz-Pellets

Der zukunftssichere Weg zu sauberer und kostengünstiger Wärme.

Informieren und bestellen zum Nulltarif:  
0800 5 600 600

[www.baywa.de](http://www.baywa.de)

BayWa

Ihr Partner vom Fach



Von links: Lutz Karl Stahl, Anne Heigl, Bürgermeister Josef Steigenberger. □

Bayerische Landessiedlung GmbH:

## Starker Partner bei energiepolitischer Positionierung

Zugegeben, kaum etwas ist so interpretationsfähig wie der Begriff „strategisch“. Gleichwohl trifft er punktgenau und vollumfänglich die Bedeutung des Themas Energie für bayerische Kommunen. Nicht die Frage, ob sich eine Gemeinde mit dem Thema Energie auseinandersetzen will, steht im Vordergrund. Vielmehr geht es darum, wie sich eine Gemeinde energiepolitisch positioniert.

Die Auswahl ist nicht immer einfach, denn es gibt eine kaum zu überblickende Vielzahl von Möglichkeiten. Um hier den entsprechenden Überblick und aktuellen Informationsstand zu erhalten, ist es unerlässlich mit einem starken Partner zu arbeiten: Die Bayerische Landessiedlung GmbH widmet sich diesem Thema allumfassend mit einem spezialisierten Expertenteam.

### Innovative Konzepte

„Wenn ein Hauseigentümer sein Haus energetisch sanieren möchte, kann er verschiedene Profis hierzu befragen: Der Dachdecker wird eine Dachdämmung, der Glaser neue Fenster und der Heizungsbauer eine neue Heizung empfehlen. Deswegen ist der erste und richtige Schritt einer energetischen Haussanierung der Weg zu einem unabhängigen Energieberater. Das gleiche gilt für Kommunen – nur gibt es für Kommunen deutlich mehr Gestaltungsmöglichkeiten als für einen privaten Hausbesitzer. Hier gibt es viele innovative Konzepte.“ So beschreibt Maximilian Faltlhauser, Bereichsleiter für Energie bei der Bayerischen Landessiedlung GmbH; seinen Aufgabenbereich und den Nutzen für bayerische Kommunen.

### Denkbare Optionen

Die bekannten Schlagworte wie Solarthermie, Photovoltaik, Windenergie, Biogas- und Biogasanlagen, BHKW's, Geothermie und Wasserkraft stellen als potenzielle Erzeugungsarten dabei nur den einen Teil der energiepolitischen Maßnahmen dar. Hinzu kommen Energieeffizienzmaßnahmen durch Wirkungsgradsteigerungen, Stromsparen und Wärmeeinsparen durch Maßnahmen wie dem Einsatz von Energiesparlampen, LED, Smart Grid, der Errichtung von Passivhäusern oder Sonnenhäusern, der Verbesserung von Dämmwerten und der Vermeidung von Wärmebrücken hinzu. Übergeordnete Themen wie Stromnetzzeitung, Energie-Contracting, Wärmenetze sollen dabei nur andeuten,

dass mit dieser Auflistung bei weitem noch nicht alle denkbaren Optionen für eine Gemeinde aufgezeigt wurden.

Im Folgenden sollen daher nur jeweils ein Beispiel für Energiesparen und für Stromerzeugen näher betrachtet und das Know-How der Bayerischen Landessiedlung GmbH aufgezeigt werden.

### Modernisierung der Straßenbeleuchtung

Im Zuge der EuP-Richtlinie 2005/32/EG wird bis zum Jahr 2015 der Verkauf von den heute noch weit verbreiteten Quecksilberdampflampen in der Europäischen Union verboten sein. Dies und der Erfahrungswert, dass bei knapp der Hälfte der in Deutschland installierten Straßenbeleuchtungen durch eine gezielte Modernisierung 30 bis 40 % an Stromkosten eingespart werden können, bieten Anlass dieses Thema eingehender zu betrachten.

### Maßnahmen

Technisch betrachtet werden bei einer Modernisierung der Straßenbeleuchtung in der Regel zwei Maßnahmen durchgeführt. Erstens: Alte Quecksilberdampflampen werden durch moderne Leuchtmittel ersetzt. Häufig sind dies moderne Natriumdampflampen mit geringerem Verbrauch bei gleich bleibender Helligkeit. Zweitens: In die Straßenbeleuchtung wird ein Regler eingebaut, mit dem die Straßenbeleuchtung bedarfsgerecht gedimmt werden kann.

### Contracting-Modelle

Hier gibt es interessante Contracting-Modelle, die der Gemeinde eine sofortige Stromkosten-Ersparnis einbringen. Zusätzlich ist eine CO<sub>2</sub>-Einsparung damit verbunden. Individuell kann die Bayerische Landessiedlung GmbH für Kommunen attraktive und schnell umsetzbare Konzepte entwickeln.

### Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Dächern

Mit der Änderung des EEG

zum 1. Juli 2010 wird der Markt für Photovoltaikanlagen wieder zur Normalität zurückfinden. Der Vergangenheit gehören dann Traumrenditen an, nicht jedoch Photovoltaikanlagen selbst. Für Gemeinden bestehen beim Thema Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Dächern grundsätzlich zwei Alternativen: die der Dachflächenvermietung und die, eine eigene Photovoltaikanlage zu errichten. Erstere Variante bedarf eines Dachnutzungsvertrages, wobei jeder erfahrene Investor eine 20-jährige, garantierte Nutzungsdauer einfordern wird.

### Finanzierung mit hohem Fremdkapitalanteil

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann jedoch auch die Errichtung einer Photovoltaikanlage für die Gemeinde selbst interessant sein. Eine Finanzierung mit hohem Fremdkapi-

talanteil ist hierbei keine unrealistische Annahme. Hierfür sprechen drei Gründe. Erstens entfällt ein relativ komplexer Dachnutzungsvertrag, in dem alle möglichen Abgrenzungsregeln, Rechte und Pflichten mit einem Investor zu regeln sind. Eine Überprüfung des Investors entfällt ebenfalls. Zweitens befinden sich Gemeinden gegenwärtig in einer äußerst komfortablen Situation. Sie erhalten Kreditkonditionen, um die sie Unternehmen aus der Privatwirtschaft nur beneiden. Und drittens erwirtschaftet eine intelligent konzipierte Photovoltaikanlage der Gemeinde nach Abzug der Finanzierungskosten in der Regel einen Ertrag.

### Überschaubares Risiko

Das wirtschaftliche Risiko, das die Gemeinde eingeht, ist dabei überschaubar, da Photovoltaikanlagen, die den Gewährleistungszeitraum einwandfrei überstehen, erfahrungsgemäß auch in den Folgejahren wenig störanfällig sind.

Der Gesetzgeber will Photovoltaikanlagen auf Dachflächen weiterhin fördern, weil hierdurch kein „Naturverbrauch“ gegeben ist. □

## WIR – Ein Dorf geht seinen Weg

Wildpoldsried im Allgäu leistet wesentlichen Beitrag zur Energiewende

Die Gemeinde Wildpoldsried zählt nur rund 2500 Einwohner, ist aber weit über Bayerns Grenzen hinaus für sein „Energie-Image“ bekannt. Auf der Internetplattform [www.sdl-inform.de](http://www.sdl-inform.de) können Interessierte sich über Vorzeigegemeinden in Sachen regenerativer Energiekonzepte informieren.

„Wildpoldsried – innovativ – richtungsweisend“ – kurz WIR heißt das ökologische Profil, das deutschlandweit für Aufsehen sorgt. 1997 war die Gemeinde mit der Vision angetreten, den Strombedarf durch den Einsatz regenerativer Energien selbst zu erzeugen. Heute produziert die Gemeinde 16 Mio kWh pro Jahr, rund das Dreifache des gesamten Strombedarfs. Nun soll auch die benötigte Wärme ausschließlich aus eigener Herstellung kommen.

### Neues Leitbild erarbeitet

Als sich Wildpoldsried für einen Neuanfang entschied, war die gesamte Gewerbe- und Arbeitssituation unbefriedigend. Der Wille, an der Gesamtausrichtung der Gemeinde etwas ändern wollen, war 1997 Beweggrund für eine Klausurtagung an der Schule der Dorf- und Landentwicklung in Thierhaupten. Die Kommunalpolitiker skizzierten dort ein neues Leitbild für ihr Dorf und brachten damit

einen Prozess ins Rollen, der bis heute eine bemerkenswerte Dynamik entfaltet. Die Bürger von Wildpoldsried sind in die Entwicklung des ökologischen Profils von Beginn an eingebunden worden; zudem wird das Projekt vom Engagement vieler Wildpoldsrieder getragen.

### Vorzeigegemeinde

Mit Windrädern, Biogasanlagen und Photovoltaik-Solaranlagen wird Wildpoldsried seinem Ruf als Vorzeigegemeinde in Sachen regenerative Energiegewinnung gerecht. Zur Gemeinde gehören 4 Biogasanlagen, ein eigenes Nahwärmenetz für öffentliche Gebäude und einige private Haushalte sowie drei private Wasserkraftwerke. Darüber hinaus hat sich das Dorf auf den Wasserschutz und die ökologische Abwasserreinigung sowie auf den maximalen Einsatz von Holz als Baustoff festgelegt.

Mit einem ganzen Maßnahmenbündel schafft Wildpoldsried zusätzlich gute Voraussetzungen: Die Bürger profitieren z.B. von der kostenlosen Energieberatung und gemeinschaftlichen Kaufaktionen. Bei der Umsetzung aller Projekte wird stets darauf geachtet, mit ortsansässigen Handwerkern zusammenzuarbeiten. Zudem zeigt das ökologische Image der Gemeinde deutliche Auswirkungen auf die Ansiedlung neuer Betriebe im Bereich Umwelttechnik.

### Zahlreiche Preise

Die Öffentlichkeit hat diese Erfolge mit zahlreichen Auszeichnungen und Preisen zum Teil auf Bundesebene honoriert. Das Energie- und Klimaschutzkonzept wird kontinuierlich weiterentwickelt, um die Wertschöpfungskette in der Gemeinde zu steigern und so die Arbeitsplätze zu sichern.

In Zukunft will Wildpoldsried auch die im Dorf benötigte Wärme zu 100 Prozent aus Bioenergie herstellen. Ein weiteres Ziel ist die Etablierung eines Öko-Energie-

## Regionale Wertschöpfung und Biogas

Deutschland ist in der konventionellen Energieversorgung abhängig von Brennstoffimporten, denn es verfügt kaum über die hierfür nötigen fossilen Reserven. Im Jahr 2009 mussten 73 % der fossilen Brennstoffe aus dem Ausland eingeführt werden. Die Erlöse daraus fließen größtenteils ins Ausland ab; pro Jahr sind dies ca. 80 Mrd. Euro. Diese Kosten werden über die Energierechnung von den Verbrauchern vor Ort bezahlt.

Biogas ist regional verwurzelt, denn die Biomasse ist überall im ausreichenden Maß vorhanden. Daher können die für fossile Brennstoffe anfallenden Importkosten durch die Nutzung von Biogas vermieden werden. Außerdem können die Betreiber etwa durch Einspeisung des produzierten Ökostroms oder Biogases Einnahmen generieren. Dadurch wird die Energieversorgung für die Regionen von einem Kostenpunkt zu einer wichtigen Einnahmequelle.

### Vom Landwirt zum Energiewirt

In Deutschland waren im Jahr 2009 über 4.500 Biogasanlagen installiert. Davon gibt es allein in Bayern 1.450 Anlagen mit einer installierten Leistung von 344 Megawatt. Damit stehen im größten Bundesland die meisten Anlagen zur Biogaserzeugung. Besonders Bauern sind damit vom Landwirt zum Energiewirt geworden. Neben dem Klimaschutz profitieren die Landwirte und die Regionen finanziell von der Energieerzeugung vor Ort.

### Arbeitsplätze

Untersuchungen zeigen, dass je Megawatt Leistung einer Biogasanlage ca. drei Vollzeitbeschäftigte entstehen. Beispielsweise müssen Biogasanlagen nicht nur regelmäßig gewartet und betreut werden, sondern auch mit Brennstoffen versorgt werden. Für die Ernte und den Transport zur Anlage wird wiederum Personal benötigt. Da die Arbeiten regelmäßig anfallen, sind diese Arbeitsplätze stark regional gebunden.

### AKDB-Arbeitskreis Werke:

## Pflichtveranstaltung für Versorgungsunternehmen

Bei seinen Teilnehmern hat der AKDB-Arbeitskreis Versorgungsunternehmen bereits eine lange Tradition. Seit 1983 treffen sich bayerische Stadt- und Gemeindegewerke auf Einladung der AKDB. Rund 50 Vertreter von Energie- und Wasserversorgungsunternehmen aus ganz Bayern kamen jüngst zur Veranstaltung in Straubing zusammen.

Spezialisten von AKDB, LivingData und Schleupen AG – langjähriger Partner der AKDB für die Branchensoftware Werke – stellten ihren Kunden neue Module vor, die das Fachverfahren vereinfachen und regen weiterführende Diskussionen dazu an. Ein anderes interessantes Thema war „Smart Metering“. Mit intelligenten Zählern können Verbraucher Energie und Kosten einsparen.

### Erfolgreiche Kooperation

In ihrem Grußwort lobte Straubings zweite Bürgermeisterin Maria Stelzl, zugleich stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke, die „hervorragende Zusammenarbeit mit der AKDB“ in vielen Bereichen. So hat die Stadt mit der AKDB auch die Umstellung zur doppischen Haushaltsführung erfolgreich realisiert. Im Hauptvortrag verwies Helmut

tourismus, der Besuchergruppen über die Aktivitäten der Gemeinde informiert, das Bewusstsein für die Chancen regenerativer Energieerzeugung schärft und das grüne Image der Gemeinde noch stärker prägt. Derzeit wird ein Bildungszentrum gebaut/geplant, das 2011 fertig gestellt sein soll. □

Die regionale Wertschöpfung im Biogasbereich ist hoch, da jede Biogasanlage mit Brennstoffen versorgt werden muss. Regelmäßig werden durch die örtlichen Bauern landwirtschaftliche Reststoffe, eigens angebaute Energiepflanzen und tierische Ausscheidungen zugeführt. Den Landwirten erwachsen daraus zusätzliche Einnahmequellen.

### Einnahmequellen

Beispielsweise kann in einem Landkreis mit einer Ackerfläche von 30.000 Hektar rund 20 % für den Anbau von Biomasse genutzt werden. Ausgehend davon, dass für eine 500 Kilowatt-Biogas-Anlage eine Anbaufläche von ca. 200 Hektar erforderlich ist, können folglich 30 dieser Anlagen im Landkreis betrieben werden. Eine einzige Biogasanlage dieser Größe kann die regionale Wertschöpfung bereits um jährlich 300.000 Euro erhöhen. Für alle 30 Anlagen zusammen genommen wären es in diesem Fall 9 Mio. Euro, die der Landkreis zusätzlich erwirtschaftet.

### Beispiel Merkendorf

Viele bayerische Gemeinden können sich schon heute zu über 100 Prozent im Strombereich aus Biogas und anderen Erneuerbaren Energien versorgen. „Erneuerbare Energien verbinden Ökologie und Ökonomie in hervorragender Weise“, betont Hans Popp, Bürgermeister der fränkischen Stadt Merkendorf. Über 16 Biogasanlagen produzieren für die mehr als 3.000 Einwohner Merkendorfs rund 160 Prozent des eigenen Strombedarfs. □



**Energie und Kommunale Entwicklung**  
Erneuerbare Energien als Standortvorteil



**Straßenbeleuchtung**  
Innovative Beleuchtungskonzepte für Städte und Gemeinden



**Solarenergie**  
Planung und Projektierung von Photovoltaikanlagen



**Baulandentwicklung**  
Wohn- und Gewerbegebietserschließung

Bayerische Landessiedlung GmbH  
Franziskanerstraße 14  
81669 München  
Tel. (0 89) 23 87-0  
info@bils-bayern.de  
www.bils-bayern.de

Informationen:  
[www.bils-bayern.de](http://www.bils-bayern.de)

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Kommunale Handlungsmöglichkeiten:

## Repowering von Windenergieanlagen

Der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland hat – insbesondere auf kommunaler Ebene – einen immensen Bedeutungszuwachs erlangt. Immer mehr Kommunen und Regionen setzen sich zum Ziel, ihre eigene Energieversorgung mittel- bis langfristig vollständig auf erneuerbare Energien umzustellen. Der Windenergie wird hierbei ein hoher Stellenwert beigemessen.

Der Leitfaden „Repowering von Windenergieanlagen – Kommunale Handlungsmöglichkeiten“ ist das Ergebnis eines vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in Kooperation mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund initiierten Projektes. Er informiert über die aktuellen technischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und gibt praktische Hinweise zur Planung und Realisierung von Repowering-Maßnahmen.

Wie Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des DStGB in einem Vorwort betont, bietet das Ersetzen älterer Windenergieanlagen durch neue leistungsstarke Anlagen nicht nur im Bereich der Energieversorgung und der damit verbundenen Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern auch im Bereich der Bauleitplanung eine große Chance. Repowering könne dazu genutzt werden, Windenergiestandorte besser in die Siedlungsentwicklung der Gemeinden einzubinden. So sei es möglich, die Anzahl von Windenergieanlagen zu reduzieren bzw. die zum Teil über

ein Gemeindegebiet verstreut stehenden Windenergieanlagen an anderer Stelle zusammenzufassen und hierdurch die gemeindliche Planung und Entwicklung neu zu steuern.

Die technischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Repowering sind Landsberg zufolge inzwischen wesentlich verbessert worden. Um die Thematik in Deutschland weiter voranzubringen, komme es auf die Unterstützung aller Beteiligten an.

Auch wenn Windkraftanlagen als privilegiert zulässige Vorhaben im Außenbereich planungsrechtlich zulässig sind, sollten Gemeinden – gerade auch im Falle eines Repowering – bedenken, dass die Aufstellung von Bauleitplänen, insbesondere von Bebauungsplänen, den Vorteil hat, Belange des Naturschutzes in einem bestimmten Rahmen eigenständig zu behandeln (eigenständig zu ermitteln, abzuwägen und vor allem eigenständig Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen festzusetzen). Kosten einer solchen Bauleitplanung könnten gegebenenfalls im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages vom Vorhabenträger übernommen werden. **DK**

Münchner CSU-Stadtratsfraktion:

## Fernwärme-Kunden finanziell entlasten!

Die saubere und bequeme Fernwärme ist ein Nebenprodukt der Stromproduktion über die Kraft-Wärme-Kopplung. Deswegen sollte sie nach Ansicht der Münchner CSU-Stadtratsfraktion auch die preiswerteste Heizart für Wohnungen sein.

Allerdings hat die CSU erst jüngst unter Verweis auf den aktuellen „Heizspiegel 2010“ festgestellt: 57 Prozent mehr als beim Heizen mit Öl mussten die Münchner Fernwärmekunden – überwiegend Mieter – im vergangenen Winter für das Heizen mit Fernwärme ausgeben. In München wiederum sind die Fernwärme-Anbieter. Laut Rathaus-CSU liegt der Verdacht nahe, dass diese ihre Monopolstellung bei der Lieferung von Fernwärme ausnutzen.

Jetzt geht die CSU in die Offensive: Mit einem ausführlichen Antrag schlägt sie ein für München neues Kapitel von Klimaschutz und Verbraucherfreundlichkeit auf. Der Ansatz: Die riesigen Abwärmemengen soll die Münchner Industrie nicht in die Luft blasen, wo sie schädlich verpuffen, sondern gezielt in das Münchner Fernwärmenetz einspeisen.

Der CSU-Fraktionsvorsitzende im Münchner Rathaus, Josef Schmid, begründet die Initiative: „Alles, was wir an Abwärme einspeisen können, brauchen wir nicht aus Primärenergie wie Öl, Kohle und Gas erzeugen. Die Einspeisung von Abwärme ist daher wirksamer Klimaschutz in und für München, aber auch darüber hinaus. Denn Klimaschutz kann nur umfassend und ganzheitlich erfolgen.“

Das Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss, CSU-Stadtrat Dr. Georg Kronawitter, stellt fest: „In München wurde die großtechnische Nutzung von Abwärme bislang sträflich vernachlässigt, obwohl der Freistaat Bayern schon seit 2008 einen bundesweit beachteten Leitfaden für Abwärmun-

zung in Kommunen“ herausgegeben hat – übrigens unter der Ägide des damaligen Umweltministers Dr. Otmar Bernhard, dem Münchner CSU-Chef.“

Im einzelnen fordert die CSU u. a. ein „Wärmekataster München“, das dem Stadtrat bis 2011 Aufschluss über wesentliche Abwärmelieferanten in München geben soll. Außerdem soll bald ein Fachtag über innovative Wärmenutzung abgehalten werden. Schmid: „Die CO<sub>2</sub>-Einsparungskampagne ist in München deutlich unter den Zielvorgaben. Wir erwarten, dass die Rathausmehrheit unsere konstruktiven und bürgerfreundlichen Vorschläge nachhaltig unterstützt.“



Nicht viel größer als eine Waschmaschine ist ein mit Erdgas betriebenes BHKW.

Moderne Erdgas-Brennwerttechnik:

## Energie sparen und die Umwelt schonen

Dank neuester höchst effizienter Erdgas-Anwendungstechnik kann der Verbraucher Energie und Geld sparen und dabei seine Umwelt schonen. Wichtig ist dabei der Einsatz der individuell optimalen Technik.

Bis zu 40 Prozent können eingespart werden, wenn eine veraltete Heizungsanlage durch moderne Erdgas-Brennwerttechnik ersetzt wird. Bei der Warmwasserbereitung lassen sich durch die Kombination von Erdgas und Solar bis zu 60 Prozent sparen.

In den letzten Jahren wurden Blockheizkraftwerke (BHKWs) immer kleiner und kompakter. Ab der Größenordnung Zweifamilienhaus, rechnet sich ein mit Erdgas betriebenes Mini-BHKW. Es ist nicht viel größer als eine Waschmaschine und man spart bis zu 40 Prozent Primärenergie, bei bis zu 60 Prozent geringerem CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Die Energieberater von erdgas schwaben klären vor Ort ab, ob der potenzielle Kunde auch vom Einsatz eines BHKWs profitieren kann.

Ein BHKW funktioniert nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung. Es produziert gleichzeitig Wärme für Heizung und Warmwasser und Strom. Dieser kann entweder selbst genutzt werden oder ist gegen Vergütung in das öffentliche Netz einzuspeisen.

Keine andere Erdgastechnik arbeitet wirtschaftlicher. Wer aber noch einen Schritt weitergehen will, betreibt sein BHKW

mit regional produziertem CO<sub>2</sub>-neutralem Bio-Erdgas.

Die Kombination BHKW und Bio-Erdgas ist so umweltschonend, als würden beim Heizen Bäume gepflanzt. Bei Mehrfamilienhäusern kann mittels Bio-Erdgas-BHKW sehr einfach ein Effizienzhaus 70 nach KfW-Standard erreicht werden. Dann gibt es von der KfW bis zu 9.375 Euro Zuschuss je Wohneinheit für Sanierungsmaßnahmen.

Aus der Heimat

Bio-Erdgas ist Energie aus nachwachsenden Rohstoffen oder organischen Reststoffen, stammt direkt aus heimischen Gefilden und ist 100 Prozent umweltschonend. Bei der Verbrennung wird nur soviel CO<sub>2</sub> freigesetzt, wie bei der Entstehung seiner organischen Ausgangsstoffe aus der Umgebung aufgenommen wurde. Jede Erdgas-Technik ist mit Bio-Erdgas kombinierbar – ganz ohne Umrüsten.

erdgas schwaben investiert jährlich über 10 Millionen Euro im Bereich erneuerbarer Energien und bietet Bio-Erdgas aus drei Anlagen an, eine vierte Bio-Erdgasanlage entsteht gerade.

Bürger-Solar-Genossenschaft SonnenBank Dillinger Land eG:

## Erster Solarpark offiziell eingeweiht

Der Solarpark Bachhagel im Landkreis Dillingen ist die erste Investition der Bürger-Solar-Genossenschaft SonnenBank Dillinger Land eG. Kürzlich fand die offizielle Einweihung des Sonnenkraftwerks statt.

Der Solarpark Bachhagel (1.854 MWP), die erste Investition der Bürger-Solar-Genossenschaft SonnenBank Dillinger Land eG, ist bereits am 23. Dezember 2009 ans Netz gegangen. Das Sonnenkraftwerk liefert jährlich für mehr als 500 Haushalte rund 1.950.000 Kilowattstunden umweltschonend erzeugten Strom und spart damit circa 1.370 Tonnen Kohlenstoffdioxid ein. Die Gehrlicher Solar AG, Solartechnik-Anbieter und Projektierer von Dachanlagen sowie Freiflächen-Photovoltaikanlagen bis zum Megawattbereich, hat den Solarpark Bachhagel auf von Landwirten aus der Region gepachteten 6,7 Hektar Ackerfläche errichtet.

Die Einweihung des Solarparks Bachhagel stand im Zeichen der anstehenden Entscheidung der Bundesregierung zu einer Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, die zukünftig einen Ausschluss der auf Ackerflächen errichteten Solarparks von der Solarstromförderung vorsieht. Ralph Schemmerer, Finanzvorstand der Gehrlicher Solar AG, forderte die Regierungskoalition auf, diesen Punkt nochmals zu überdenken: „Mit Photovoltaikanlagen auf Ackerflächen kann Solarstrom besonders günstig erzeugt werden. Sie sind daher ein wichtiger Baustein einer unabhängigen, dezentralen Energieversorgung. Zudem werden die Bedürfnisse der Gemeinden

im Rahmen der individuellen, regionalen Planungsverfahren hinreichend berücksichtigt.“

Die Bürger-Solar-Genossenschaft SonnenBank Dillinger Land eG geht auf eine Initiative der Raiffeisen-Volksbank Dillinger eG zurück. Unter dem Motto „Sonnenenergie aus der Region für die Region“ beteiligten sich knapp 150 Bürger schon mit kleinen Geldbeträgen an der Zukunftstechnologie Solarenergie.

Dezentrale Energieversorgung

Der stellvertretende Landrat Alfred Schneid betonte in seiner Einweihungsrede, die Initiative der Gemeinde Bachhagel zur Nutzung der Sonnenenergie in Verbindung mit der Bürgerbeteiligung: „Mit dem Solarpark Bachhagel setzen wir die energiepolitischen Ziele der Bayerischen Staatsregierung konsequent um. Die Bürger vor Ort über die Bürger-Solar-Genossenschaft SonnenBank Dillinger Land eG an der regionalen Energieversorgung zu beteiligen, ist zukunftsweisend.“

Auch Bürgermeisterin Ingrid Krämml, die die Errichtung des Solarparks begleitet hat, äußert sich positiv zum Konzept der Bürger-Solar-Genossenschaft: „Die Bürger einer Gemeinde mit auch kleineren Beträgen an solch einem Projekt vor Ort zu beteiligen, ist gelebte Demokratie.“

## Mast-EKG für die Straßenbeleuchtung

Lichtmasten müssen wie Signalanlagen, Flutlichtmasten und Verkehrszeichen einer Vielzahl von Belastungen Stand halten. Dies zehrt an der Substanz der Masten, besonders 20 cm über und 20 cm unter der Erdoberfläche.

Standsicherheit

In Oberfranken ist E.ON Bayern in fast allen der von ihr mit Strom versorgten Kommunen auch für den Betrieb und die Wartung der Straßenbeleuchtung zuständig. Das Energieunternehmen lässt daher stichprobenartig jedes Jahr die Standsicherheit der Straßenbeleuchtungsmaste durch eine Fachfirma überprüfen.

Anfang Mai wurde mit den Standsicherheitsprüfungen im Bereich des Netzcenter Naila in Ludwigsstadt begonnen. Anschließend fanden Arbeiten in den

Gemeinden Kronach, Marktrodach, Reichenbach, Stockheim, Steinbach am Wald, Teuschnitz, Wilhelmsthal und Pressig statt.

Bei der Begutachtung der Maste verlässt man sich nicht mehr auf den Augenschein oder den Hammerschlag, sondern auf ein innovatives Verfahren, das unter Berücksichtigung verschiedener DIN-Normen exakte, technische Messdaten liefert. Mit einem hoch entwickelten Prüfgerät wird Mast für Mast ein Belastungsdiagramm erstellt (Kraft-Weg-Diagramm). Hierfür wird der Mast einer Zug- und Druckkraft ausgesetzt, die einem Vielfachen der Windlast entspricht. Das sog. Mast-EKG spürt eventuelle Schwachstellen von Mast oder Fundament auf und dokumentiert diese. Je nach Befund werden dann weitere Maßnahmen eingeleitet. Die Arbeiten wurden Mitte Mai abgeschlossen.

Jede Erdgas-technik ist mit Bio-Erdgas kombinierbar, ganz ohne Umrüsten!

- CO<sub>2</sub>-neutral
- regional produziert
- stärkt die heimische Wirtschaft
- rund um die Uhr verfügbar

Noch Fragen? Wir beraten Sie gerne  
Telefon 0821 9002-459  
www.erdgas-schwaben.de

Kennst Du schon unser Bio-Erdgas?

erdgas schwaben  
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

ERDGAS

Häusler, Issing und Zeitler zu Gast im Ministerrat:

## Kabinetts berät über Euro-Stabilitäts-Paket

Seehofer: „Tiefgreifende Strukturprobleme im Euroraum sind nur mit tiefgreifenden Strukturreformen zu lösen“ / „Umfangreiches Maßnahmenpaket für Stabilität des Euros und gegen Inflationsrisiken in Europa notwendig“

Das bayerische Kabinetts hat über das geplante Euro-Stabilitäts-Paket beraten und dazu auch mit Prof. Dr. Franz Christoph Zeitler, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, Prof. Dr. Otmar Issing, Leiter des Center for Financial Studies der Goethe-Universität Frankfurt und Dr. Gerd Häusler, Vorstandsvorsitzender der Bayern-LB und ehemaliger zuständiger Generalmanager des Internationalen Währungsfonds, diskutiert. Ministerpräsident Horst Seehofer machte nach der Sitzung den Willen Bayerns deutlich, die notwendigen Schritte zu einer nachhaltigen Stabilisierung der Gemeinschaftswährung zu unterstützen. Das Bayerische Kabinetts weigerte sich aber einhellig, der Bundesregierung dafür einen „Blankoscheck“ auszustellen.

Der Ministerrat begrüßt die sich nunmehr abzeichnende Haltung der Berliner Koalition, für die Zustimmung Deutschlands zum Eurostabilitätspaket weitreichende Strukturreformen auf europäischer Ebene, wirksame Mechanismen zur Finanzmarktregulierung und eine spürbare Beteiligung des Finanzsektors einzufordern. Das Bayerische Kabinetts machte deutlich, dass vor einer Entscheidung in Bundestag und Bundesrat hier hinreichend Klarheit geschaffen werden müsse.

### Rettungsschirm begrenzen

Zugleich muss sichergestellt werden, dass mit dem Rettungspaket kein schleichender Übergang zu einer Transferunion erfolgt. Deshalb ist der Rettungsschirm auch zwingend auf drei Jahre zu begrenzen und die Auszahlungen daraus nur entsprechend den erzielten Fortschritten bei der Konsolidierung der nationalen Haushalte zu leisten. Über die Freigabe einzelner Tranchen ist unter Einbindung des Haushaltsausschusses zu entscheiden.

Bei dieser Entscheidung im Parlament muss auch der Fortschritt bei der Weiterentwicklung der europäischen Finanzmarktarchitektur berücksichtigt werden.

Außerdem fordert Bayern, dass die Bundesregierung zum Schutz deutscher Steuerzahler darauf drängt, dass die Rangstellung deutscher Kreditzusagen und Kreditgarantien aus dem Rettungsschirm vorrangig gegenüber Altgläubigern zu bedienen ist.

### Gründliche Beratung

Seehofer, Zeil und Fahrenschon: „Wir müssen schnell, aber zugleich gründlich und sorgfältig beraten, was notwendig und geeignet ist, um Druck vom Euro zu nehmen und langfristig Preisstabilität in der Eurozone zu gewährleisten.“

Nach den Worten Seehofers gehe es darum, mit einem umfassenden Maßnahmenpaket die richtigen Antworten auf die Krise zu geben und das Vertrauen der Menschen und der Märkte in den stabilen Euro zu sichern. Seehofer: „Die Politik darf jetzt nicht zu kurz springen. Eine No-

operation allein reicht nicht. Denn die Verwerfungen in der Europäischen Währungsunion sind struktureller Natur und können deshalb nur durch umfassende Strukturreformen auf europäischer und nationaler Ebene gelöst werden. Das Vertrauen der Märkte und der Menschen in den stabilen Euro wird erst dann dauerhaft gesichert werden können, wenn die Mitgliedstaaten überzeugend zeigen, dass sie es mit der notwendigen finanzpolitischen Disziplin ernst meinen, die zugesagten Konsolidierungsmaßnahmen umsetzen und alles dafür tun, dass die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Volkswirtschaften auf Dauer gestärkt wird. Dafür müssen jetzt die notwendigen Mechanismen beschlossen und ein neuer transparenter und wirksamer Ordnungsrahmen in Europa gesetzt werden. Etwa notwendige Hilfen aus dem Rettungsschirm dürfen nur unter

strengen Bedingungen gewährt werden.“

Seehofer betonte, dass auch dieser neue Ordnungsrahmen auf der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) gründen muss. Seehofer: „Die politische Unabhängigkeit der Notenbank muss unantastbar bleiben und gegen alle Versuche einer politischen Einflussnahme entschieden verteidigt werden.“

### Nägels mit Köpfen

Gleichzeitig forderte Seehofer erneut einen maßgeblichen Beitrag der Finanzmarktakteure an den Kosten der Krise und durchgreifende Änderungen im internationalen Finanzmarktsystem. Seehofer: „Die Dynamik auf den Märkten führt uns eindringlich vor Augen, dass auch hier die Zeit der Debatten vorbei sein muss. Jetzt gilt es sowohl im Hinblick auf die Instrumente zur finanziellen Beteiligung der Banken als auch bei den Finanzmarktregeln endlich Nägels mit Köpfen zu machen. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit bei der Lastenverteilung und des notwendigen Schutzes unserer Volkswirtschaften vor schädlicher Spekulation. Künftig darf kein Finanzmarkt, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzmarktprodukt ohne Regulierung, Aufsicht und Haftung bleiben.“

## Kräftiger Aufwind

### Aktuelle Konjunkturumfrage des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages

Die bayerische Wirtschaft spürt einen kräftigen Aufwind. Die konjunkturelle Erholung ist in allen Branchen angekommen und die Unternehmen erwarten, dass es weiter aufwärtsgeht. Nachdem der Export deutlich angesprungen ist, kommen nun auch vom Binnenmarkt erste Impulse. Die Unternehmen wollen wieder mehr investieren und haben die Beschäftigungspläne nach oben korrigiert. Dies ergab die aktuelle Konjunkturumfrage des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages (BIHK) unter mehr als 3.200 Unternehmen.

„Trotz dieser Erholung wird es noch einige Zeit brauchen, bis die Produktionseinbrüche der Jahre 2008 und 2009 aufgeholt sind“, sagt BIHK-Hauptgeschäftsführer Peter Driessen. „Darüber hinaus hängt die neu angeheizte Finanzmarktcrise wie ein Damoklesschwert über einem Aufschwung“, so Driessen.

Der BIHK-Index, der Geschäftslage und Geschäftserwartungen in einem Wert zusammenfasst, ist von 102 Punkten zu Jahresbeginn auf 119 Punkte gesprungen. Der Index hat damit den höchsten Stand seit Frühjahr 2008 erreicht.

Die Unternehmen bewerten ihre aktuelle Lage deutlich besser als noch zu Jahresbeginn. Der Saldo aus zufriedenen und unzufriedenen Stimmen liegt mit +11 Punkten erstmals seit Herbst 2008 wieder im positiven Bereich. Für die kommenden Monate nimmt der Optimismus sogar noch zu. Aktuell erwarten 38 Prozent der Unternehmen, dass es weiter aufwärtsgeht, nach zuvor 26 Prozent. Dieser Ausblick bringt auch die Investitionen ins Rollen. Mittlerweile planen 32 Prozent der Unternehmen – fast doppelt so viel wie im Februar – höhere Investitionen. Entsprechend wollen 16 Prozent der Unternehmen zusätzliche Mitarbeiter einstellen, 71 Prozent an der Belegschaft festhalten und nur noch 13 Prozent Personal abbauen. „Damit überwiegen erstmals seit Frühjahr 2008 die Unternehmen ganz leicht, die Stellen schaffen wollen“, so Driessen.

Die bayerische Industrie hat einen großen Schritt aus der Rezession gemacht und blickt optimistisch in die Zukunft. Der Saldo ist von +20 auf +33 Punkte nochmals spürbar angestiegen. Allerdings reichen die Aufträge derzeit nur bei 14 Prozent der Unternehmen, um die Maschinen voll auszulasten. Doch das könnte sich in den kommenden Monaten ändern. Neben höheren Ausland-

saufträgen rechnen nun deutlich mehr Unternehmen als noch zu Jahresbeginn mit einem besseren Inlandsgeschäft. Diese positiven Aussichten haben die Investitionspläne beflügelt und den Saldo von -9 auf +18 Saldopunkte nach oben getrieben. Das wird dazu beitragen, den Beschäftigungsabbau zu stoppen.

Auch der Handel spürt die Erholung. Während der Großhandel mit Ge- und Verbrauchsgütern ebenso wie der Einzelhandel bereits von der stabilen Konsumnachfrage profitiert hat, wird die höhere Industrieproduktion jetzt auch den Handel mit Rohstoffen und Investitionsgütern ankurbeln. Durch die guten Aussichten auf dem Arbeitsmarkt ist im Einzelhandel der Saldo der Geschäftserwartungen von -10 Punkten auf +16 Punkte geklettert.

### Spielraum nach oben

Die Dienstleister sehen trotz der bereits guten Geschäftslage weiteren Spielraum nach oben. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten hat sich von +14 auf +31 Punkte mehr als verdoppelt. Der Dienstleistungssektor profitiert dabei von der Erholung der Industrie. Dies zeigt sich gerade bei den Zeitarbeitsunternehmen, die bereits ihren Personalstand erhöhen. Erstmals seit Frühjahr 2008 überwiegt auch bei den Bauunternehmen die Zuversicht. Sie gehen davon aus, dass sie von den steigenden Investitionen der Unternehmen und von der Suche der privaten Haushalte nach einer sicheren Kapitalanlage profitieren werden.

„Diese Ergebnisse signalisieren eine klare konjunkturelle Erholung“, sagt der BIHK-Chef, „doch die Risiken auch vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklung in Europa sind außerordentlich hoch“. Zwar gäbe es nach wie vor keine flächendeckende Kreditklemme, doch die Kreditvergabe der Banken könne in den nächsten



Notinsel-Aufkleber an der Geschäftsstelle: Für die Raiffeisenbank Altdorf-Feucht ist es eine Selbstverständlichkeit, soziale Verantwortung in der Region zu übernehmen.

Foto: Raiffeisenbank Altdorf-Feucht

## „Wo wir sind, bist Du sicher“

19 bayerische Volksbanken und Raiffeisenbanken engagieren sich für das Projekt „Notinsel“

Der Mord an Michelle in Leipzig erschütterte 2008 ganz Deutschland. Das Mädchen war auf dem Heimweg von der Schule spurlos verschwunden. Einige Tage später fand ein Spaziergänger die Leiche der Achtjährigen: Sie wurde ermordet. Zur großen Trauer um Michelle mischte sich Wut und Verzweiflung in der Bevölkerung. Es entbrannte eine öffentliche Diskussion darüber, wie Kinder besser vor Gewalt geschützt werden können.

Eine Institution, die sich genau dieser Frage annimmt, ist die Stiftung Hänsel+Gretel in Karlsruhe. Sie hat 2002 das Projekt Notinsel ins Leben gerufen. „Eltern sind damals mit der Bitte an uns herangetreten, doch für die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg zu sorgen“, sagt Anja Semmling, Leiterin des Projekts.

### Einfache Idee

Die Idee der Notinseln ist einfach: Geschäfte, Behörden oder Banken, die den bundesweit einheitlichen Aufkleber im Fenster oder an der Eingangstüre haben, stehen Mädchen und Jungen in Notsituationen bei: Wenn ein Kind seinen Schlüssel vergessen, den Bus verpasst oder seine Eltern im Gedränge der Fußgängerzone verloren hat, kann es sich vertrauensvoll an Notinseln wenden. Auch wer sich in Gefahr glaubt, von älteren Kindern bedroht oder von fremden Erwachsenen angesprochen wird und Angst bekommt, findet dort Zuflucht. Mit dem bunten Aufkleber signalisieren diese Geschäfte den Kindern: „Wo wir sind, bist Du sicher!“

„Ziel ist es, unmittelbare Hilfe in kleinen und großen Fällen für Kinder einzurichten und eine Hilfskette in Gang zu setzen“, sagt Semmling. Über 15.000 Geschäfte in Deutschland und rund 2.000 im Freistaat haben bereits ein klares Bekenntnis zum Schutz der Kin-

der ausgesprochen. Auch 19 bayerische Volksbanken und Raiffeisenbanken, die Mitglied des Genossenschaftsverbands Bayern sind, beteiligen sich als Notinseln an dem Projekt. Eine davon ist die Raiffeisenbank Altdorf-Feucht: „Vor etwa einem Dreivierteljahr kam die Stadt Altdorf auf uns zu, mit der Bitte, Notinsel zu werden“, erinnert sich Manfred Göhring, Vorstandsvorsitzender des mittelfränkischen Geldinstituts. Als die Kreditgenossenschaft erfuhr, wofür das Projekt stehe, habe sie sich vorbehaltlos und aus Überzeugung angeschlossen. Denn für die Bank sei es eine Selbstverständlichkeit, soziale Verantwortung in der Region zu übernehmen.

Um Notinsel zu werden, hat sie eine Selbstverpflichtung unterschrieben und den bundesweit einheitlichen Aufkleber gut sichtbar an die Eingangstüre ihrer Altdorfer Filiale platziert. „Bis jetzt musste aber zum Glück noch kein Bankangestellter einem Kind helfen“, so Göhring. Das Projekt Notinsel ist dezentral aufgebaut. In Deutschland gibt es 150 sogenannte Notinselstandorte, in Bayern sind es derzeit 15. Standortpartner können Kommunen, Städte oder gemeinnützige Einrichtungen wie Wohlfahrtsverbände werden. Sie verpflichten sich, das Projekt in ihrer Region bekannt zu machen und so ein Zeichen gegen Gewalt und für Zivilcourage zu setzen. □

### Finanzminister Fahrenschon:

## Bayern macht sich für vereinfachtes Steuerrecht stark!

„Die Vereinfachung des komplizierten deutschen Steuerrechts ist eine Daueraufgabe, der sich die Politik immer wieder stellen muss“, erklärte Finanzminister Georg Fahrenschon am Rande der Jahres-Finanzministerkonferenz in Dresden.

Um diesem Vorhaben neuen Schwung zu geben, haben die Bundesländer parteiübergreifend 13 Vorschläge zur Vereinfachung erarbeitet. „Besonders hervorzuheben sind dabei die Vorschläge zur Vereinfachung der Geldentziehung von Kinderbetreuungskosten und die Erhöhung der Pauschbeträge für behinderte Menschen, für die sich vor allem Bayern stark gemacht hat“, sagte Fahrenschon. Mit der Erhöhung der Pauschbeträge sei beabsichtigt, behinderten Menschen die Geldentziehung ihrer Aufwendungen zu erleichtern. Bei den Kinderbetreuungskosten solle es ebenfalls Vereinfachungen geben. Künftig solle es für alle Kinder bis zu 14 Jahren z. B. nicht mehr auf die Erwerbstätigkeit der Eltern ankommen. □

Monaten zum Engpass für den Aufschwung werden. Immer noch klagt über ein Fünftel der Unternehmen über schlechtere Konditionen, vor allem bei den Betriebsmittelkrediten. Ein weiteres und ungleich größeres Risiko sieht Driessen in der massiven und wei-

ter wachsenden Staatsverschuldung. Deutschland brauche jetzt klare Pläne, um das Haushaltsdefizit in den Griff zu bekommen. „Wir können an andere Staaten nur Forderungen stellen, wenn wir mit gutem Beispiel vorangehen“, so der BIHK-Chef. □

## Keine Gemeindefinanzreform ohne kommunale Aufgabenneuregelung

Von Dr. Georg Sinnacher  
Altlandrat und Altbezirkstagspräsident

Die Schere zwischen den stark rückläufigen gemeindlichen Steuereinnahmen und den gleichzeitig aufgrund der Altersdemographie enormen kommunalen Sozialausgaben öffnet sich immer dramatischer. Die kommunalen Steuereinnahmen in Deutschland sanken im Jahre 2009 um 10,2 Prozent, wobei das Minus bei der besonders stark konjunkturanfälligen Gewerbesteuer sogar mit 17,4 Prozent zu Buche schlägt.

Innerhalb des letzten Jahrzehnts sind die den Kommunen übertragenen Sozialausgaben von 26 Milliarden auf zuletzt 40 Milliarden Euro, also um mehr als die Hälfte angestiegen. Allein in Bayern sind im Jahr 2009 die kommunalen Sozialkosten um 350 Millionen auf 4,375 Milliarden Euro gestiegen. Dabei handelt es sich überwiegend um Ausgaben für Altenpflege, Behindertenbetreuung und Kinderbetreuung nach Hartz IV, also um Basisaufgaben unserer Humanität im Sozialstaat. Die Situation ist dramatisch geworden und sie wird sich im kommenden Jahr verschlimmern.

Die vom Bund eingesetzte Gemeindefinanzkommission darf sich nicht nur mit der von den Kommunen befürchteten Reform ihrer Haupteinnahme, der Gewerbesteuer, beschäftigen, sondern sie muss den kommunalen Aufgabenzuschnitt zum Kernthema machen. Die erfreulich zunehmende Alterung unserer Gesellschaft ist nicht nur ein kommunales, sondern mehr noch ein staatliches Thema. Der Hinweis der staatlichen Organe auf die Möglichkeiten des umgedrehten Konnexitätsprinzips, die Umlageberechtigung in zwei Stufen, von Landkreisen und Bezirken belastet im Ergebnis immer wieder die Gemeinden. Das führte dazu, dass für die Mehrzahl der Gemeinden, die Kreisumlage, in der die Bezirksumlage enthalten ist, zur größten Ausgabenposition im Gemeindehaushalt geworden ist, ein systembedingter, aber an der Verfassungsgrenze angelangter Eingriff in die gemeindliche Selbstverwaltung, die der Staat zu schützen hat.

Aus dem Sozialstaatsauftrag unseres Grundgesetzes und dem verfassungsrechtlichen Gebot der Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung ergibt sich daher die Pflicht des Bundes, die demographisch bedingten Leistungen für die Altersversorgung, die Behindertenbetreuung und die Familienbetreuung im Rahmen von Hartz IV staatlich-kommunal zu splitten, indem die erforderlichen Leistungen zu je einem Drittel von Bund, Land und Kommunen getragen werden. Bei dieser Problematik handelt es sich nicht mehr nur um vorläufige, generationsbedingte Sozialhilfeleistungen, sondern um gesellschaftlich bedingte neue humanitäre Antworten auf die Herausforderungen des heutigen Sozialstaats und seine lange Zukunft. □

Sparpakete:

## Schäuble will steuerliche Subventionen abbauen

Mehrwertsteuerprivileg für kommunale Dienstleistungen ganz oben auf der Streichliste

Anfang Juni will die Bundesregierung bei einer Kabinettsklausur in Meseberg klären, in welchen Bereichen gespart wird. Im Vorfeld gibt es innerhalb der Koalition vor allem Streit über die Frage, welche Bereiche vom Sparkurs ausgenommen werden sollen. Wie jetzt aus Berliner Koalitionskreisen zu hören ist, soll das Mehrwertsteuerprivileg für kommunale Dienstleistungen ganz oben auf der Streichliste stehen. Damit könnte ein jahrelanger Streit zwischen kommunalen und privaten Entsorgern ein Ende finden und auch die Koalitionäre müssten nicht ihr „Gesicht verlieren“. In der Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und FDP heißt es nämlich, man befürworte „die grundsätzliche steuerliche Gleichstellung von öffentlichen und privaten Unternehmen“.

Die Formulierung hatte in den kommunalen Spitzenverbänden einen Aufschrei ausgelöst. Ein Wegfall des Umsatzsteuerprivilegs würde nach Angaben der kommunalen Spitzenverbände Mehrkosten in Höhe von bis zu vier Mrd. Euro auslösen. Daraus würden sich zwangsläufig Erhöhungen der Müllgebühren ergeben. Unterdessen fordert der Hauptgeschäftsführer des VKU,

Hans-Jürgen Reck, zusätzlich noch die Abschaffung des Örtlichkeitsprinzips im kommunalen Wirtschaftsrecht.

Hintergrund der Debatte ist, dass die Regierung bis Ende Juni einen Entwurf für den Haushalt 2011 und die mittelfristige Finanzplanung vorlegen muss. Erstmals muss sie dabei die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse beachten, die den

jährlichen Abbau des strukturellen Defizits um zehn Milliarden Euro erfordert. Derzeit sammelt das Finanzministerium die Haushaltsaufstellungen der Einzelresorts. Da Deutschland ein Land mit geringen Wachstumsperspektiven sei, wäre „es ganz falsch“, bei der Kinderbetreuung und der Bildung zu sparen, sagte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in der ARD-Sendung „Farbe bekennen“.

Er sprach sich auch grundsätzlich gegen Kürzungen in allen Ressorts nach dem „Rasenmäherprinzip“ aus. „Der Rasenmäher ist ein wunderbares Gerät, um den Garten zu pflegen. Aber in der Finanzpolitik taugt er nichts“, so Schäuble. Angesichts der Milliardenlöcher im Staatshaushalt sollte die Mehrwertsteuer aus Sicht des Deutschen Instituts für Wirt-

schaftsforschung (DIW) angehoben werden. „Eine Erhöhung des Normalsatzes von 19 Prozent auf 25 Prozent brächte jedenfalls dauerhaft über 50 Milliarden Euro Einnahmen“, sagte DIW-Chef Klaus Zimmermann der „Thüringer Allgemeinen“. Das sei der Betrag, „der mindestens benötigt wird, um das strukturelle Defizit der öffentlichen Haushalte, das auch bei passabler Konjunktur-entwicklung bleibt, zu decken“.

Finanzminister Schäuble schloss dies aus: „Wir brauchen das nicht, wir können das ohne schaffen.“ Das Problem des hohen Staatsdefizits müsse über Einsparungen gelöst werden, sagte er in der ARD. Schäuble kündigte aber an, dass die Regierung steuerliche Vergünstigungen und damit Subventionen auf den Prüfstand stellen werde. Seit „ewigen“ Zeiten sind unterdessen bereits Gebühren im Visier der privaten Anbieter. In der Entsorgungsbranche werden die Leistungen von kommunalen Eigenbetrieben, Zweckverbänden und Dienstleistungsabteilungen mehrwertsteuerfrei erbracht. Das führe zu einer ungerichteten Bevorzugung der gleichen Leistungen, argumentiert die gewerbliche Wirtschaft.

(aber auch nur dort) wie privatwirtschaftliche Anbieter zu engagieren - also unabhängig von Gemeindegrenzen, ja sogar über Landes- bzw. nationale Grenzen hinaus. Ziel ist es, für kommunale Unternehmen die Erzeugung (zum Beispiel Kraftwerksbau, Kraft-Wärme-Koppelung, Müllverbrennungsanlagen), den Import (Gas) und die Verteilung von Energie (Netzbetrieb) über die Ortsgrenzen hinaus zu vereinfachen.

Die Forderung der Abschaffung des Örtlichkeitsprinzips könnte die schwarz-gelbe Koalition jetzt aufgreifen, ohne dass sie mit sonderlichen Widerständen rechnen muss, heißt es aus regierungsnahen Kreisen und dann könnte man auch die kommunalen Dienstleistungen mit einer Mehrwertsteuer belegen.

### Mögliche Differenzen?

Branchenbeobachter wollen unterdessen Differenzen zwischen dem Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), Hans-Jürgen Reck und Dr. Rüdiger Siechau als dem Vorstandsvorsitzenden der kommunalen Stadtreiniger ausgemacht haben. Reck beschreibt die aktuellen Rahmenbedingungen so, dass für kommunale Unternehmen durch die Liberalisierung der Energie- und Abfallwirtschaft schon heute durch den Umstand transparenter Vergabeverfahren und die finanzielle Unabhängigkeit von ihren Kommunen Wettbewerbsgleichheit gegeben sei. Andererseits schildert er die Begrenzungen kommunaler Wirtschaftstätigkeit durch die Gebote der öffentlichen Zweckbindung, der Leistungsfähigkeit, der Subsidiarität und des Örtlichkeitsprinzips. Insbesondere das Subsidiaritätsprinzip bedinge eine echte Vorrangregelung für privatwirtschaftliche Leistungserbringung.

Den Vorwurf, dass Kommunen als Eigner ihrer Unternehmen bei finanziellen Engpässen diesen einfach „frisches Kapital“ aus den Gemeindehaushalten zuführen könnten, werde durch das europäische Beihilferecht und das kommunale Haushaltsrecht begrenzt.

Die Branchenbeobachter meinen, dass Reck verschweigt, dass zur wirklichen Wettbewerbsgleichheit auch für die am Markt tätigen kommunalen Unternehmen die gleichartige steuerliche Behandlung gehören würde – Stichwort: Mehrwertsteuerprivileg für die in öffentlich-rechtlichen Rechtsform tätigen Unternehmen der Kommunen (Regie- und Eigenbetriebe oder Anstalten des öffentlichen Rechts).

Insoweit wäre der Vorwurf des „Rechtsformrosinenpickens“ durchaus naheliegend, was an der aktuellen Diskussion in einer Reihe von umstrukturierungs-

willigen Kommunen belegbar sei, heißt es in einem Positionspapier, das derzeit in den beteiligten Kreisen herumgereicht wird. Die Verfasser nennen als Beispiel unter anderem die Gesellschaft für Abfallwirtschaft Lüneburg mbH, bei der die kommunalen Gremien derzeit eine Umwandlungsdiskussion hin zu einer Anstalt öffentlichen Rechts führen. Als Argumente werden die erst dann mögliche In-House-Vergabe und die Nutzung des Mehrwertsteuerprivilegs genannt.

Siechau indes versucht einen Kompromiss, für den er offensichtlich auch schon Mitstreiter aus der mittelständischen Entsorgungswirtschaft gefunden hat. Siechau sprach Anfang des Jahres von der kommunalen Verantwortung, wodurch ein bürgerfreundliches Erfassungssystem aus einer Hand geschaffen werden könne und wollte gemeinsam mit dem Vorsitzenden des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung, Burkhard Landers, die Öffnung des Gelben Sackes für Nichtverpackungen, dass die Erfassungsverantwortung für Verpackungen auf Kommunen im Interesse einheitlicher Wertstoffsammelsysteme übertragen werden solle. Landers räumte offensichtlich im Konsens mit dem VKS relativ offen ein, dass die strikte Trennung zwischen kommunaler Entsorgungszuständigkeit und privater Organisationsverantwortlichkeit für die Verpackungsentsorgung aufgelöst und verzahnt werden sollte.

### Verursacherprinzip

Festzustellen sei, heißt es unter Branchenteilnehmern, dass bewusst oder unbewusst die Grenzen von Beseitigungsverantwortlichkeit (Kommunen) und Produktverantwortung aufgrund des Verursacherprinzips (Privatwirtschaft) mehr oder weniger deutlich aufgrund des gemeinsamen Vorschlags der kommunalen Entsorger und die des mittelständischen Verbandes bvse verwischt werden könnten.

Ob die Anfang des Jahres beschworene Gemeinsamkeit allerdings noch Bestand hat, sei fraglich, beschreiben Haushaltsexperten der Koalitionsfraktionen die augenblickliche Situation. Der bvse hat gegen das faktische Verbot des Bundesverwaltungsgerichts der gewerblichen Altpapiersammlung bei privaten Haushalten im vergangenen Jahr umgehend Beschwerde bei der Europäischen Union eingelegt. Inzwischen hat die EU-Kommission diese Beschwerde aufgegriffen und ein Auskunftsersuchen an die Bundesregierung gestellt. Ein erfreulicher Zwischenerfolg aus Sicht der privaten Entsorgungswirtschaft, lässt Landers seinen kommunalen Gesprächspartner Dr. Rüdiger Siechau wissen. □

Wissenschaftstag der Europäischen Metropolregion Nürnberg:

## „Alles für den Menschen“

Wissenschaftler, Unternehmer, Bildungsvertreter und Politiker diskutierten beim 4. Wissenschaftstag der Europäischen Metropolregion Nürnberg über Stärken und Potenziale der Vernetzung. „Alles für den Menschen“ lautete das Motto in der Konzert- und Kongresshalle Bamberg. Mit rund 850 Teilnehmern wurde ein neuer Besucherrekord erzielt.

Der gastgebende Oberbürgermeister Andreas Starke bezeichnete in seiner Begrüßung die Landesgarten-Ausstellung (Bamberg ist 2012 der Ausrichter) als Möglichkeit der Stadtentwicklung. Zudem lobte er die Verknüpfung von Stadt und Landkreis Bamberg beim Tourismus-Marketing.

In seinem einführenden Vortrag wies der bayerische Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch darauf hin, dass gerade in der Wissenschaftspolitik sich das Handeln am Menschen ausrichten müsse, denn: „Wissenschaftspolitik ist Zukunftspolitik“. Dabei sei Freiheit, „die untrennbar verbunden ist mit Verantwortung“, das zentrale Leitbild. Beides wolle er an den Hochschulen stärken und deshalb die Hochschulautonomie weiter entwickeln. Als Beispiel nannte Heubisch das in den Hochschulen kürzlich eingeräumte Recht, neue Professoren selbst zu berufen.

Der Minister forderte ein forschungsfreundliches Umfeld, das die Forschungsfreiheit nicht unnötig durch ideologische Hürden und politisch verordnete Denkblokkaden einengt: „Der forschungs- und technologiefreundliche Standort Bayern darf nicht gefährdet werden“, was nicht heißen solle, Risiken zu ignorieren. In Zeiten der Krise müsse aber bewusst werden, dass „Forschung das wirtschaftliche Wachstum stimuliert“.

Die „fruchtbare Wissenschaftslandschaft in Bayern“ zeichnet sich Heubisch zufolge durch ein differenziertes Netzwerk verschiedener Forschungseinrichtungen aus, das weiterentwickelt werden soll. Dabei komme der Kooperation von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft eine entscheidende Rolle zu. Die Metropolregion Nürnberg sei dafür ein gelungenes Modell. Sie verfüge über ein breites Netz an Bildungseinrichtungen.

Vier Universitäten, zehn Hochschulen für angewandte Wissenschaften, zwei Musikhochschulen sowie die Akademie der Bildenden Künste böten eine große Vielfalt an Forschungseinrichtungen und Studiengängen und trügen wesentlich zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt

bei sowie zum Transfer von praxisrelevanten Forschungsergebnissen in die regionalen Betriebe.

Dazu kämen die außeruniversitären Großforschungs- und Entwicklungseinrichtungen wie zum Beispiel das Max-Planck-Institut und die Fraunhofer-Institute. Auch in diesem Bereich sei die Zusammenarbeit von Forschung, Wissenschaft und regionaler Wirtschaft vielfältig, fuhr der Minister fort und fügte hinzu: „Wir werden die Metropolregion Nürnberg durch gezielte Investitionen weiter stärken. So fördern wir ab diesem Jahr den Ausbau der Innovations-Infrastruktur mit einem Sonderprogramm im Umfang von 105 Millionen Euro.“

In Nürnberg entsteht unter anderem ein bayernweit einzigartiges Energieforschungszentrum. Hier werden die Universität Erlangen-Nürnberg, die Hochschule Nürnberg und die beiden fränkischen Fraunhofer-Institute gemeinsam wichtige Grundlagen für die Energieversorgung der Zukunft legen. An der Universität Bamberg wurde mit dem „Nationalen Bildungspanel“ ein Leuchtturm in der Bildungsforschung errichtet, der deutschlandweit einmalig ist und auch im internationalen Vergleich Maßstäbe setzt.

### Schlüssel für die Zukunft

Die EU-Ausschussvorsitzende für Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport, Dr. h.c. Doris Pack, zeigte die europäische Dimension einer zukunftsorientierten Wissenschafts- und Forschungspolitik auf. Sie sieht vor allem „Bildung in einer globalisierten Welt“ als Schlüssel für die Zukunft. Lebenslange Bildung sei für die Europäische Union eines der zentralen Elemente zur Förderung der europäischen Wirtschaft. Die EU-Kommission sei verpflichtet zu mahnen, wo die Länder Nachholbedarf haben, so Pack. Doch gerade in Deutschland würden Vorgaben auf heftigen Widerstand der Bundesländer stoßen.

Die EU-Politikerin sprach auch von einer „Verantwortung für Europa“ und einer „Verantwortung Europas in der immer enger zusammenrückenden Welt“. Europa müsse seine zukünftige Rolle in der Welt definieren. Es gelte, in

den europäischen Gesellschaften Tendenzen zur Ichbezogenheit zu bekämpfen und die Reformbereitschaft zu fördern.

Im Mittelpunkt des Wissenschaftstags standen vier parallele Fachpanels, in denen Vertreter von führenden Wissenschaftseinrichtungen sowie Praktiker aus Bildung und Wirtschaft zu Wort kamen. So beschäftigte sich das Panel Bildung mit der Frage „Was ist gute Bildung?“ aus Sicht der Schulen wie auch der Wirtschaft. Unter dem Motto „Wertvoll auf Dauer“ stellte das Panel Kulturelles Erbe die Bedeutung des kulturellen Erbes als Voraussetzung für Lebensqualität und Standortfaktor für Unternehmen in den Fokus. Das Panel Verantwortung befasste sich mit wirtschaftsethischen Herausforderungen an eine verantwortungsvolle Unternehmensführung.

Im Panel Gesundheit wurden vor dem Hintergrund zunehmender Ausgaben für medizinische Leistungen „Neue Formen der Gesundheitsförderung“ vorgestellt. Unter dem Motto „Alles für den Menschen“ befassten sich die Besucher u. a. mit der Gesundheitsförderung. Mit Professor Dr. Peter Oberender (Uni Bayreuth) gewann der Wissenschaftstag einen namhaften deutschen Gesundheitsexperten. In den vergangenen Jahrzehnten stiegen die Gesundheits-Ausgaben nach Angaben des Professors doppelt so stark wie das Bruttosozialprodukt. Laut Oberender ließen sich die Ausgaben von 236 Milliarden Euro (mehr als der Umsatz der deutschen Autoindustrie) durch keinerlei Umlageverfahren mehr schultern.

Oberender stellte die zentrale Frage für das unterfinanzierte Gesundheitswesen: „Was können wir uns leisten - und was nicht?“ In diesem Zusammenhang forderte er eine gesundheitsfördernde Gesamtpolitik - mit der Schaffung gesundheitsfördernder Lebenswelten. Allein die Gesundheitsförderung senke mittel- bis langfristig die Ausgaben im System, zeigte sich der Professor überzeugt. Zudem befürwortete er Bonus-Systeme und die Ausrichtung der Kassen auf das Lebensnotwendige.

Parallel zu den Fachpanels trafen sich die 54 Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte der Metropolregion Nürnberg zu ihrer halbjährlichen Ratssitzung. Als Ehrengast sprach Erzbischof Prof. Dr. Ludwig Schick zu den Ratsmitgliedern. DK

### Privilegierte Leistungen

Die kommunalen Unternehmen, die im Verband kommunaler Unternehmen (VKU) organisiert sind, argumentieren indes, dass ihre Leistungen der Daseinsvorsorge dienen und deshalb privilegiert bleiben müssen. Das wiederum mögen Branchenteilnehmer überhaupt nicht einsehen, zumal der Hauptgeschäftsführer des VKU, Hans-Jürgen Reck, als hauptamtlicher Chef des Spitzenverbandes der kommunaleigenen Entsorgungsunternehmen fordert, aufgrund der europarechtlichen Eckdaten die Abschaffung des Örtlichkeitsprinzips im jeweiligen Gemeindefinanzrecht der Bundesländer als wesentlichem Faktor für Wettbewerbsnachteile der Kommunen im Verhältnis zur Privatwirtschaft zu verankern. Was letztlich nichts anderes heißt, als dass Kommunen untereinander bei der sogenannten Daseinsvorsorge zukünftig in Konkurrenz treten sollen, ohne auf die Privilegien, wie die Mehrwertsteuerbefreiung verzichten zu müssen.

Wer aber A sagt, muss auch B sagen, argumentiert Prof. Dr. Martin Burgi, Vergaberechtlehrer an der Uni Bochum im Auftrag der NRW-Wirtschaftsministerin Thoben anlässlich einer Gutachtenvorstellung. Seine Vorschläge auf Anpassung der Wettbewerbsbedingungen liefen zwangsläufig auch auf Streichung des Mehrwertsteuerprivilegs hinaus. Stadtwerke und Stadtwerkverbände sollen, so der Gutachter, zukünftig in die Lage versetzt werden, sich auf den Energiemärkten

DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft



## DSK-Fachtagung in Bayern

15. Juli 2010 in Nürnberg

### Umgang mit dem Wandel

Demographischer Wandel, Klimawandel, Strukturwandel: Wie können Kommunen durch eine nachhaltige Stadtentwicklung mit diesen Herausforderungen umgehen?

Presseclub (NÜRNBERGER Akademie), Gewerbemuseumsplatz 2, 90403 Nürnberg  
www.dsk-fachtagung.de Tel.: 0911 - 520 99 40 Mail: nuernberg@dsk-gmbh.de

Stadterneuerung | Baugebietentwicklung | Konversion | Städtebauliche Beratung | Projektentwicklung



Erster Bürgermeister Bruno Schmidt (l.) gemeinsam mit Kreisverbandsvorsitzendem Konrad Rupprecht.

Bayerischer Gemeindetag / Kreisverband Nürnberger Land:

## Schwerpunkt Kommunalfinanzen

Bei der jüngsten Verbandsversammlung des Bayerischen Gemeindetages, Kreisverband Nürnberger Land, in Offenhausen stand die Zukunft der Kommunalfinanzen im Blickpunkt des Interesses.

Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden des Kreisverbandes und Ersten Bürgermeisters des Marktes Feucht, Konrad Rupprecht, stellte Erster Bürgermeister Georg Rauh die gastgebende Gemeinde Offenhausen vor. Im Anschluss daran wurde Bruno Schmidt, Erster Bürgermeister aus Reichenschwand, als neues Vorstandsmitglied und stellvertretender Kreisverbandsvorsitzender einstimmig gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Wolfgang Plattmeier an, der zum 31. März als Hersbrucker Bürgermeister aus dem Amt schied.

### Baurecht und LEP

Dr. Franz Dirnberger, Direktor des Bayerischen Gemeindetages wartete mit Schwerpunkten der aktuellen Rechtslage im Baurecht zu Freiflächenphotovoltaikanlagen und mit Informationen zur Fortschreibung des Landesentwicklungsprogrammes auf. Beim Thema Zukunft der Kommunalfinanzen, waren sich die Bürgermeister einig und verabschiedeten einstimmig die von der Vorstandschaft zusammen mit Landrat Kroder erarbeitete Resolution. Mit dieser Resolution möchte der Kreisverband frühzeitig seine Vorstellung zu Papier bringen, den Kreis- sowie den Bezirksumlagesatz in den Haushaltsjahren 2011 und 2012 stabil zu halten. Die Kommunen demonstrieren damit auch einen Zusammenhalt über Parteigrenzen hinweg, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen.

In seiner Eigenschaft als ASB-Kreisvorsitzender setzte sich der Reichenschwander Bürgermeister Bruno Schmidt für eine flächendeckende Versorgung mit dem First Responder, einem Defibrillator, der von jedermann bedient werden kann, ein. Damit soll eine schnelle Hilfe in Notfallsituationen landkreisweit angeboten werden. Die Anwesenden hatten die Gelegenheit, sich von den Qualitäten des Geräts zu überzeugen. Die Anschaffung dieses Gerätes obliegt jeder Gemeinde selbst.

### Resolution

In der Resolution fordern die Bürgermeisterin und die Bürgermeister der kreisangehörigen Gemeinden des Landkreises Nürnberger Land den Kreisumlagesatz von 47 % auch in den Haushaltsjahren 2011 und 2012 stabil zu halten. Ebenso appellieren sie an den Bezirk Mittelfranken, den Bezirksumlagesatz von 20,4 % auch in den Haushaltsjahren 2011 und 2012 stabil zu halten. Bekanntermaßen brechen die wichtigsten Steuerquellen der Gemeinden rapide ein. Die Einkommensteuerbeteiligung der Gemeinden ist bereits im Jahr

2009 um durchschnittlich etwa 16 % gesunken. Auch sind die Gewerbesteuererinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden im Landkreis Nürnberger Land stark rückläufig. Die Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen verläuft in den Gemeinden zum Teil sehr unterschiedlich, jedoch sind beträchtliche Einbrüche der Gewerbesteuererinnahmen in vielen Gemeinden zu beobachten.

### Ruf nach konsequenten Einsparungen

Selbstverständlich ist den Bürgermeistern des Landkreises Nürnberger Land bewusst, dass auch der Landkreis hohe Investitionen zu schultern hat. Aber auch das Investitionsvolumen in den kreisangehörigen Städten, Märkten und Gemeinden muss durch Einsparungen in den jeweiligen Haushalten finanziert werden. Die Bürgermeisterin und die Bürgermeister des Landkreises Nürnberger Land fordern den Landkreis Nürnberger Land sowie den Bezirk Mittelfranken deshalb auf, durch konsequente Einsparungen im Haushalt des Landkreises bzw. des Bezirks zu keiner weiteren Belastung der kreisangehörigen Gemeinden im Rahmen der kommunalen Familie beizutragen.

Die Stabilität des Kreisumlagesatzes von 47 % bzw. des Bezirksumlagesatzes von 20,4 % - auch in den Haushaltsjahren 2011 und 2012 - sollte deshalb zur Gewährleistung der Planungssicherheit in den Gemeinden bereits frühzeitig zugesichert werden.

Die Kommunen sind systemrelevant. Daher fordern sie den Staat auf, für ausreichende und gerechte Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen.

### Landratsamt Mühldorf:

## Mehr Service

Das Landratsamt Mühldorf bietet künftig noch mehr Service. Am 3. August 2010 wird im Rathaus in Neumarkt-Sankt Veit ein neues Bürgerbüro eröffnet. Die Bürgerinnen und Bürger aus dem nördlichen Landkreis können so vor Ort Dienstleistungen der Stadt und des Landratsamtes gleichzeitig in Anspruch nehmen. „Ich freue mich, dass unsere Landkreisverwaltung mit dem Bürgerbüro jetzt auch in Neumarkt vertreten ist. Damit haben auch die Bürger aus dem nördlichen Landkreis die Möglichkeit, ortsnah und damit zeitsparend Behördengänge zu erledigen.“, so Landrat Georg Huber. Wie bereits in den Bürgerbüros in Haag und Waldkraiburg offeriert das neue Büro ein breites Angebot an Dienstleistungen für die Bürger an.

### Kreistag Miltenberg:

## Seniorenpolitisches Konzept verabschiedet

„Sie haben ein für Bayern bisher in dieser Form einmaliges ganzheitliches Seniorenpolitisches Gesamtkonzept. Dies bildet den Anfang eines umfangreichen Prozesses für die kommenden Jahre.“ Dieses Lob brachte Sabine Wenng von der Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung in Bayern mit in die jüngste Sitzung des Kreistages. Die Mitglieder des Gremiums bestätigten diese Würdigung mit einem einstimmigen Beschluss für das in den vergangenen Monaten erarbeitete Konzept. Festgelegt wurde, dass die Pflegebedarfsplanung nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ ausgerichtet werden soll.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales hatte das Konzept in seiner Sitzung am 06. Mai bereits einstimmig dem Kreistag zur Annahme empfohlen. Dieses umfasst auf 151 Seiten elf Handlungsfelder sowie die Pflegebedarfsplanung mit insgesamt 66 konkreten Handlungsempfehlungen. 28 dieser Empfehlungen liegen in der Zuständigkeit des Landkreises. Die Mehrzahl der Empfehlungen obliegt den Kommunen.

### Einmalige Stiftung

„Für diesen Bereich kann der Landkreis nichts vorschreiben. Allerdings werde es die Aufgabe sein, durch Information, Hilfestellung und Überzeugungsarbeit bei den Kommunen und weiteren Verantwortlichen die Umsetzung aller Maßnahmen zu unterstützen“, betonte Landrat Roland Schwing. Gefreut habe ihn der überdurchschnittliche hohe ambulante Versorgungsgrad im häuslichen Bereich durch pflegende Angehörige. Dieser betrage im Landkreis Miltenberg 79 Prozent, in Unterfranken bei 73 und bayernweit 68 Prozent. Auch seien die Pflegeeinrichtungen gut bis sehr gut ausgestattet, vorhanden sei auch ein großes und vielfältiges Beratungsangebot. Besonders gewürdigt wurde die Stiftung Altenhilfe, welche einmalig in Bayern sei.

### Beteiligungsprozess

Das Seniorenpolitische Konzept ist das Ergebnis eines umfangreichen Beteiligungsprozesses. In einem 20-köpfigen Begleitgremium waren Vertreter des Kreistages, der Bürgermeister sowie der Wohlfahrtsver-

bände tätig. In zwei ganztägigen Expertenworkshops brachten über 70 regionale Expertinnen und Experten ihr Fachwissen ein. Alle Landkreiskommunen sowie 2.500 Bürgerinnen und Bürger über 60 Jahre wurden mit einem Fragenkatalog nach ihrer Meinung gefragt.

### Handlungsfelder

Die Handlungsfelder beziehen sich auf die Themen Wohnen zu Hause, Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung, Gesellschaftliche Teilhabe, Bürgerschaftliches Engagement, Präventive Angebote, Unterstützung pflegender Angehöriger, besondere Zielgruppen (Menschen mit Demenz und Menschen mit Migrationshintergrund), Hospiz- und Palliativversorgung, Kooperations- und Vernetzungsstrukturen, Beratung/Information/Öffentlichkeitsarbeit, Betreuung und Pflege sowie Pflegebedarfsplanung. Als erste Maßnahme ist, so Landrat Schwing, die Einrichtung einer Anlauf- und Koordinationsstelle im Landratsamt geplant.

### Einhelliges Lob

Die Redner aller Fraktionen lobten das Konzept. Wichtig sei, dass eine Umsetzung der vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen gewährleistet sei. Gewünscht wurde eine regelmäßige Berichterstattung im Kreistag. Landrat Schwing zeigte sich überzeugt, dass in den kommenden Jahren viele Themen wieder in den Kreisgremien beraten würden. Wichtig sei auch ein Signal, so Vertreter des Kreistages, an die älter werdenden Menschen, sich weiterhin aktiv für die Gemeinschaft einzubringen.



## Aktion Rollentausch 2010

Mühldorfs Landrat Georg Huber zu Gast bei zwei Waldkraiburger Kindergärten

Den eigenen Schreibtisch mit dem Arbeitsplatz eines Erziehers tauschte Landrat Georg Huber (Mühldorf) bei der diesjährigen „Aktion Rollentausch“, als er die beiden Waldkraiburger Kindergärten „Unterm Regenbogen“ und „Maria Schutz“ besuchte. Der Landkreisleiter nahm bereits zum dritten Mal an der Aktion teil, die bayernweit von den Wohlfahrtsverbänden durchgeführt wird. Für den Landkreis Mühldorf hat das Kreisbildungswerk die Organisation übernommen.

Ziel der „Aktion Rollentausch“ ist es, Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft die Möglichkeit zu geben, soziale Arbeit und Pflege in der Praxis kennen zu lernen. „Ich mache jedes Jahr gerne wieder bei der ‘Aktion Rollentausch’ mit. Ich finde, das ist eine gute Möglichkeit, mehr Aufmerksamkeit auf die für unsere Gesellschaft so wichtigen sozialen Berufe zu lenken“, so Landrat Huber nach seinem kurzen, aber erfahrungsreichen Praktikum in den beiden Kindergärten.



V. l.: MdB Stefan Müller, Landesgruppenchef Dr. Hans-Peter Friedrich, Bundesminister a. D. Michael Glos, Kommunalminister Joachim Herrmann, MdEP Dr. Anja Weisgerber und MdEP Martin Kastler.

## CSU-Familientag am Dreifrankenstein

„Wetter-, bibel- und charakterfest“ sind die Franken nach Ansicht von Bundestagsabgeordnetem Thomas Silberhorn. Beweis dafür seien die trotz windigem und nasskaltem Wetter recht zahlreichen Teilnehmer beim zehnten Drei-Franken-Treffen der CSU, diesmal unter organisatorischer Federführung der Schlüsselfelder CSU mit ihrem Vorsitzenden Winfried Gerner.

„Ohne uns Franken läuft nix, jedenfalls nichts Gescheites.“ Mit diesem Ausspruch überbrachte der stellvertretende Bezirksvorsitzende der oberfränkischen CSU, Dr. Hans-Peter Friedrich, am Dreifrankenstein inmitten der Flur am Schnittpunkt der drei fränkischen Regierungsbezirke in der Nähe von Burghaslach die besten Grüße von seinem dienstlich verhinderten Bezirksvorsitzenden, Bundesminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg. Auch der unterfränkische Bezirksvorsitzende, Bundesminister a.D. Michael Glos, erinnerte daran, dass sich Franken durchaus sehen lassen könne und rief dazu auf, die Heimat nicht zu vernachlässigen.

### Deutliches Profil

Nach den nachdenklich stimmenden geistlichen Worten meinte angesichts des zeitgleich stattfindenden ökumenischen Kirchentages der mittelfränkische Bezirksvorsitzende, Staatsminister Joachim Herrmann, dass evangelische und katholische Christen wieder mehr das Gemeinsame betonen sollten. Und da die Tradition hierzulande auf christlichen Werten aufgebaut sei, „muss das Kreuz auch in den Klassenzimmern bleiben“. Für Herrmann ist die CSU Garant für deutliches Profil und klaren Zukunftskurs.

Nach Dr. Hans-Peter Friedrich sei es für die Union eine Riesenerwartung, gegen andere Systeme und manch merkwürdige Wertvorstellungen international standhaft zu bleiben. Und auch national gelte es, bewährte Grundsätze zu wahren. In diesem Zusammenhang sei es nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen „eine Schande, wie die Sozialdemokraten sich anschicken, die Kommunisten ins Boot zu nehmen, anstatt sich klar und eindeutig abzugrenzen“.

Angesichts der aktuellen Rettungsaktionen für den Euro muss für den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag jetzt endlich eine Politik der Stabilität Maßstab für Europa und anderswo sein. Friedrich: „Der Euro ist Realität und deshalb müssen wir alles tun, ihn zu stabilisieren und zukunftsfähig zu machen“. Sparen sei angesagt, und auch Deutschland habe über seine Verhältnisse gelebt, die aufgehäuften Schulden seien eine Riesensünde für die kommenden Generationen.

Stoff genug für intensiven Gedankenaustausch, zum Beispiel mit den Europaabgeordneten Dr. Anja Weisgerber, Monika Hohlmeier und Martin Kastler, den Bundestagsabgeordneten Dorothee Bär, Hans Michelbach und Stefan Müller, mit etlichen Landtagsabgeordneten und Kommunalpolitikern. Das Lied der Fran-

ken durfte traditionell nicht fehlen: Alle sechs Strophen wurden von der Schlüsselfelder Kapelle „Jugend musiziert“ unter Leitung von Georg Sturm mit Elan intoniert. pm

### BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 44 vom 01.01.2010

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Erste gemeinsame Ratssitzung „Ilzer Land“:

## Eine stabile Einheit

Trotz landschaftlicher Potentiale hatten die Gemeinden im Ilzer Land vor einigen Jahren noch große Probleme, sich als wirtschaftlich attraktiver Standort zu präsentieren. Die Gemeinden kämpften mit den Auswirkungen des demographischen Wandels und der Globalisierung. Schwierigkeiten bereiteten auch der Strukturwandel in der Landwirtschaft sowie die finanziellen Probleme der Kommunen.

Aus dieser Notlage heraus schlossen sich 2005 neun Gemeinden (Grafenau, Schönberg, Thurmsbang, Röhrnbach, Perlesreut, Fürsteneck, Saldenburg und Ringelai im Landkreis Freyung-Grafenau und Hutthurm im Landkreis Passau) zur Landkreis übergreifenden, interkommunalen Initiative „Hand in Hand im Ilzer Land“ zusammen (Verein Ilzer Land e.V.). Basis dieser Zusammenarbeit ist ein interkommunales Entwicklungskonzept (ILEK), dessen Erstellung vom Amt für Ländliche Entwicklung Niederbayern gefördert wurde.

### Vernetzung stärken

Ziel war es, mit der Vernetzung der Gemeinden in allen Bereichen die Lebensqualität im Natur-, Wirtschafts- und Kulturraum zu stärken. Dass dies gelungen ist, wurde bei der ersten großen gemeinsamen Ratssitzung in Röhrnbach deutlich, an der rund 130 Gemeindepolitiker teilnahmen. Stolz konnten die Initiatoren - Leitender Baudirektor Eberhard Sterzer und Baudirektor Werner Weny vom Amt für ländliche Entwicklung in Landau - darauf verweisen, dass die von ihnen auch begleitete „Integrierte ländliche Entwicklung“ reichlich Früchte trägt.

Wie Ilzer Land-Vorsitzender Bürgermeister Manfred Eibl aus Perlesreut betonte, sei aus einer anfänglichen Idee ein Vorzeigebild entstanden, das in Bayern den guten Ruf eines Pilotprojekts innehat. Bislang wurde der regelmäßige Informationsaustausch der Geschäftsstellenleiter, Kämmerer, Bauhofleiter, Standesbeamten und Touristiker forciert. Ein gemeinsamer Archivar wurde beschäftigt, Standesämter zusammengelegt, gemeindeübergreifender Einkauf und Geräteverleih aktiviert. Künftige Ziele sind die effiziente Erfül-

lung kommunaler Dienst- und Versorgungsleistungen, Nutzung von Einsparpotentialen, Ausbau der Personalkompetenz, Erhalt kommunaler Infrastruktur und Optimierung des Bürgerservices. Angedacht ist zudem eine zentrale Personalabrechnung.

### Erhalt der Leistungsfähigkeit

Über den „Demografischen Wandel sowie Flächenmanagement und Innenentwicklung“ informierte Dr. Martin Eiberweiser, Leiter der Koordinationsstelle „Ilzer Land“. Den Prognosen zufolge verliere der Landkreis Freyung-Grafenau bis zum Jahre 2028 rund 11,3 Prozent, das sind etwa 9.000 Einwohner, wobei die ältere Generation stets zunehmen wird. Als Ziele nannte Eiberweiser u. a. die Entwicklung von Konzepten zum Erhalt der Leistungsfähigkeit kommunaler Infrastrukturen und Serviceleistungen.

Handlungsfelder im „Ilzer Land“ sind die Tourismus-Projektgemeinschaft Itztal & Drei-

burgenland“, sowie das Unternehmerr-, Senioren- und Jugendnetzwerk. Hierzu wurden kommunale Jugendbeauftragte bestellt; zudem wurde ein regelmäßiger Informationsaustausch eingeführt. Intensiviert werden soll nun der gemeinde-, vereins- und verbandsübergreifende Informationsaustausch. Der Erhalt und Ausbau einer jugendfreundlichen Infrastruktur mit nachhaltig ausgerichteten Bildungs-, Arbeits- und Freizeitangeboten gilt als Ziel.

### Gegenseitiges Vertrauen

Freyung-Grafenaus Landrat Ludwig Lankl, der bei der Gründung des Vereins „Ilzer Land“ als Bürgermeister aktiv beteiligt war, stellte die Bedeutung der Bildung in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Passaus Landrat Franz Meyer wies schmunzelnd darauf hin, „dass wir mit einem Neuntel, nämlich dem Markt Hutthurm, einen Fuß im Ilzer Land haben“. Die Bilanz sei erfolgreich. Kirchturnpolitik gehöre der Vergangenheit an und die Arbeit im „Ilzer Land“ werde von gegenseitigem Vertrauen bestimmt. Dem konnte Röhrnbachs Bürgermeister Josef Gutmiedl nur zustimmen. Er stellte fest: „Das Ilzer Land ist eine stabile Einheit.“ **DK**



Die Bürgermeisterrunde im Ilzer Land.

Jahrestreffen des schwäbischen Handwerks mit Landräten in Aichach:

## Konjunkturpaket als Gewinn

Die Auftragsvergabe im Rahmen des zweiten Konjunkturpakets und die wirtschaftliche Lage im Handwerk standen beim traditionellen Jahrestreffen der schwäbischen Landräte mit der Führungsspitze der Handwerkskammer für Schwaben (HWK) auf der Tagesordnung und im Vordergrund.

„Das Konjunkturpaket II - kurz K II genannt - hat sich als erfolgreiches und nachhaltig wirkendes Instrument erwiesen, um die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise im schwäbischen Handwerk abzumildern. Die Kommunen und Landkreise haben sich als äußerst verlässliche Partner erwiesen. Der Austausch mit den Landräten ist für uns überaus wichtig und unverzichtbar. Hier haben wir ein hervorragendes Forum uns für die Belange unserer heimischen Betriebe einzusetzen.“ freut sich Jürgen Schmid, Präsident der Handwerkskammer für Schwaben, über das erfolgreiche Jahrestreffen.

Die Landkreise, die Städte und Gemeinden in Schwaben haben für die Jahre 2009 und 2010 Bauaufträge im Wert von 204 Millionen Euro zu vergeben. Die Gelder fließen vorwiegend in Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung. Bei der Auftragsvergabe kamen, so berichteten die Landräte, fast immer heimische Handwerksbetriebe zum Zuge. Sie betonten, dass bewusst in Teillösen ausgeschrieben werde, so dass kleinere Handwerksbetriebe eine reelle Chance bei der Auftragserteilung bekommen. Der Weg der Fach- und Teillösungsvergabe wird

konsequent weiterverfolgt, auch wenn dies in den Bauverwaltungen etwas mehr Aufwand bedeute.

### Bewährte Instrumente

Aufträge seien vorzugsweise an ortsansässige Handwerksbetriebe vergeben worden, so die zentrale Erkenntnis einer Diplomarbeit an der Universität Augsburg, die von der HWK Schwaben betreut wurde. Je kleiner die Kommune, desto

mehr Aufträge blieben am Ort. Bewährt hat sich vor allem das Instrument der beschränkten Ausschreibung, bei der bis zu 15 Unternehmen aufgefordert werden, ein Angebot abzugeben. So können Aufträge mit einem Volumen von bis zu 1 Mio Euro rasch und unbürokratisch platziert werden, wobei der Wettbewerb bei höchstmöglicher Transparenz gewahrt bleibt.

Das K II erzielt nicht nur nachhaltige Klimaschutzeffekte, sondern stärkt darüber hinaus klein- und mittelständische Strukturen vor Ort, sichert Arbeitsplätze und fördert damit regionale Wirtschaftskreisläufe. **□**



Jubiläumsregion Passau 2010

Unter dem Motto „Geschichte erleben und feiern“ finden in der Region Passau in diesem Jahr zahlreiche Veranstaltungen statt.

Weitere Informationen: [www.jubilaeumsregion-passau.de](http://www.jubilaeumsregion-passau.de)

GZ Gestern hat mein Chef gesagt...



„Ihr könnt mir doch am 24. Juni keinen Termin reinlegen. Da bin ich in Garching beim Energie-Fachforum der Gemeindezeitung.“ Mein Chef, der Bürgermeister, war ungnädig, weil ich eine Einladung für den 24. Juli versehentlich unter dem 24. Juni im Outlook eingetragen habe.

Kann zwar mal passieren, aber bei der Tagesblockade „Energie - Garching“ hätten bei mir die Alarmglocken läuten müssen. Schließlich weiß ich, dass er den Termin spontan zugesagt hat. Ich weiß nur nicht, worauf er sich am meisten freut: Auf die Testfahrt mit dem Elektro-Mini oder das anschließende gemeinsame Fußball-WM-Gucken, für das er sich garantiert mit ein paar befreundeten Bürgermeistern und Dezernenten verabredet hat.

OK, unterstellen wir ihm auch sachliche Gründe. Und es stimmt schon, was auf der Einladung

## Wissen setzt Energie frei

steht: Wissen setzt Energie frei. Heutzutage kommt es mehr denn je darauf an, in den Fragen rationaler und effektiver Energienutzung, sparsamer Heizsysteme, umwelt- und klimafreundlicher Energieerzeugung und den Finanzierungsmöglichkeiten für Kommunen und kommunale Betriebe auf dem neuesten Stand zu sein. Denn eins ist klar: Egal ob der Dollar stark oder schwach ist, ob die Konjunktur brummt oder lahm - die Zeiten billiger und scheinbar endlos verfügbarer fossiler Energien sind endgültig vorbei.

Zwar erstanen mich als Laien die riesigen Mengen an Erdöl, die es auf der Welt noch geben soll. Aber: Wo sind die! Unter dem ewigen Eis der Arktis oder fernab der Küsten ist die Gewinnung aufwändig, teuer und für die Ökosysteme sehr gefährlich. Die Umweltauerei, die vor der Südküste der Vereinigten Staaten angerichtet wurde, zeigt ja, welche gigantischen Umweltschäden der kleinste Fehler oder die mindeste Fahrlässigkeit anrichten kann. Im Übrigen werden wir alle miteinander für die Folgen dieser Katastrophe zahlen müssen - nicht nur die Regierungen weltweit wer-

den auf höheren Sicherheitsstandards für solche Bohrfelder bestehen. Auch die Auflagen der Versicherungen ebenso wie die Angst der Firmen vor materiellen und Image-Schäden werden zu einer Verteuerung der Förderung führen.

Also: Ob man nun an den Klimawandel glaubt oder nicht (ich tue es immer weniger, seit ich vor Pfingsten kaum aus den Winterklamotten herauskam): Wir müssen Alternativen überlegen. Natürlich vernünftige. Es kann ja wohl nicht sein, dass jetzt wuchtige SUV-Limousinen mit Hybridantrieb gebaut und als umweltfreundlich angepriesen werden, die mehr Sprit verbrauchen als das gleiche Modell mit einem leistungsgleichen Diesel-Aggregat. Das mag fürs Marketing in den USA gut sein, der Umwelt nützt es nichts.

Im Übrigen nützt es der Umwelt auch nur wenig, wenn wir in Deutschland Kernkraftwerke abschalten und dafür Windenergieparks in Nord- und Ostsee bauen, deren erzeugter Strom dann nicht an den Verbraucher kommt, weil selbsternannte Umweltschützer den Bau der nötigen Starkstromleitungen behindern. Eine Industrienaution kann ihren Energiebedarf nicht durch dezentrale Kleinstkraftwerke in Vorgärten decken. Und die Monster-Kohlekraftwerke verursachen mir mehr Umwelt- und Naturunbehagen als AKWs.

Mein Chef, der Bürgermeister, wird sich in Garching nur am Rande mit diesen Erwägungen aus der großen Welt der Energiepolitik beschäftigen. Er will Informationen über heute schon nutzbare und wirtschaftlich sinnvolle Lösungen zum Einsatz in unserer Stadt - für die Heizung der Bäder, für den städtischen Fuhrpark und gegen die ausufernden Kosten der Beleuchtung im öffentlichen Raum. Klein anfangen, kleinteilig Lösungen suchen und darauf vertrauen, dass uns viele kleine Schritte auch sehr weit auf dem richtigen Weg voranbringen - das ist sein Motto. Zur Bekräftigung lege ich ihm das heutige Kalenderblatt mit einem berühmten Goethe-Zitat hin: „Ein jeder kehrt vor seiner Tür und sauber ist das Stadtquartier.“

the Sabriul

Regionalentwicklung Augsburg Land (ReAL) West e.V.:

## Zukunft der Energieversorgung

Mit dem Thema der zukünftigen Energieversorgung in den Kommunen beschäftigte sich kürzlich eine Informationsveranstaltung im Bürgerhaus Margertshausen auf Initiative der Regionalentwicklung Augsburg Land (ReAL) West e.V. und der Hanns-Seidel-Stiftung. Hans Marz, der Sprecher des federführenden Arbeitskreises Energie und Umwelt (AK 7) der ReAL West, konnte dazu zahlreiche Interessenten begrüßen.

Als Referent war mit Dipl.-Ing. Dr. Erich Ortmaier aus Freising ein ausgewiesener Experte in die Stauden gekommen. Der Referent war u.a. Akademischer Direktor an der Technischen Universität (TU) München und Mitglied im Energiebeirat des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie. Im Verlauf des Abend sprach er eine breite Palette an Möglichkeiten der kommunalen Energieversorgung an, die auch interessanten Ausblicke in zukünftige Technologien mit einbezog.

Probleme hat der ländliche Raum, nicht nur in Bayern, mehr als genug: eine sichere und bezahlbare Energieversorgung, die Verantwortung für den Klimaschutz und die schwierigen wirtschaftlichen Perspektiven für die junge Generation stehen dabei ganz oben auf der Agenda. Gerade in der Energieproblematik suchen Kommunalpolitiker, Landwirte, Waldbesitzer und Gewerbetreibende ebenso wie die Bürgerinnen und Bürger in den Privathaushalten nach wirtschaftlich und ökologisch sinnvollen und nachhaltigen Lösungen. Dass es diese Lösungen gibt, das steht für Dr. Erich Ortmaier außer Frage.

Oberstes Ziel müsse es nicht nur in Bayern sein, mittel- und langfristig unabhängig(er) von fossilen Energieimporten zu werden. Nach seiner Aussage ruht die Energieversorgung der Zukunft auf drei Säulen: Energieeinsparung, Energieeffizienz (Gebäudesanierung) und Energiemix (in der Region).

Die zentrale Bedeutung wird nach Auffassung des Referenten in der Zukunft den erneuerbaren Energien zukommen. Deren klarer Vorteil liegt nach seiner Aussage vor allem in der Wertschöpfung vor Ort. Die Kaufkraft verbleibe in der Region, durch Energieverkauf ergeben sich neue Chancen. Der Marktanteil der erneuerbaren Energien liegt in Deutschland derzeit bei 16 Prozent. Gerade die Windenergie hat in den vergangenen Jahren überproportional zugenommen. Sie liefert heute bei der Stromversorgung schon etwa doppelt so viel wie die Wasserkraft.

Ein bisher wenig erforschtes Potenzial steckt in der Tiefengeothermie: Im so genannten Malmkarst, das ist eine geologische Formation zwischen Donau und Alpen in Tiefen von 2.000 bis 2.500 Metern, kommt Wasser mit hohen Temperaturen vor, das in einigen Pilotprojekten bereits genutzt wird.

Einige interessante Neuerungen wurden von Dr. Ortmaier in der anschließenden Diskussion angesprochen. So werden Entwicklungen mit so genannten „intelligenten Netzen“ vorangetrieben. Dabei werden bestimmte Stromabnehmer so gesteuert, dass sie in Spitzenzeiten zurück gefahren werden und in Zeiten geringen Strombedarfs zugeschaltet werden können. Eine ganz neue Entwicklung ist darüber hinaus die Erzeugung von Methangas mit Überschussstrom aus der Windkraft zur Überbrückung von Spitzenangeboten an Strom. **□**



Hans Marz (r.) vom ReAL-West-Arbeitskreis Energie und Umwelt und Hans Joas (l.) von der Hanns-Seidel-Stiftung konnten für eine Infoveranstaltung Dr. Erich Ortmaier (Mitte) aus Freising als kompetenten Experten gewinnen. Foto: Walter Kleber

Oberpfalzrat in Regensburg gegründet:

## Strömungen und Impulse

Um ein hochrangig besetztes Beratungsgremium mit Europaministerin Emilia Müller an der Spitze ist der Verein Regionalmarketing Oberpfalz in Ostbayern jetzt reicher. In der konstituierenden Sitzung des Oberpfalzrats in Regensburg wurde Brigitta Brunner, Regierungspräsidentin und 1. Vorsitzende des Regionalmarketingvereins, zur Stellvertreterin gewählt. Weiterhin setzt sich der Rat u. a. aus sieben Landräten und drei Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte sowie dem Bezirkstagspräsidenten der Oberpfalz zusammen.

„Ich freue mich sehr, dass ich als Sprecherin des Oberpfalzrats mitwirken kann, das Selbstbewusstsein und die Identität dieser Region, die ja auch meine Heimat ist, nach innen zu stärken und nach außen zu kommunizieren“, erklärte Ministerin Müller nach ihrer Wahl. Nach Wunsch der Sprecherin soll der Oberpfalzrat künftig zwei Mal pro Jahr tagen.

Die Idee, einen Oberpfalzrat ins Leben zu rufen, hatte Regierungspräsidentin Brunner nach ihrer Wahl zur 1. Vorsitzenden des Vereins Regionalmarketing Oberpfalz im März 2010 aufgegriffen. Neben einer Fortsetzung der bisher erfolgreichen Arbeit sollten auch neue Strömungen und Impulse aufgegriffen werden. „Der Oberpfalzrat erscheint mir hierfür als richtiges und wichtiges Gremium, da er alle wirtschaftlichen, politischen, technologischen, gesellschaftlichen sowie kulturellen Kompetenzen bündelt“, erklärte Brunner zur Besetzung des Rats.

Aber nicht nur die positive Aufbruchstimmung innerhalb des Gremiums stand bei der konstituierenden Sitzung auf der Tages-

ordnung. Vielmehr wurden bereits inhaltliche Schwerpunkte und Aufgaben des Oberpfalzrats besprochen. Einstimmig waren die Oberpfalzräte der Meinung, dass die Region viele Stärken habe, die man selbstbewusst nach außen tragen solle. Darin besteht auch die erste „Hausaufgabe“ bis zur nächsten Sitzung am 12. Oktober.

„Jeder soll sich überlegen, wie er durch seine Position konkret dazu beitragen kann, die Oberpfalz zu stärken“, gab Sprecherin Emilia Müller den Räten mit auf den Weg. Gerade im Hinblick auf die Positionierung der Oberpfalz innerhalb einer neuen Donau-Moldau-Region sei es sehr wichtig, als geschlossene Einheit aufzutreten – auch dies ein Ergebnis der Diskussion. An Themenschwerpunkten für die Arbeit des Vereins bestand große Zustimmung für die Weiterführung der bisherigen Projekte. Der Facharbeitskräftemangel und demografische Wandel werden das Regionalmarketing künftig ebenso beschäftigen wie die Themen Energie und Ost-West-Beziehungen. **DK**



Reichten sich die Hand zu einer deutsch-französischen Zusammenarbeit (v. l.): Sylvie Lenourrichel, Vizepräsidentin des Generalrats des Calvados, Paul Chandelier, Bürgermeister von Thury-Harcourt, Generalkonsul Stéphane Visconti, Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel und Dr. Peter Motsch, Vorsitzender des Partnerschaftsausschusses Unterfranken, vor der Skulptur „Helfende Hände“ im Innenhof des Bezirkstagsgebäudes. Foto: Mauritz

Deutsch-französisches Bürgermeisterseminar:

## Chancen zur Stärkung des ländlichen Raums

Würzburg. Kommunalpolitik bedeute, sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen. Dies erklärte Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel zum Auftakt eines deutsch-französischen Bürgermeisterseminars, das vor kurzem in Würzburg stattfand. Rund 30 Städte- und Gemeindeoberhäupter aus dem Calvados und aus Unterfranken sowie zahlreiche Experten tagten zwei Tage lang, um gemeinsam „Möglichkeiten zur Stärkung des ländlichen Raums“ auszuloten.

Wie sich bei dem Seminar rasch zeigte, ähneln sich viele der Probleme in den ländlichen Räumen Frankreichs und Deutschlands. Sehr unterschiedlich sind hingegen die politischen Strukturen in beiden Ländern, so dass die Möglichkeiten, „sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen“, recht differenziert sind.

Voneinander lernen

Kommunalpolitik sei ganz nah dran am Menschen, so Dotzel weiter. Deswegen sei er sehr glücklich über dieses deutsch-französische Seminar. „Ich bin mir sicher, dass wir viel voneinander lernen können“, sagte Dotzel. Unterfranken sei seit langem Vorreiter in Sachen deutsch-französische Beziehungen: „Kein anderer der bayerischen Bezirke kann so zahlreiche

und vielfältige Aktivitäten mit französischen Partnern aufweisen wie Unterfranken.“

Französisches Selbstverständnis

Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland seien rund 95 Prozent der Fläche als „ländlicher Raum“ definiert, erklärte Prof. Henrik Uterwedde, stellvertretender Direktor des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg, in seinem Einführungsvortrag. Dennoch lebe nur etwa jeder sechste Franzose bzw. jeder sechste Deutsche außerhalb der Städte. Ländliche Wurzeln zu haben, spiele gerade in Frankreich für das Selbstverständnis eine große Rolle, sagte Uterwedde. Mit Blick auf das dichte Netz nichtstaatlicher Partnerschaften auf kommunaler, aber auch auf wissen-

schaftlicher oder wirtschaftlicher Ebene sprach Uterwedde von einer „menschlichen Infrastruktur“ der deutsch-französischen Nachbarschaft.

Paul Chandelier, Bürgermeister aus dem französischen Thury-Harcourt und Präsident des Gemeindeverbandes der normanischen Schweiz sowie Vizepräsident des Conseil Général du Calvados, führte in einem ausführlichen Referat in die Details der französischen Kommunalstrukturen ein. Trotz aller Bevölkerungs- und Flächenunterschiede verfügten alle französischen Kommunen über die gleiche Verwaltungsstruktur und über die gleichen Zuständigkeiten, erklärte Chandelier. Insgesamt sei Frankreich in 36.682 Kommunen unterteilt. Die meisten von ihnen seien relativ klein, viele hätten weniger als 1.000 Einwohner.

Kommunalstruktur

Über die Kommunalstruktur Bayerns referierte anschließend Erwin Dotzel, der nicht nur Bezirkstagspräsident, sondern auch Bürgermeister von Würth am Main ist. Ganz am Rande kamen dabei noch ein paar Zahlen zur Bevölkerungsdichte zur Sprache, die viel über die Lebensweisen diesseits und jenseits des Rheins aussagen: So leben in Deutschland im Durchschnitt 230 Menschen pro Quadratkilometer, in Bayern sind es 177, in Unterfranken 156, und in Frankreich kommen nur 113 Menschen auf einen Quadratkilometer. Dotzels Resümee über die Wahrnehmung kommunaler Aufgaben und die

## Stellengesuche

Suche ab Juli 2010 eine Stelle als **Verwaltungsfachangestellter**  
Näheres auf meiner Bewerber-Homepage unter: [www.oereitinger.de](http://www.oereitinger.de)

Biete **Hausmeisterservice im Großraum München**  
Chiffre: GZ-17252

Zuständigkeiten von Städten und Gemeinden: Starke Städte und starke Gemeinden machen erst ein starkes Land aus.

Interkommunale Allianzen

Nach so viel Theorie fuhren die Kommunalpolitiker am Nachmittag mit einem Bus zunächst nach Obbach im Landkreis Schweinfurt, um sich dort über die Interkommunalen Allianzen in Bayern am Beispiel der Interkommunalen Allianz Oberes Werntal zu informieren. Dann ging es am späten Nachmittag weiter nach Koltitzheim. Dort sprachen Robert Ruppenstein von der Unterfränkischen Überlandzentrale über „Chancen und Risiken der erneuerbaren Energien im ländlichen Raum“ und Horst Herbert, der erste Bürgermeister von Koltitzheim, über den „Einsatz der erneuerbaren Energien aus Sicht eines Bürgermeisters“. **Markus Mauritz**

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Eigenbeilage der Bayerischen Gemeindezeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. **□**

## Vorschau auf GZ 12

In unserer Ausgabe Nr. 12, die am 24. Juni erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT · EDV
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Wasserversorgung · Wasserentsorgung
- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfahrzeuge

## Ergebnisse der Bürgermeisterwahlen

In einer Stichwahl um das Bürgermeisteramt in Mainleus (Landkreis Kulmbach) hat der Kandidat der Freien Wähler, Dieter Adam, mit 53,4 Prozent die Abstimmung für sich entschieden. Bereits im ersten Wahlgang hatte sich Adam mit 44,9 Prozent vor seinem Kontrahenten Folker Sünkel/CSU (33 Prozent) durchgesetzt. Die Wahlbeteiligung lag bei 64 Prozent.

Michael Hey von der Unabhängigen Wählergemeinschaft Rothausen ist zum neuen Bürgermeister der Gemeinde Hölchheim mit den Ortsteilen Hölchheim Irmelshausen, Gollmuthausen und Rothausen (Landkreis Rhön-Grabfeld) gewählt worden. Bei einer Stichwahl erreichte der 47-Jährige 52,5 Prozent der Stimmen, sein Gegenkandidat Bernhard Friedl/CSU kam auf 47,5 Prozent. **DK**

## LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

### Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

### Abzeichen

FAHNEN KOCH GMBH  
COBURG  
FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
eMail info@fahnen-koch.de

### Ankauf / Briefmarken

**Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache**  
Briefmarkenauktionshaus Schulz  
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

### Aussenmöblierung

**BECK**  
Möblierung für Aussen  
• Abfallbehälter  
• Absperrpfosten  
• Fahrradständer  
• Sitzbänke u.a.  
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden  
Telefon 071 95 / 69 33 00 · Fax 071 95 / 69 33 33  
[www.beck-aussenmoeblierung.de](http://www.beck-aussenmoeblierung.de)

### Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH GMBH  
COBURG  
FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
eMail info@fahnen-koch.de

### Fahnenmasten/Fahnen

**Knödler**  
Hugo Knödler GmbH  
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT  
Telefon 07151-995160  
Telefax 07151-995166  
e-Mail info@hugo-knoedler.de  
Internet: www.hugo-knoedler.de

### Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

### Geschenke für Neugeborene

**kerler**  
Alles in Textil ..... bestickt — gewoben — bedruckt — bestrast — individuell gefertigt!  
z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters.  
z. B. BW-Tragetaschen 500 St. einfarbig bedruckt  
€ 360,00 + MwSt. + Film.  
Kerler GmbH  
Schwanthaler Straße 100, 80336 München  
Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587  
[post@kerler.de](mailto:post@kerler.de) [www.kerler.de](http://www.kerler.de)

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:  
**Telefon (0 8171) 93 07-13**

### Kindergarteneinrichtungen

**eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG**  
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen  
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199  
E-Mail [eibe@eibe.de](mailto:eibe@eibe.de) · [www.eibe.net](http://www.eibe.net)  
**Entdecke die Welt des Spielens**

### Inserieren bringt Erfolg!

[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

### Schacht-Ausrüstungen

**Hailo**  
Schachtdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme  
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger  
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

### Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

**eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG**  
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen  
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199  
E-Mail [eibe@eibe.de](mailto:eibe@eibe.de) · [www.eibe.net](http://www.eibe.net)  
**Entdecke die Welt des Spielens**

### Sportgeräte

[www.benz-sport.de](http://www.benz-sport.de)  
ORIGINAL **BENZ** SPORT  
Tel. 07195/69 05-0 · Fax: 07195/69 05-77 · [info@benz-sport.de](mailto:info@benz-sport.de)

### Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Winterdienststechnik, die begeistert – weltweit! **Gmeiner**  
Gmeiner GmbH  
Daimlerstraße 18  
92533 Wernberg-Köblitz  
Tel.: +49 (9604) 33267-0  
[info@gmeiner-online.de](mailto:info@gmeiner-online.de)  
[www.gmeiner-online.de](http://www.gmeiner-online.de)

### Wartehallen/Außenmöblierungen

**LANGER**  
Wartehallen  
38685 Langelsheim · [www.langer-georg.de](http://www.langer-georg.de)  
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG